

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Oktober 1964  
bis September 1969**

**NWO-Sonderheft Nr. 90**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Oktober 1964 bis September 1969**

**NWO-Sonderheft Nr. 90**

**Terror der Antichristen vom 01.10.1964-30.09.1969**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 1964 bis September 1969	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 1964 bis September 1969**

Man muß jedem Hindernis Geduld, Beharrlichkeit und eine sanfte Stimme entgegenstellen.  
*Thomas Jefferson (1743-1826, nordamerikanischer Politiker)*

**1964**

Die "Rhein-Neckar-Zeitung" berichtete am 14. Oktober 1964 (x191/204): >>... Der Generalsekretär des Außenministers von Mali begrüßte in Ostberlin die Mauer.

Wie das SED-Zentralorgan berichtet, sagte Keita: "Wir sind stolz darauf, daß unsere Freunde der DDR trotz aller Provokationen mit viel Geduld und Kaltblütigkeit den Frieden an dieser Stelle sichern."

Seit 1961 erhielt Mali von der Bundesrepublik Kapitalhilfeszusagen in Höhe von 25,7 Millionen DM.<<

Ministerpräsident Chruschtschow wurde am 14. Oktober 1964 gestürzt und mußte zurücktreten. Leonid Breschnew (1906-1982, seit 1964 Staats- und Parteichef) und Alexej Kossygin (1904-1980, seit 1964 Ministerpräsident) übernahmen danach die Führung der sowjetischen Regierung.

Das BdV-Präsidium berichtete am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenver-

schleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.

4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.

Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

Lyndon B. Johnson (1908-1973, Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 3. November 1964 zum 36. Präsidenten der USA gewählt.

Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden, reduzierte man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprachen.

Im Jahre 1964 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x059/106-108): >>... Schon im Herbst 1944 flohen viele Deutsche aus Ostpreußen und Schlesien nach Westen. Ihnen folgte seit dem Mai 1945 der Strom der Vertriebenen, denen ein folgenschwerer Beschluß der Sieger die Heimat geraubt hatte.

Im Potsdamer Abkommen steht zu lesen: "Die Aussiedlung soll in geordneter und menschlicher Weise geschehen. ...

Innerhalb eines Jahres wurden 12 Millionen Menschen über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Hinter sich zurück ließen die Vertriebenen ihre Heimat. Sollte sie verloren sein, auf immer verloren?

Massentransport auf Massentransport rollten aus dem Osten heran: Schlesier, Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, Deutsche aus Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.

In aller Eile wurden Barackenlager errichtet, denn es gab in den zerbombten Städten kein Obdach für die Vertriebenen. ... Es fehlte an Betten, es fehlte an Kleidung, es gab weder Hausrat noch Medikamente.<<

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 Präsident der USA) erklärte im

Jahre 1964 die Ziele des Bürgerrechtsgesetzes – Aufhebung der Rassentrennung -(x073/292):  
>>... Das Ziel dieses Gesetzes ist klar und einfach. Die Freiheit keines Amerikaners wird eingeschränkt, solange er die Rechte anderer respektiert. Keiner unserer Mitbürger erfährt durch dieses Gesetz eine besondere Behandlung. Es bestimmt, daß jene, die vor Gott gleich sind, nun auch an der Wahlurne, in den Klassenzimmern und in den Fabriken sowie in Hotels, Restaurants, Lichtspieltheatern und anderen Plätzen, die der Öffentlichkeit dienen, gleich sind.<<

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schrieb im Jahre 1964 in seinem Buch "Warum wir nicht warten können" (x058/199-200): >>... Der Neger kämpft heute nicht um irgendwelche abstrakten, unbestimmten Rechte, sondern um eine konkrete und sofortige Verbesserung seiner Lebensbedingungen.

Was nutzt es ihm, daß er seine Kinder in eine integrierte Gemeinschaftsschule schicken kann, wenn das Einkommen der Familie so gering ist, daß es nicht für den Kauf von Schulkleidern ausreicht?

Was gewinnt er durch die Erlaubnis, in jedes beliebige Wohnviertel ziehen zu dürfen, wenn er sich das nicht leisten kann, weil er arbeitslos ist oder eine schlechtbezahlte Stelle ohne Zukunft hat? ...

Welche Vorteile bringt es dem Neger, wenn er durchsetzt, daß er in Hotels und Restaurants ohne Ansehen seiner Hautfarbe bedient wird, wenn er zu einer finanziellen Knechtschaft gezwungen ist, die es ihm nicht erlaubt, Urlaub zu nehmen oder auch nur seine Frau zum Abendessen auszuführen?

Die Neger sollen nicht nur das Recht haben, von jeder Einrichtung Gebrauch zu machen, die dem Publikum zugänglich ist, sondern sie sind auch auf solche Weise in unser Wirtschaftssystem einzugliedern, daß sie es sich leisten können, dieses Recht praktisch auszuüben. Der Kampf um diese Rechte ist im Grunde ein Kampf um gleiche Voraussetzungen. ...

Es muß also mit den gleichen Chancen auch die praktische, wirklichkeitsnahe Hilfe kommen, die es ihm ermöglicht, diese Chancen wahrzunehmen. Denn es ist ein grausamer Scherz, einem Menschen, der nicht gehen gelernt hat, ein Paar Schuhe zu schenken. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Robert F. Williams (1925-1996, hielt Martin Luther Kings gemäßigte Politik für falsch und warb deshalb für die "Gegengewalt") forderte 1964 im Pekinger Exil zur bewaffneten Revolution der Afro-Amerikaner auf (x299/185-186): >>... Die alte Methode des Guerillakriegs, der von den Bergen und dem flachen Land aus vorgetragen wurde, bliebe in einem Land wie den Vereinigten Staaten wirkungslos. ...

Die neue Strategie: ... Während tags nur einige Heckenschützen tätig werden, bringt die Nacht den vollen Kriegszustand, organisierten Kampf und unbegrenzten Terror.

Ein derartiger Krieg kann dem herrschenden Gesellschaftssystem in den Vereinigten Staaten in weniger als 90 Tagen ein Ende setzen. ... Eine präzise geplante Großstadtguerilla (ist) die einzige Chance für das Überleben und die Befreiung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten.<<

Mel Thom (1938 geboren, ein Gründer der National Indian Youth Council) berichtete im Jahre 1964 über das gespannte Verhältnis zwischen den nordamerikanischen Ureinwohnern und den "weißen Einwanderern" (x056/127): >>Wir sind das einzige Volk, daß der amerikanische Schmelztiegel nicht verschmelzen kann.

Wir sind die einzigen in der amerikanischen Nation, die nicht als Flüchtlinge hierher gekommen sind ... und wenn wir auch wieder und wieder geschlagen wurden, auf Dauer kann man uns nicht besiegen.

Amerika ist eine wurzellose Nation von Einwanderern; ... wir sind die ursprünglichen Amerikaner ...<<

**1965**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1965) schrieb am 27. Januar 1965 über den Bericht "Eichmann-Prozeß in Jerusalem" von Hannah Arendt (1906-1975): >>>**Eichmann in Jerusalem**

... Hannah Arendt, vor der Nazi-Herrschaft in Deutschland promoviert, wurde von einer amerikanischen Zeitschrift nach Jerusalem geschickt. Ihr kommentierender Bericht über den Eichmann-Prozeß kam nahezu zwei Jahre nach seinem Erscheinen im "New Yorker" in deutscher Übersetzung heraus.

In einem Fernsehinterview hat Frau Arendt über 1933 gesagt: "Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten ... das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete ... Und ich konnte feststellen, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht." Und: "Ich war natürlich nicht der Meinung, daß deutsche Juden und deutschjüdische Intellektuelle, wenn sie in einer anderen Situation gewesen wären, ... sich wesentlich anders verhalten hätten".

Das klingt sehr kalt, aber man muß im Versuch, zu verstehen, was in einem Menschen vorgeht, nicht sehr tief dringen, um auf den Schmerz zu treffen über die Schwäche, die Hinfälligkeit der liebenswerten Seiten, wenn ein kalter Wind von den öffentlichen Plätzen zu wehen beginnt. Zuweilen steigert sich Hannah Arendts Affektkontrolle zur hochmütigen Geste.

Nicht wenige der Kritiker des Eichmannbuches halten offenbar die Autorin für eine eitle, originalitätssüchtige Person, was ihnen angesichts des Gegenstandes, den sie behandelt, quälend peinlich erscheint. Liest man die 25 Kritiken des Buches, die in dem Band "Die Kontroverse - Hannah Arendt, Eichmann und die Juden" gesammelt sind, so zeigt die Mehrheit diese irritierte Haltung. Das Buch hat also sein Schicksal gehabt. Es bleibt einem keine Wahl: Man ist zur Parteinahme gezwungen. Ich erkläre mich dafür.

Trotzdem scheint mir die Erregung der jüdischen Kritiker verständlich genug; sie brauchen sich nicht zu schämen, daß sie nach dem Mord an Millionen wehrlosen Menschen ihres Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen wollen. Aber wie lange kann der Historiker mit seiner Bestandsaufnahme warten? Wenn wir die schwache Hoffnung einräumen, daß wir aus der Geschichte - hinsichtlich unserer Triebnatur - etwas lernen könnten, muß diese Hoffnung sich an die unentrinnbare Frage nach den Gründen knüpfen.

Das ist kein gefälliges Amt, und Frau Arendt ist vermutlich nicht das, was man eine verbindliche Natur nennt. Das Unheil aber, je uferloser es war, gibt zu wenig von den Antriebskräften, den Widerständen, den lokalen Bedingungen preis, in denen es sich vollzog. Und wer sagt uns, daß es nicht nur ruht, wie die großen Seuchen ruhten bis zum nächsten Ausbruch? Es schreibt sich leicht, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung die Regel war. Wissen wir eigentlich, was da vor sich geht?

Das Entsetzen über die Befähigung des Menschen, seinesgleichen zu Millionen umzubringen, macht uns fassungslos. Daß andere Millionen unbeschwert den Schlaf fanden, als man ihre jüdischen Mitbürger auf den Lastwagen abholte, ist das eigentlich zu verstehen? Warum sind wir nicht zu Tausenden ins Gefängnis gegangen, um die Deportationen zu verhindern?

Kein Gefühl allein kann uns die Fragen beantworten. Nur die beharrliche kritische Selbstbetrachtung. Ich mißtraue einer Geschichtsschreibung, die sich solche Fragen nicht stellt, und die warten wollte, bis die letzten lebenden Zeugen ihren Schmerz und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Wartet sie, dann kann sie die Fragen zwar stellen, aber kaum noch beantworten.

Hannah Arendts Berichterstattung ist mit provozierender Absicht unpathetisch; sie nimmt sich die Freiheit, sich auch in einen Angeklagten einzufühlen, den die Staatsanwälte zum Monstrum aufzubauschen sich bemühten, während doch das Monströse im "Apparat" zu suchen war, der Menschen frißt, als handle es sich dabei um Transportprobleme; der, immun für Witz

und Aberwitz, jeden Privatwahn Hitlers, Himmlers, Heydrichs in die Tat umzusetzen gestattete.

Die Einfühlung, welche die Autorin übt, fördert, besser als jedes Pathos, die "Tatsachenwahrheit" zutage. Eichmann war kein Haupttäter, aber er war trotzdem beispielhaft: "Er hat sich niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte."

Diese "schiere Gedankenlosigkeit" und absolute Unfähigkeit, die Dinge einmal von der Seite des anderen zu sehen, hat er während des Prozesses immer wieder gezeigt: eine unheimliche Unfähigkeit zu jeder Form der Dialektik, zum Erfassen von Alternativen und damit zum Erfassen dessen, was Freiheit meint.

Je weiter man den Bericht liest, desto mehr wird dieser Verlust der Fähigkeit, Mitgefühl mit den zu Planziffern gewordenen Juden haben zu können, ein Problem ersten Ranges, für die Menschenkunde. Die Opfer werden gleichzeitig entmenschlicht und entwirklicht.

Nicht irgendwelche sadistischen Urmotive, sondern diese vorstellungslose Achtlosigkeit ließ Eichmann zu einem Verwaltungsmassenmörder werden. Auf jener berüchtigten "Wannseekonferenz" im Jahre 1942, als die "Endlösung" vorangetrieben wurde, begegnet man ihr wieder: Die Generäle zeigten eine "überraschend gute Haltung", das heißt, sie liehen oft den Einsatzkommandos der SS ihre eigenen Soldaten, damit sie bei den Massakern assistierten. Und wie war es mit der deutschen Industrie, die sich in der Nähe von Auschwitz ansiedelte? "Die Arbeitsbedingungen waren so schlecht, daß die Absicht, durch Arbeit zu töten, klar zu erkennen war." Der Kommandant Höß des Konzentrationslagers berichtete von den "besten gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der IG-Farbenwerke".

Wir haben eigentlich wenig Grund, an Eichmanns Selbstverteidigung Kritik zu üben, wenn er sagte, nichts habe "so wirksam zur Beruhigung seines Gewissens beigetragen wie die schlichte Tatsache, daß er weit und breit absolut niemanden entdecken konnte, der wirklich gegen die 'Endlösung' gewesen wäre".

Wie soll man nach solchem Absterben der Mitleidensfähigkeit und nach der administrativen Austilgung durch die Ideologie entmenschlichter Mitmenschen sein lebensnotwendiges Selbstgefühl wiederherstellen? Wir haben es vornehmlich auf zwei Wegen geschafft: durch Ungeschehenmachen - die Trümmer sind durch Neubauten ersetzt, die zumeist überhaupt nicht mehr verraten, was zuvor am gleichen Ort stand; und durch Verleugnung. Das heißt, die peinlichen Erinnerungen werden aus dem Gedächtnis abgeschaltet. Mit anderen Worten: Bewältigung der Vergangenheit könnte nur durch eine Veränderung des Selbstgefühls geschehen.

Da die Autorin sich jede idealisierende Ausschweifung verbietet, kommt an Eichmann das Banal-Durchschnittliche, und kommt an den Verfolgten heraus, daß auch sie Menschen waren, entsetzlich geängstigte und verlassene Menschen, und daß man Menschen erniedrigen kann. Nicht als ob das Aufzeigen der Seiten, welche die idealisierenden oder verteufelnden Klischees nicht sehen wollen, die Front von Recht und Unrecht verwischen könnte; es gehört zur Anstrengung des Verstehens der Tatsachen. Es ist ein Stück der Naturtreue.

Im Rückblick auf das Inferno, das die europäischen Juden durchgemacht haben, bedarf es der größten Selbstdisziplin der Autorin, um die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes zu sehen, anzuerkennen und als "Tatsachenwahrheit" hinzunehmen. Unter anderem schneiden in Arendts Buch einige bedeutsame Männer, die ins Klischee uneingeschränkter, quasi schattenloser Humanität geraten sind, schlechter ab, als ihr "Image" es zuläßt. Mir scheint, sie verlieren nichts dabei; sie rücken uns wieder näher, werden wahrscheinlicher.

Hannah Arendt vertritt die These, die Verluste der Juden, hätten sie sich nicht den Anordnungen der von den Nazis eingesetzten Judenräte gefügt, wären möglicherweise bei weitem nicht so hoch gewesen. Denn die Judenräte dienten den Nazis dazu, die verwaltungstechnischen

Aufgaben der "Endlösung" zu vollbringen.

Macht man sich von dem verborgen weiterwirkenden Diktat des Rassendenkens frei, so ist es klar, daß die Juden natürlich in erster Linie von preußisch-deutschen und habsburgischen Herrschaftsverhältnissen und nur zu einem geringen Teil von ihrem religiösen Kult bestimmte Menschen waren. Wieso sollten eigentlich die deutschen Juden weniger obrigkeitstreu gewesen sein als die übrigen Deutschen? Wieso sollten sie nach langer Emanzipationsphase und Assimilation auf das Hereinbrechen einer Katastrophe (die unter anderem im Seelischen zur "schieren Gedankenlosigkeit" führte) besser gerüstet gewesen sein, als es zum Beispiel die deutschen Parteien oder die christlichen Kirchen und ihre Führer waren?

Wir müssen diese Wirklichkeit in immer neuen Anstrengungen durchdenken, um zu verstehen, zum Beispiel, daß der moderne Verwaltungsstaat die Mittel hat, jede Gruppe der Bevölkerung bis zur äußersten Perversion ihrer eigenen Interessen zu erniedrigen und sich selbst zu entfremden.

Durch die pathetisch fehlgelenkte Anklage des Staatsanwalts Hausner ging vieles, was hätte behandelt werden sollen, unter. Der Jerusalemer Prozeß habe, so meint Frau Arendt, der Welt nicht im wahren Ausmaß "die Totalität des moralischen Zusammenbruches, ... den die Nazis in allen, vor allem auch den höheren Schichten der Gesellschaft ganz Europas verursacht haben - nicht allein in Deutschland -", vor Augen geführt.

Angesichts der lückenlosen Vernichtungsmaschinerie nimmt sich Herrn Hausners Frage an die Zeugen: "Warum habt ihr nicht rebelliert?" wie eine sinnlose und grausame Frage aus. Es liegt nahe zu denken, daß sie der Vernebelung einer anderen, angemesseneren dienen mußte, die, wie Hannah Arendt feststellt, an die jüdischen Führer nicht gestellt wurde: "Warum habt ihr die Mitarbeit an der Zerstörung eures eigenen Volkes und letztlich an eurem eigenen Untergang nicht verweigert?" Und diese Frage ist sehr viel schwerer zu beantworten als die, warum kein jüdischer Volksaufstand, der sich in unserem Lande jedenfalls auf keine Verbündeten hätte stützen können, stattgefunden hat.

Der Prozeß hat dazu noch, meint Hannah Arendt, sorgfältig vermieden, "die nahezu allseitige Verstrickung des deutschen gegenwärtigen öffentlichen Lebens, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, in Geschäfte und Handlungen, die mehr oder weniger direkt mit der Judenausrottung zu tun hatten, auch nur zu berühren".

Und es muß uns immerhin zu denken geben, daß selbst unter den deutschen Widerstandskämpfern seltsame Vorstellungen herrschten. So wollte etwa Goerdeler "die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen", er schlug aber - und dies im Jahre 1942 - eine "Dauerlösung" vor, die sie aus der "unwürdigen Stellung eines mehr oder weniger unerwünschten 'Gastvolkes' in den Ländern Europas erlösen" sollte. Er dachte an einen selbständigen Judenstaat in Kanada oder in Südamerika. Eichmanns Lieblingsidee war ein solcher Staat auf Madagaskar.

"Eichmann in Jerusalem" ist ein überaus unbequemes Buch. Für einen jüngeren Leser, der die Geschichte besser verstehen möchte, in welche die Väter verstrickt waren, scheint es mir ein vorerst unersetzliches Übungsbuch zu sein, ein Leitfadensystem, wie man es vermeidet, sich zwischen geschichtlichen Suggestionen zu verirren, durch die man Beruhigung, aber wenig Belehrung erfährt.

Hannah Arendt ist in einem von Emotionen besetzten Bereich um die Rekonstruktion der Zusammenhänge bemüht, um der Einsicht willen, die - vielleicht - vernünftigeres Handeln erlauben wird. Sie berichtet nicht nur, was von jener Wirklichkeit zutage kam, in der Eichmann operierte, sondern ebenso von der anderen Wirklichkeit, in welcher der Prozeß stattfand.

Wer nachlesen will, welche Irrtümer der Autorin vorgehalten werden, der lese "Die Kontroverse". Diese Lektüre wird ihm dann zugleich beweisen, wie außerordentlich schwer es ist, der Geschichte Erkenntnis abzugewinnen. Hannah Arendt scheint mir hier ihren Kritikern ge-

genüber entschieden im Vorsprung, trotz ihrer gelegentlichen kerndeutschen Neigung, niemanden beim Erteilen von Zensuren auszulassen.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Hannah Arendt (x169/18-22): >>... Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten sechziger Jahren rührten nur eine Handvoll Bücher und Filme an das Thema. In den USA wurde nur ein Hochschulseminar zu diesem Gegenstand angeboten. Als Hannah Arendt 1963 *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte, konnte sie sich nur auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen in englischer Sprache beziehen - Gerald Reitlingers *Die Endlösung* und Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Hilbergs Meisterwerk schaffte es nur knapp, das Licht der Welt zu erblicken.

Sein Doktorvater an der Columbia University, der deutsch-jüdische Sozialtheoretiker Franz Neumann, riet ihm dringend ab, über das Thema zu schreiben ("Das wird Ihre Beerdigung"), und kein Herausgeber eines Universitäts- oder eines Publikumsverlags wollte mit dem vollendeten Manuskript zu tun haben. Als *Die Vernichtung der europäischen Juden* schließlich veröffentlicht wurde, erhielt es nur wenige, zumeist kritische Besprechungen.

Nicht nur die Amerikaner im allgemeinen, sondern auch die jüdischen Intellektuellen schenkten der "Massenvernichtung" der Juden durch die Nazis wenig Beachtung. In einer maßgeblichen Untersuchung von 1957 berichtete der Soziologe Nathan Glazer, daß die Endlösung der Nazis (wie auch der Staat Israel) "bemerkenswert geringe Auswirkungen auf das Seelenleben der amerikanischen Juden hatte".

Bei einem Symposium zum Thema "Judentum und die jüngeren Intellektuellen", das die Zeitschrift *Commentary* 1961 veranstaltete, betonten nur zwei von einunddreißig Rednern ihre Bedeutung. In einer Gesprächsrunde zum Thema "Mein jüdisches Selbstverständnis", zu der die Zeitschrift *Judaism* im Jahr 1961 einundzwanzig gläubige Juden eingeladen hatte, wurde das Thema ebenfalls fast vollständig außer Acht gelassen.

In den Vereinigten Staaten gab es keine Denkmäler oder Gedenkfeiern, um angesichts der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ein Zeichen zu setzen. Im Gegenteil, wichtige jüdische Organisationen widersetzten sich einem solchen Gedenken. Es fragt sich nur, warum?

Der gängigen Erklärung zufolge waren die Juden wegen der Massenvernichtung durch die Nazis traumatisiert, weshalb sie die Erinnerung daran unterdrückten. Doch in Wahrheit gibt es keinen Beleg, der diesen Schluß stützen würde. Zweifellos wollten manche Überlebende damals (und auch in späteren Jahren) nicht über das sprechen, was geschehen war. Viele andere jedoch wünschten sich sehr, darüber zu reden, und wollten, sobald sich eine Gelegenheit ergab, gar nicht mehr damit aufhören. Das Problem lag darin, daß die Amerikaner nicht zuhören wollten.

Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit. In innen- wie außenpolitischen Angelegenheiten gingen die jüdischen Eliten Amerikas konform mit der offiziellen Politik der USA.

Das machte es leichter, die überlieferten Ziele wie Assimilation und Zugang zur Macht zu erreichen. Mit Beginn des Kalten Krieges stürzten die Organisationen des jüdischen Mainstream sich in den Kampf. Die jüdischen Eliten Amerikas "vergaßen" die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, weil Deutschland - seit 1949 Westdeutschland - zu einem entscheidenden Nachkriegsverbündeten der Amerikaner in der Konfrontation der USA mit der UdSSR wurde. Es brachte nichts ein, die Vergangenheit ans Licht zu zerren; tatsächlich wurde dadurch alles komplizierter.

Mit kleineren Vorbehalten (die man rasch fallenließ) stimmten die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Juden schnell der Unterstützung eines wiederbewaffneten und kaum ent-

nazifizierten Deutschland durch die USA zu. Weil man befürchtete, daß "jede organisierte Opposition amerikanischer Juden gegen die neue Außenpolitik und gegen den veränderten strategischen Ansatz sie in den Augen der nichtjüdischen Mehrheit isolieren und ihre Nachkriegserrungenschaften im Inland gefährden könnte", predigte das *American Jewish Committee (AJC)* als erste Organisation die Vorzüge dieser Wiedereingliederung.

Der pro-zionistische Jüdische Weltkongreß (*World Jewish Congress, WJC*) und seine amerikanische Dependance ließen ihren Widerstand fallen, nachdem Anfang der fünfziger Jahre mit Deutschland eine Übereinkunft über Entschädigungszahlungen unterzeichnet worden war, während die *Anti-Defamation League (ADL, Anti-Diffamierungsliga)* 1954 als erste wichtige jüdische Organisation eine offizielle Delegation nach Deutschland entsandte. Gemeinsam mit der Bonner Regierung arbeiteten diese Organisationen daran, die unter den Juden verbreitete "antideutsche Welle" einzudämmen.

Noch aus einem anderen Grund war die "Endlösung" für die jüdischen Eliten Amerikas ein Tabu. Politisch links stehende Juden, die gegen das durch den Kalten Krieg bedingte Arrangement mit Deutschland gegen die Sowjetunion waren, hörten nicht auf, darauf heruzureiten. Das Andenken an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde deshalb als kommunistische Angelegenheit abgestempelt.

Behaftet mit dem Klischee, das Juden mit Linken gleichsetzt - in der Tat stammte 1948 ein Drittel der Stimmen für den fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace von jüdischen Wählern -, schreckten die jüdischen Eliten Amerikas nicht davor zurück, jüdische Mitbürger auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern.

Indem das AJC und die ADL ihre Unterlagen über angebliche jüdische Umstürzler den Behörden zur Verfügung stellten, beteiligten sie sich aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära. Das AJC billigte die Todesurteile gegen die Rosenbergs, während seine Monatszeitschrift *Commentary* in einem Leitartikel erklärte, diese seien nicht wirklich Juden.

Aus Angst, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, lehnten es die konformistischen jüdischen Organisationen ab, mit Nazi-Gegnern aus der deutschen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten; ebenso lehnten sie den Boykott deutscher Hersteller ab und beteiligten sich nicht an öffentlichen Demonstrationen gegen Ex-Nazis, die durch die USA reisten.

Andererseits mußten bekannte deutsche Dissidenten wie der protestantische Pastor Martin Niemöller, der acht Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte und sich nun gegen den antikommunistischen Kreuzzug aussprach, beim Besuch der USA Schmähungen der führenden amerikanischen Juden über sich ergehen lassen. ...<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Die US-Luftwaffe begann am 6. Februar 1965 mit massiven Bombenangriffen gegen nordvietnamesische Städte (Beginn des Vietnamkrieges von 1965-1975).

Die verheerenden US-Flächenbombardements forderten in den folgenden Jahren unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung Vietnams.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den US-Luftkrieg in Vietnam (x068/341-342): >>... Vor dem Krieg hatten hohe US-Militärs geprahlt. Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Tatsächlich warfen sie ein enormes Vernichtungspotential auf das Land. Die Masse der eingesetzten Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkriegs um das Dreifache.

Außer auf das kleine Laos haben die USA, bis sie 1973 ihre (militärisch erfolglosen) Bombar-

dements einstellten, über 2 Millionen Tonnen Bomben für 7,2 Milliarden Dollar abgeladen, ein Drittel mehr als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland.

Dabei bombardierten sie sowohl Laos wie Kambodscha, auch Vietnam selbst, ohne jede Kriegserklärung, unter völliger Mißachtung des Völkerrechts und der "Genfer Konvention". "Für mich hat die Rechtsfrage in dieser Sache keine Bedeutung", sagte der seinerzeitige Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge. Klar: Rechtsfragen gelten vor allem im Frieden – und auch da meist bloß für kleine Gauner.

Insgesamt wurden im Vietnamkrieg 7,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Und die meisten Lufteinsätze waren nackter Terror – Flächenbombardements. So sagte General Johnson, der Heeres-Stabschef: "Wir gehen rücksichtslos vor, wie eine Dampfwalze, und bombardieren ausgedehnte Gebiete, nicht auf Grund genauer Nachrichten ausgewählte Ziele".

Die amerikanischen Bomben und Granaten haben unterschiedslos alles zerstört, Schulen und Krankenhäuser, Kirchen und Pagoden, historische Denkmäler und die landschaftliche Schönheit Vietnams.

Dabei operierte man gern, wofür war man fortschrittlich, mit Novitäten (Neuheiten). Vor allem mit Brennbarem. Zum Beispiel mit Phosphor, weißem Phosphor mit hoher Hitzeentwicklung, die einen Menschen bis auf die Knochen verascht. Oder mit Napalm; ein leicht entzündbares, vor dem Einsatz meist mit Benzin gemischtes Pulver, das Temperaturen bis zu 2.000 Grad entwickelte. Zeitweise warf man monatlich 50 Millionen Liter Napalm ab, die 10.000 qkm Land zu einer feuerverheerten Wüste machen konnten. Man verwandte auch Thermitenbomben, die Temperaturen bis zu 3.000 Grad erzeugten.

Allein viele Hunderttausende von Kindern wurden derart getötet, verwundet verbrannt, Gesichter und Körper oft schrecklich vom Feuer zerfressen, für immer entstellt. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little) wurde am 21. Februar 1965 im New Yorker Stadtteil Harlem durch einen rivalisierenden Schwarzen der islamischen Bewegung "Black Muslims" ermordet.

Malcolm X (bis 1963 Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") vertrat damals eine extrem antiweiße Ideologie (x056/105): >>... Um 15 Millionen von uns als Sklaven (nach Amerika) zu bekommen, ermordete der sogenannte christliche weiße Mann auf der Überfahrt 100 Millionen!

Ich wollte, ich könnte euch den Meeresgrund in jenen Tagen zeigen – die schwarzen Körper, das Blut, die von Stiefeln und Keulen zerschlagenen Knochen! Die schwangeren schwarzen Frauen warf man über Bord, wenn sie zu krank wurden! Man warf sie über Bord zu den Haien, die wußten, daß man im Kielwasser dieser Sklavenschiffe fett wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (10/1965) berichtete später über die letzte Begegnung eines SPIEGEL-Reporters mit Malcolm X: >>SO LANDE EINES TAGES ALLE HÜHNER IM TOPF

... Ich traf Malcolm Little, der sich Malcolm X nannte, zum erstenmal in dem langen, heißen Sommer 1964, als Harlem revoltierte.

Ich wollte den Kopf der Revolte treffen, das Gehirn der Extremisten, den schwärzesten der "Schwarzen Moslems". Aber ich traf einen Abgefallenen, der schon damals wußte, daß er ermordet werden würde.

Schon damals wagte sich Malcolm X kaum noch in sein Büro hinter einer schwarz zugemalten Glastür im Hotel "Theresa", das an Harlems kritischer Kreuzung, 125. Straße und Seventh Avenue, liegt und das aussieht, als stamme es von der Stalin-Allee.

Wir trafen uns in einem sauberen kleinen Coffee-Shop, 22 West, 135. Straße, nicht eben im Zentrum der Gefahr. Malcolm X kam mit zwei Leibwächtern, die kurz zuvor noch Gegenorder gehabt hatten: bekehrte Häscher, so stellte er sie vor, die Elijah Muhammad, der alternde Prophet der Schwarzen Moslems, ursprünglich ausgesandt hatte, den abtrünnigen Diener um-

zulegen.

"Niemand versteht sich besser auf so etwas als die Schwarzen Moslems", sagte Malcolm X und lächelte böse. "Ich weiß es. Ich habe es ihnen selber beigebracht."

Zu den Schwarzen Moslems war Malcolm X aus dem Gefängnis gekommen

- wohin ihn beizeiten der Marihuanahandel, der Einbruchdiebstahl und seine eigene Unbedachtsamkeit gebracht hatten: Als Kellner in der Jazzkneipe "Small's Paradise" auf der Seventh Avenue hatte er 1943, mit 18 Jahren, ausgerechnet einem Polizeispitzel ein Mädchen vermitteln wollen.

Die Schwarzen Moslems - Mohammedaner aus Protest und Militanz trieben ihm die Flausen aus. Denn die radikale Sekte, deren Zahlenstärke kein Mensch genau angeben kann, frönt nicht bloß einem fanatischen Rassismus gegen die Weißen, von denen sie alle Schwarzen gänzlich separiert wissen möchte, sondern treibt auch die eigenen Rassegenossen mit roher Gewalt zu Zucht und Ordnung an.

Malcolm Little, der verluderte Sohn eines vom Ku-Klux-Klan erschlagenen Baptistenpredigers, wurde ein Schwarzer Moslem, ersetzte seinen "Sklavennamen" durch ein protestgeschwängertes X und durfte fürderhin weder "koksen" noch fremdgehen. Er wäre sonst den "Früchten des Islam" anheimgefallen, der Privatarmee der Schwarzen Moslems, die der Gestapo weder an Brutalität noch an Wachsamkeit nachsteht. Aber Malcolm X parierte. Und nicht nur das.

Aus dem ... Bürschchen von "Small's Paradise" wurde mit den Jahren ein gerissener Demagoge und ein mitreißender Redner. Malcolm X wurde das Sprachrohr Elijah Muhammads, der gehätschelte Buhmann von Presse und Rundfunk und der gesuchteste Gastredner an Amerikas Universitäten nach Barry Goldwater, mit dem ihn das Handikap verband, eine Stimmung zu repräsentieren, nicht aber eine Politik.

Doch er mauserte sich zu schnell. Mit 38 Jahren war er sowohl der Ideologie als auch den Ideologen der Schwarzen Moslems über den Kopf gewachsen. Der Bruch mit Elijah Muhammad, dem Chef, der seine Inspirationen direkt von Allah und seinen Nachfolger aus der eigenen Familie beziehen will, war unvermeidlich geworden.

Und während die beiden Leibwächter brav ihren Milchkaffee schlürften, erzählte mir Malcolm X, wie es zu diesem Bruch gekommen war.

Den Vorwand hatte Elijah Muhammad selber geliefert: Er hatte seinen Propagandisten Ende 1963 von dessen "geistlichem" Amt als Priester der "Moschee Nr. 7, New York City", suspendiert, nachdem Malcolm X die Ermordung Kennedys in einer Rede mit der schadenfrohen Bemerkung kommentiert hatte: "So landen eines Tages alle Hühner im Topf."

Die Erleuchtung zu eigenem Beginnen hingegen überkam den suspendierten Moslem während einer anschließenden Pilgerfahrt nach Mekka.

"Elijah Muhammad hatte uns immer gelehrt, daß die Weißen - als die Verkörperung alles Bösen - gar nicht nach Mekka, in die Stadt Gottes, gehen dürften. Aber als ich dort war, sah ich Menschen mit weißer Haut, blauen Augen und blonden Haaren. Und da schrieb ich nach Hause, daß es doch Weiße in Mekka gebe und daß diese Weißen sich den Schwarzen, Braunen und Gelben gegenüber, die es auch dort gab, wie Brüder benahmen."

Also hatte der Prophet gelogen. Und also glaubte Malcolm X nun nicht mehr an dessen Philosophie der Rassentrennung? "Nein, ich glaube nicht mehr daran. Ich habe meine Meinung völlig geändert, und ich bin Manns genug, es zuzugeben, auch wenn das gefährlich ist."

Malcolm X faßte den Entschluß, seine eigene Bewegung zu gründen: die "Organization of Afro-American Unity", deren Kampf zuvörderst für "die Beteiligung des schwarzen Mannes an allen amerikanischen Errungenschaften" und nicht mehr nur gegen die "weißen Teufel" geführt werden sollte. Das aber bedeutete vor allem Kampf gegen die Schwarzen Moslems.

Doch erst nachdem ich, einigermaßen verblüfft, das Tonbandgerät abgeschaltet hatte, vertrau-

te mir Malcolm X auch den tieferen Grund seiner Befürchtungen an: Elijah Muhammad, Führer der Schwarzen Moslems und Kündler ihrer strengen Moral, habe in Wahrheit neun illegitime Kinder - und alle mit seinen Sekretärinnen, gezeugt unter dem Vorwand übersinnlicher Inspiration.

Und seit Elijah wußte, daß Malcolm (dies) wußte - seither war Malcolm X, so glaubte er schon damals, seines Lebens nicht mehr sicher.

Die Schwarzen Moslems hatten die Feindseligkeiten bereits eröffnet. Vor Gericht reklamierten sie das Haus in der 97. Straße, East Elmhurst, Queens, das Malcolm X mit Frau und vier Kindern bewohnte, als Dienstwohnung und klagten auf Räumung.

Am vergangenen Sonntag vor vierzehn Tagen ging dieses Haus in Flammen auf. Malcolm X zog mit seiner Familie ins "Theresa". Aber auch da hielt es ihn nicht. Er zog weiter, hinaus aus Harlem, ins weiße "Hilton". Dort erreichten ihn Anrufe, er möge abhauen, bevor es zu spät sei.

"Ich lebe, als ob ich schon tot wäre", sagte er am Donnerstag vorletzter Woche zu einem Reporter. Am Freitag ... (beantragte) er bei der Stadt New York ... einen Waffenschein; denn er wisse sein Leben bedroht. Am Samstag hatte er zwar keinen Waffenschein, aber eine Pistole. Am Sonntag mußte er, wie jede Woche, im Audubon Ballroom für die Getreuen predigen.

Der Audubon Ballroom ist ein überständiges Etablissement Ecke Broadway und 166. Straße, eine Treppe hoch, mit Klappgestühl auf dem verkraatzten Parkett und kleinen, inwendig rotgestrichenen Logen beiderseits der ausgedienten Tanzfläche.

Vor dem goldbronzierten Proszenium der Bühne, auf der inmitten von Gerümpel das Rednerpult steht, sollten auch an diesem Sonntag wieder vier zivil gekleidete Bodyguards alle zehn Minuten mit militärischen Gesten eine ausgewachsene Wachablösung exerzieren.

Sie kamen nicht mehr dazu. Genau in dem Augenblick, da Malcolm X die Bühne betrat, lenkte ein Mann in der linken Hälfte des Auditoriums sie ab. "Hände weg!", schrie der Mann, und alle Beschützer rannten kopfscheu in seine Richtung.

Malcolm X, schon am Rednerpult, rief in den Trubel: "Take it easy ... okay now, take it easy", und begann dann einfach mit seiner Rede: "Brothers and sisters ..."

In diesem Augenblick feuerten die Mörder.

Zwischen achtlos gestapelten Gartenstühlen und einem mißhandelten weißen Flügel, den ein Vorhängeschloß vor unbefugter Musikalität bewahren sollte, brach Malcolm X zusammen.

Erschossener Malcolm X: "Ich lebe, als ob ich schon tot wäre" ...<<

Der Bundestag beschloß am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten nach Ablauf bestimmter Fristen.

Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahndung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.

Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.

Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwend-

barkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).

Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69 das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhafte Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.

Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

Walter Ulbricht berichtete am 17. April 1965 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" über den politischen Neuanfang der KPD in Berlin (x296/206 L): >>... Unser Vorteil bestand darin, daß wir gut vorbereitet waren. In unserer Parteiführung war schon zur Zeit als die Sowjettruppen die Weichsel überschritten hatten, eine Kommission gebildet worden zur Ausarbeitung der ersten Maßnahmen, die im Kampf zur Liquidierung des Hitlerfaschismus getroffen werden mußten. Ich war Vorsitzender dieser Kommission. Wir haben alle Details ausgearbeitet, einschließlich der Organisation der Verwaltungen bis zu den Fragen der Organisierung des kulturellen Lebens.<<

Die Landsmannschaft der Oberschlesier forderte im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".

In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.

Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechnete Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?"

Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

Israel und die Bundesrepublik Deutschland nahmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führte später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schrieb im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später

in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. ...

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:

Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft.

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.

Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.

Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...

Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.

Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.

Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.

Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das

innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er wissenschaftlich eingeplant wurde.

Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Der "Tagesspiegel" berichtete am 3. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslav Komemek (x064/29): >>... "Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz", erklärte der polnische Bischof Komemek von Breslau in der jüngsten Ausgabe der katholischen Zeitschrift "Tygodnik Powszechny".

"Es ist eine allgemein bekannte und bezeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deutschen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein", schreibt Komemek.

Bei dieser Feststellung handele es sich keineswegs um eine polnische Analogie (Ähnlichkeit) zum deutschen Drang "Drang nach Osten". "Es handelt sich einfach um Lebensbedingungen für Menschen, für die anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben ist.

Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte".

Komemek erklärt, er habe aus der Bundesrepublik, vor allem von jungen Menschen, viele Briefe erhalten, die "einen stillen Verzicht auf den deutschen Besitz der Westgebiete enthalten. ... Einen ähnlichen psychischen Prozeß erleben wir auch in Polen hinsichtlich unserer ehemaligen Ostgebiete" ...<<

Die Zeitung "Peking Rundschau" berichtete am 8. Juni 1965 über den "Vietnam-Krieg" (x299/181-182): >>... Seit die Vereinigten Staaten eine große Anzahl von Truppen zu Angriffen nach Süd-Vietnam geschickt haben, hat das ganze vietnamesische Volk, einschließlich der Bevölkerung im Norden, sich das Recht gesichert, sein Äußerstes zu tun, um die USA-Aggressoren zurückzuschlagen.

Seit die USA-Aggressoren den Norden Vietnams Tag und Nacht bombardieren, existiert die provisorische militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nicht mehr, und das Volk vom Norden Vietnams hat keinerlei weitere Beschränkungen seinen Landsleuten im Süden zu helfen ... (und) hat sich das chinesische Volk das Recht gesichert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem vietnamesischen Volk zu helfen. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Kardinals Stefan Wyszyński anlässlich des 20. Jahrestages der "Heimkehr" der polnischen Westgebiete (x064/29): >>... Wir können mit Autorität feststellen, daß es in unseren Augen und in den Augen der Kirche und des Heiligen Stuhls keine ... Differenzen zwischen (Diözesen in den polnischen "Westgebieten") und den Diözesen in Mittelpolen gibt. Die Vollmachten der Bischöfe sind die gleichen.

Es sind nur noch geringe formale Schwierigkeiten zu beheben, und wir vertrauen darauf, daß dies durch ruhige Geduld und etwas Takt erreicht werden kann. ..."

Wyszyński wies darauf hin, daß die Diözesen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten jenen entsprächen, die im Jahr 1000 auf dem Kongreß von Gnesen auf Anweisung Papst Paul Sylvesters geschaffen worden seien.<<

Der US-Diplomat George W. Ball (1909-1994) schlug Präsident Johnson am 1. Juli 1965 eine Kompromißlösung für den "Vietnam-Krieg" vor (x299/182): >>... Der Krieg geht verloren: Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietkong. Niemand kann ihnen garantieren, daß wir den Vietkong schlagen oder ihn auch nur zu unseren Bedingungen an den Konferenz Tisch zwingen können, ganz gleich wie viele Hunderttausende an weißen, ausländischen (US) Soldaten wir auch entsenden mögen.

Niemand hat bisher bewiesen, daß eine weiße Bodentruppe gleich welcher Stärke einen Guerillakrieg gewinnen kann, der zu gleicher Zeit ein Bürgerkrieg unter Asiaten ist und der auf Dschungelterrain inmitten einer Bevölkerung geführt werden muß, die die Zusammenarbeit mit den weißen Truppen (und den Südvietnamesen) ablehnt und damit den Spionageabsichten der anderen Seite große Vorteile bietet. ...

Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen in Süd-Vietnam begrenzen und nach einem Ausweg suchen, der auf lange Sicht nur geringe Kosten verursacht?

Die Alternative ist ... beinahe mit Sicherheit ein in die Länge gezogener Krieg, der die amerikanischen Streitkräfte in nicht absehbare Verwicklungen einbezieht, der steigende amerikanische Verluste bringt, der keine Gewißheit eines befriedigenden Abschlusses ... birgt.

Haben wir erst einmal schwere Verluste erlitten, so ist damit ein nahezu nicht umkehrbarer Prozeß eingeleitet. Wir werden so tief in den Konflikt verwickelt werden, daß wir, ohne eine Demütigung unserer nationalen Empfindungen hinzunehmen – von unseren Zielen nicht eher ablassen können, als wir sie erreicht haben.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist meiner Meinung nach eine Demütigung wahrscheinlicher als die Erreichung unserer Ziele – auch dann, wenn wir einen entsetzlichen Preis bezahlt haben werden.<<

Nach 20 Monaten wurde am 19. August 1965 in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet. Die angeblich zu milden Urteile führten damals zu starken Protesten im In- und Ausland.

Vertreter des BdV verkündeten am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/117-118): >>... **Deutschland ist unteilbar.**

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil

Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

Die "Pekinger Volkszeitung" berichtete am 5. Oktober 1965 über Chinas Außenpolitik in der "Dritten Welt" (x300/243): >>... Sich auf die Bauern zu verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen und schließlich die Städte erobern: das war der Weg zum Sieg, den die chinesische Revolution einschlug. ...

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die Theorie des Genossen Mao Tse-tung über die Errichtung von revolutionären Stützpunkten auf dem Lande von hervorragender, allgemeingültiger und aktueller Bedeutung für die gegenwärtigen revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Nationen und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und seine Lakaien ist. ...

Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt" bezeichnet werden können, dann kann man Asien, Afrika und Lateinamerika "die ländlichen Gebiete der Welt" nennen. ...

In einem gewissen Sinne bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. ...

Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. ...

Gerade in dem Augenblick, da der US-Imperialismus am stärksten von Panik erfaßt und bei seinen Anstrengungen, mit dem Volkskrieg fertigzuwerden, am hilflosesten ist, kommen die Chruschtschowschen Revisionisten, ihn zu retten. ...<<

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichte am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x064/24-27, x148/155, x155/120): >>Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der Zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht zureichend gelöst worden sind. ...

Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark betroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten.

Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf

den an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen.

Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit Wege zum politischen Handeln zu ebnen. ...

Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen.

In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen.

Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.

Den geschichtlichen Hintergrund der Vertreibung und aller Einzelschicksale aber bilden die Vorgänge, durch die ein Viertel des Deutschen Reiches von 1937 unter fremde Verwaltung gestellt worden und der deutsche Siedlungsraum in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas verlorengegangen ist.

Damit hat nicht nur das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes einen empfindlichen Schlag erlitten, es bedeutet auch den Verlust großer kultureller Kraftfelder, von denen eine starke Wirkung auf das deutsche und europäische Geistesleben einschließlich seiner religiösen und kirchlichen Elemente ausgegangen ist.

Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich geschmälert worden sind. ...

... Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.

... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Rechtfertigung bisher nicht erfahren.

Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 zur Gebiets-hoheit über deutsche Ostprovinzen sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauerregelung abgelöst worden.

Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich 20 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.

...

Mit Recht empfinden es die Vertriebenen selbst als eine unzulässige Vereinfachung der Probleme, wenn diese mit der wirtschaftlichen Eingliederung als erledigt angesehen werden. Man muß deshalb Verständnis für den Umfang und die Leidenschaft haben, mit denen die Diskussion um das "Recht auf Heimat", im Sinne der ursprünglichen und angestammten Heimat geführt wird.

Die Vorgänge um die deutschen Ostgebiete und das Vertreibungsschicksal anderer Völker rufen in der Tat nach einer umfassenden internationalen Erörterung der Frage, wie weit künftig durch eine völkerrechtliche und politische Verwirklichung eines neu zu formulierenden Menschenrechtes derartige Massenkatastrophen verhindert werden können. ...

... Je weiter wir uns von den Ereignissen des Kriegsendes entfernen, desto mehr verschieben sich offenbar im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zusammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge. Je stärker die prinzipiellen rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte die Urteilsbildung bestimmen, desto mehr scheinen die tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen. ...<<

>>... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeichnet werden. Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen, diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen.

Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für eigene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädigung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...

Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben.

...<<

>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ... Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...

Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.

In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.

Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechtsempfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt zurückgetreten ist.

Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1965) berichtete am 27. Oktober 1965 über ein Interview mit Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, SPD-Bundestagsabgeordneter): >>>Polen aus Schlesien nach Frankreich?

Mit einer Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", die vorletzte Woche veröffentlicht wurde, versucht die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) "eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene anzubieten".

Das Memorandum - von der EKD - "Kammer für öffentliche Verantwortung" - verfaßt und mit Zustimmung des Rates der EKD publiziert, spricht sich unter anderem dafür aus, "in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf".

Bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften stieß die Denkschrift auf heftigen Protest. Der Bund der Vertriebenen (BdV) bezeichnete sie in einer ersten Stellungnahme als Mißbrauch der kirchlichen Autorität. Präsident des BdV ist seit dem 1. März 1964 der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, 69. Der Altsozialdemokrat stammt aus dem Sudetenland und lebte von 1939 bis 1949 in britischem Exil. Dort vertrat er die Interessen der Sudentendeutschen bei der tschechoslowakischen Exilregierung.

SPIEGEL: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in der Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" zum Umdenken aufgefordert, weil eines Tages die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unausweichlich werden könne. Nährt dagegen nicht der Bund der Vertriebenen die Hoffnung, eines Tages werde über die Rückkehr Ostpreußens und Schlesiens zum Reich verhandelt?

JAKSCH: Diese Frage geht das ganze deutsche Volk an und kann auch in einem Dialog zwischen dem Bund der Vertriebenen und der evangelischen Kirche nicht beantwortet werden. Wir gehen von dem völlig unbestrittenen historischen Tatbestand aus, daß die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Potsdamer Abkommen die Frage der deutschen Ostgrenzen ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten haben. Wir nähren also unter unseren Mitgliedern nicht irgendwelche Illusionen, sondern beziehen, wie alle staatsert haltenden Kräfte der Bundesrepublik, einen eindeutigen Rechtsstandpunkt.

SPIEGEL: Die Unterschriften von Truman, Stalin und Attlee in Potsdam wurden vor 20 Jahren geleistet. Inzwischen hat sich jenseits von Oder und Neiße vieles ereignet, vieles verfestigt. Wie wollen Sie gegen die Macht des Faktischen angehen?

JAKSCH: In Ihrer Frage steckt die Anerkennung des *Fait accompli* (der vollendeten Tatsache) als einer völkerrechtlich bindenden Macht. Von dieser Philosophie her kann man jeden künftigen Eingriff in die Menschenrechte eines Nachbarvolks begründen und sich nachher auf die normative Kraft des Faktischen berufen.

SPIEGEL: Nun nimmt aber die Denkschrift der evangelischen Kirche gerade darauf Bezug, daß nach 1933 die Gewaltpolitik von deutscher Seite begonnen wurde. Sie spricht davon, daß wir gerade wegen der Leiden des polnischen Volkes im Zweiten Weltkrieg das Lebensrecht dieses Volkes respektieren und ihm Raum zu seiner Entfaltung lassen müßten. Sind Sie anderer Meinung?

JAKSCH: Ich bin zutiefst bestürzt über den Versuch, nachträglich mit Hilfe theologischer Argumente dem deutschen Volk eine Kollektivschuld-Position suggerieren zu wollen. Man darf doch nicht vergessen, daß die Warschauer Regierung nach 1933 Hitler Schützenhilfe geleistet und sich 1938 sogar an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt hat.

SPIEGEL: Wollen Sie damit den deutschen Angriff gegen Polen im Jahre 1939 rechtfertigen?

JAKSCH: Aus meinem Bewußtsein ist es nicht auszustreichen, daß deutsche Hitler-Gegner der Kriegspolitik des Nationalsozialismus weit entschiedener Widerstand geleistet haben als die Männer des Appeasements im Westen und die Regierungen in Warschau und Prag. Wer die Blindheit der europäischen Staatsmänner im Westen und im Osten vor dem Angriff auf Polen erlebt hat, so wie ich, der kann sich nur schauernd und mit Trauer von einer Geschichtsdarstellung abwenden, die nachträglich alle Schuld beim deutschen Volke suchen will.

SPIEGEL: Die Verfasser der Denkschrift der evangelischen Kirche sagen, mit theologischen Argumenten könne man das von den Vertriebenen beanspruchte Heimatrecht nicht begründen.

JAKSCH: Die Verfasser der Denkschrift weichen der Vorfrage aus, ob Massenvertreibungen von ganzen Volksteilen und Volksgruppen durch nachträgliche Ersatzdiskussionen über das Heimatrecht als Mittel der Politik legitimiert werden dürfen.

SPIEGEL: Aber was soll aus den polnischen Menschen werden, die in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geboren sind und dort Heimat erworben haben? Würden sie wieder vertrieben, wenn eine deutsche Regierung ein künftiges Deutschland in den alten Grenzen durchsetzen könnte?

JAKSCH: Das ist doch eine aus dem Gesamtbild herausgeschnittene Detailproblematik.

SPIEGEL: Nein, das ist die Frage nach dem Schicksal von Millionen polnischer Menschen.

JAKSCH: Sicher, Herr Stalin hat genauso einen Teil Polens eingesteckt, und zwar so, daß man das zu Boden geworfene Polen noch von der anderen Seite her verstümmelte. Wer stellt dieselbe Frage an die Sowjet-Politik, die Sie mir gestellt haben, wenn Sie vom Moralischen her argumentieren? Vom Moralischen her ist das Heimatrecht der Polen in den Gebieten, die die Sowjet-Union annektiert hat, genausogut wie das Heimatrecht der Schlesier und der Pommern im deutschen Teil.

SPIEGEL: In beiden Vertreibungsfällen, sowohl bei den Ostpolen wie bei den Ostdeutschen, ist mittlerweile eine ganze neue Generation herangewachsen. Die jungen "Schlesier" von heute, die jetzt in Westdeutschland leben, haben ihre Heimat ebensowenig gesehen wie die jungen "Ostpolen", die in Schlesien und Ostpreußen leben. Wir fragen uns, ob denn überhaupt diese Millionen in ihre angestammten Heimatgebiete zurückkehren wollen?

JAKSCH: Dieselbe Frage können Sie auch an die Sachsen und Thüringer stellen, die in der Bundesrepublik leben. Mit demselben Argument können Sie jeden moralischen Anspruch auf Wiedervereinigung bestreiten. Denn auch die Nachkommen der Sowjetzonen-Flüchtlinge haben hier nach Ihrer Theorie Heimat gefunden ...

SPIEGEL: Nur, daß in der Sowjetzone Deutsche leben und in Schlesien heute Polen. In der Sowjetzone würde bei Rückkehr der Flüchtlinge niemand vertrieben werden müssen. Noch einmal unsere Frage: Wollen Sie, daß um des Heimatrechts willen eine neue Umsiedlungsaktion beginnt? Wollen Sie Polen nach Osten in seine alten Grenzen zurückverlagern, mit allen Konsequenzen, die das für ganz Europa haben würde?

JAKSCH: Das Heimatrecht ist genauso wichtig für Deutsche wie für Polen, wie für Ungarn,

wie für Sowjet-Russen, entweder gibt es eine, internationale Sicherung des Heimatrechts, oder Sie arbeiten mit dem bequemen Argument der normativen Kraft des Faktischen. Damit können Sie jedes Rechtsempfinden der Völker kaputtmachen.

SPIEGEL: Aus dem Echo des Bundes der Vertriebenen auf jeden Versuch, ein neues Gespräch zu führen, hat man den Eindruck, daß starke Kräfte in ihrem Bunde jeden, der solche Fragen überhaupt anschnidet, als eine Art Landesverräter betrachten.

JAKSCH: Das ist natürlich ein großer Irrtum.

SPIEGEL: Das ist eine belegbare Tatsache.

JAKSCH: Nein, ich würde sagen, es ist ein gewollter Irrtum. Das Gespräch mit aufgeschlossenen osteuropäischen Partnern ist ja längst im Gange. Wir erleben einen Umbruch in der Stimmung der osteuropäischen Völker. Sie lösen sich langsam von dem Trauma der Besetzung, vom Denken an die Gestapo-Herrschaft, von all den schrecklichen Dinge, die geschehen sind.

SPIEGEL: Wird nicht dieser Umbruch in Polen durch die Furcht verzögert, daß wir Deutschen eine neue Vertreibung wollen?

JAKSCH: Das sind die Thesen der innenpolitischen Propaganda in Polen. Es wird ununterbrochen diese Detailfrage hochgespielt ...

SPIEGEL: Das ist doch keine Detailfrage.

JAKSCH: Das ist eine Detailfrage. Vom Standpunkt des polnischen Volkes ist es entscheidend, ob es in eine dauernde Abhängigkeit von der Sowjet-Union gerät, oder ob es Aussicht hat auf Wiederanschluß an Europa.

SPIEGEL: Aber für den einzelnen betroffenen Polen heißt doch die Existenzfrage, ob er dort leben und arbeiten kann, wo er jetzt lebt und arbeitet, oder ob er zwangsweise wieder ausgesiedelt wird.

JAKSCH: Der Bund der Vertriebenen hat nie von einer zweiten Austreibung gesprochen.

SPIEGEL: Es gilt also nicht mehr das vor einiger Zeit bei Ihnen erörterte Kategorisierungsschema, das an Hitlers Volkslisten erinnerte: Die Kongreßpolen müssen bei Rückkehr der Deutschen hinaus, die Ostpolen sollen rücksiedeln, sobald sie können, nur die in Ostdeutschland geborenen Polen dürfen bleiben - was ist aus diesem Plan geworden?

JAKSCH: Ach Gott, es werden von allen möglichen Seiten Zukunftspläne gewälzt, aber wir sprechen ja hier über die offizielle Einstellung des Bundes der Vertriebenen.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich dann aber praktisch die Heimkehr der Deutschen nach Osten vor?

JAKSCH: Vielleicht würde mancher Pole, der heute in Schlesien sitzt, lieber in Nordfrankreich arbeiten und umgekehrt. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir wieder in ganz Europa zu einem ungehinderten Kreislauf von Arbeitskraft und Kapital kommen können.

SPIEGEL: Sie wollen also eine Ausdehnung des jetzt in der EWG praktizierten Systems auf Osteuropa ...

JAKSCH: Gewiß.

SPIEGEL: ... wobei natürlich wie auch in der EWG die nationalstaatlichen Grenzen bestehen bleiben würden?

JAKSCH: Sicher, nur eines ist zu beachten: Es ist ein Unterschied, ob ich über Grenzfragen unter dem Aspekt einer Wiederholung nationalstaatlicher Lösungen spreche oder unter dem Aspekt der Zusammenführung von West- und Osteuropa. Es ist ein Unterschied, ob ich die Grenze zwischen Deutschland und Holland betrachte, wo jeden Sonntag 20.000 Deutsche nach Venlo fahren, oder ob ich mir die Stacheldrähte ansehe, die sogar Ostblockstaaten untereinander trennen.

SPIEGEL: Warum sollen denn nicht jeden Sonntag 20.000 Deutsche in das heute polnische Breslau zu Besuch fahren?

JAKSCH: Umgekehrt könnten ja in ein deutsches Breslau auch wieder Polen zu Besuch kommen. Warum gehen diese Überlegungen immer zuungunsten der deutschen Seite aus?

SPIEGEL: Vielleicht, weil wir den Krieg verloren haben.

JAKSCH: Wir haben doch alle nur denkbaren Zusicherungen gegeben, daß sich die traurigen Geschehnisse der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Am 22. März 1964 erklärte Philipp von Bismarck auf der Tagung der ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn: "Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeit ausschließen. Das gilt in den von der Sowjet-Union und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren."

SPIEGEL: Das ist eine sehr vieldeutige These. Was sie wert ist, hängt von den Zuständen ab, die dann in diesen Gebieten herrschen würden; ob man zurückbleibenden Polen das Leben nicht derart sauer machen würde, daß sie lieber freiwillig davonlaufen.

JAKSCH: Aber bitte, das hat doch alles zwei Seiten. Auf der anderen Seite muß man sich das Schicksal der Deutschen in den heutigen Ostgebieten ansehen.

SPIEGEL: Auge um Auge, Zahn um Zahn?

JAKSCH: Nein, eben nicht. Im Gegenteil, endlich einmal Vernunft und Menschlichkeit.

SPIEGEL: Ganz in diesem Sinne: Wird die Denkschrift der evangelischen Kirche im Bund der Vertriebenen verteilt und zur Diskussion gestellt, oder wird das Thema wieder von vornherein zum Tabu erklärt?

JAKSCH: Zunächst einmal muß der volle Wortlaut dieser Denkschrift vorliegen, von der auszugsweise sehr bedenkliche Partien veröffentlicht wurden. Die Denkschrift als Ganzes wird geprüft werden, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Preisgabe der Rechte von Menschen, über die hier geredet wird ...

SPIEGEL: ... und offenbar ohne das von der Kirche erstrebte Umdenken ...

JAKSCH: ... die Vertriebenen werden sich auf keinen Fall außerhalb ihres eigenen Volkes stellen lassen, und zwar in der Rolle eines Spekulationsobjekts von Kräften, die wir im religiösen Bereich respektieren, aber im weltlichen Bereich nicht für ausschließlich legitimiert halten.

SPIEGEL: Das Umdenken wird also nicht kommen - werden Sie aber wenigstens über die Kirchenthesen nachdenken?

JAKSCH: Wer zu den Menschenrechten steht, so wie wir; der braucht nicht umzudenken. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwen-

dig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.

Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Standpunkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat" geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".

Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschließungen des Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.

Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten Entschließung:

"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."

Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:

"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...

Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...

Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.

Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

Der polnische Episkopat forderte die deutschen Bischöfe am 18. November 1965 auf, nach Tschenstochau zu kommen (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<

>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre

geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...

In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.

Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

Die deutschen katholischen Bischöfe antworteten am 5. Dezember 1965 den polnischen Bischöfen (x064/48-49): >>... Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt.

...

Eine Aufrechnung von Schuld - darin sind wir einer Meinung - kann nicht weiterhelfen. ... So bitten auch wir, zu vergessen, ja, wir bitten zu verzeihen. ...

Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. ...<<

Das 2. Vatikanische Konzil beklagte im Jahre 1965 den jahrhundertealten christlichen Antisemitismus (x268/37-38): >>Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen Juden zur Last legen. ...

Im Bewußtsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern aus Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Haßausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben. ...<<

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) erklärte im Jahre 1965 während einer Rede in Baltimore (x300/250): >>... Warum sind wir in Südvietnam?

Wir sind dort, weil wir ein Versprechen zu halten haben. Seit 1954 hat jeder amerikanische Präsident dem südvietnamesischen Volk Unterstützung angeboten. Wir haben aufbauen und verteidigen geholfen. So haben wir über viele Jahre hinweg als Nation uns verpflichtet, Südvietnam bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu helfen. Und ich gedenke unser gegebenes Versprechen zu halten.

Dieses Versprechen zu brechen – und dieses kleine und tapfere Volk seinem Feind preiszugeben – und damit dem Terror, der darauf folgen muß – das wäre ein unverzeihliches Unrecht.

Wir sind ferner in Südvietnam, um die Ordnung der Welt zu stärken. Auf der ganzen Erde – von Berlin bis Thailand – sind Menschen, deren Wohlergehen zum Teil auf dem Vertrauen beruht, daß sie auf uns zählen können, wenn sie angegriffen werden.

Vietnam seinem Schicksal zu überlassen, würde das Vertrauen in den Wert amerikanischer Versprechen erschüttern. Die Folge davon würde vermehrte Unruhe und Unsicherheit oder gar Krieg sein.<<

Die US-Organisation "Black Muslims" forderte im Jahre 1965 einen eigenen Staat (x243/103): >>... Da wir nicht in Frieden und Gleichheit mit (den Weißen) zusammenleben können, nachdem wir ihnen 400 Jahre lang unseren Schweiß und unser Blut gegeben haben und dafür die schlimmste Behandlung empfangen haben, die Menschen je erfahren haben, glauben wir,

daß unsere Leistungen für dieses Land und die Leiden, die uns das weiße Amerika auferlegt hat, unsere Forderung nach vollständiger Trennung in einem eigenen Territorium oder Staat rechtfertigen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Rassenunruhen in den USA (x068/335-336): >>... Mit Polizei und Geheimdienst, mit der National Guard, mit Tausenden von Fallschirmjägern kämpft man blutig die Unruhen und Aufstände der Schwarzen nieder. So werden bei Rassenkrawallen im August 1965 in Los Angeles 35 Menschen getötet, 4.000 festgenommen, für 40 Millionen Dollar Schäden angerichtet; im Juli 1967 in Newark/New Jersey 26 Menschen massakriert, 1.500 verletzt; im gleichen Monat noch in Detroit 40 Menschen umgebracht, 2.000 verletzt, etwa 5.000 verlieren durch Brand und Gewalttätigkeiten ihre Wohnung. Im nächsten Jahr wird am 4. April der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King in Memphis/Tennessee ermordet, worauf in den Farbigenvierteln von 125 Städten schwere Tumulte ausbrechen. ...<<

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlichte im Jahre 1965 in New York den autobiographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "The Painted Bird" (x169/63-64): >>... Der erste große Holocaust-Schwindel war "The Painted Bird" des polnischen Emigranten Jerzy Kosinski. Wie Kosinski erklärte, hatte er das Buch "in Englisch geschrieben", damit "ich leidenschaftslos schreiben konnte, frei von den emotionalen Assoziationen, die die Muttersprache immer enthält".

In Wahrheit sind alle Teile, die möglicherweise von ihm selbst geschrieben worden sind - eine ungelöste Frage -, in polnischer Sprache verfaßt. Das Buch wurde als Kosinskis autobiographischer Bericht seiner Wanderungen als einsames Kind im ländlichen Polen während des Zweiten Weltkrieges ausgegeben.

In Wahrheit lebte Kosinski während des gesamten Krieges bei seinen Eltern. Hauptmotiv des Buches sind die sadistischen sexuellen Quälereien, die die polnische Bauernschaft beging. Leser, die das Buch vor seiner Veröffentlichung kennengelernt hatten, machten sich darüber lustig; es sei "Gewaltpornographie" und "das Ergebnis eines von sadomasochistischer Gewalt besessenen Geistes".

Tatsächlich beschwor Kosinski fast alle von ihm erzählten Episoden aus dem Nichts herauf. Das Buch schildert die polnischen Bauern, mit denen er zusammenlebte, als ausgeprägt antisemitisch. "Schlagt die Juden", johlen sie. "Schlagt die Bastarde!"

In Wirklichkeit wurde die Familie Kosinskis von polnischen Bauern aufgenommen, obwohl diese genau wußten, daß es sich um Juden handelte, und auch die schrecklichen Folgen kannten, die sie zu erwarten hatten, wenn man sie erwischte.

In der Zeitschrift "The New York Times Book Review" lobte Elie Wiesel "The Painted Bird" als "eine der besten" Anklagen der Nazizeit, "geschrieben mit tiefer Aufrichtigkeit und Empfindsamkeit".

Später schwärmte Cynthia Ozick, sie habe Kosinskis Authentizität als "jüdischer Überlebender und Zeuge des Holocaust ... sofort" erkannt.

Lange nachdem Kosinski als vollendeter literarischer Hochstapler entlarvt worden war, überhäufte Wiesel dessen "bemerkenswertes Gesamtwerk" noch immer mit Lobreden.

"The Painted Bird" wurde zu einem grundlegenden Text DES HOLOCAUST. Es war ein Bestseller und gewann Preise, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und war Unterrichtstext in Highschools und Colleges. Kosinski, der die Holocaust-Rundtour mitmachte, nannte sich selbst einen "Elie Wiesel zum Billigtarif". (Jene, die sich Wiesels Vortragshonorar nicht leisten konnten - "Schweigen" ist nicht billig -, wandten sich an ihn.)

Als er schließlich von einem Enthüllungsmagazin entlarvt worden war, wurde Kosinski von der "New York Times", die behauptete, er sei einer kommunistischen Verschwörung zum Opfer gefallen, weiterhin tapfer verteidigt. ...<<

Die Regierung Nordvietnams forderte im Jahre 1965 (x243/96): >>1. Anerkennung der grundlegenden Rechte des vietnamesischen Volkes: Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Gemäß dem Genfer Abkommen muß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Truppen, ihr Militärpersonal und ihre Waffen aller Art aus Südvietnam abziehen ... (und) alle Kriegshandlungen gegen Nordvietnam beenden. ...

2. Die beiden Zonen dürfen kein Militärbündnis mit fremden Ländern eingehen. Sie dürfen in ihrem Gebiet keine ausländischen Militärstützpunkte und Truppen und kein ausländisches Militärpersonal dulden.

3. Die inneren Angelegenheiten Südvietnams müssen vom südvietnamesischen Volk selbst in Übereinstimmung mit dem Programm der Südvietnamesischen Befreiungsfront und ohne jede ausländische Einmischung geregelt werden.

4. Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams muß von der Bevölkerung der beiden Zonen ohne jede Einmischung des Auslands vollzogen werden. ...<<

**1966**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1966) berichtete am 10. Januar 1966: >>**Drei Minuten pro Opfer**

Eine katholische Zeitung pries den Menschenraub. "Die Israelis gingen ihren Henker Eichmann von dort holen, wo er war, und brachten ihn vor das Gericht ihres Volkes", erinnerte das Brüsseler Blatt "La Libre Belgique" seine Leser. "Aber uns Belgiern", bedauerte die Zeitung, "hat es ja schon oft an Entschlußkraft gefehlt."

Der Mann, den "Libre Belgique" gern heimholen möchte, ist Robert Jan Verbelen, 54, Ex-Sturmbannführer der flämischen SS. 1947 hatte ihn ein belgisches Gericht in Abwesenheit wegen 10lfachen Mordes zum Tode verurteilt. Ende 1965 sprach ihn ein Wiener Gericht frei: Belgiens Außenminister Spaak zitierte Österreichs Botschafterin Johanna Monschein zu sich, um ihr die "Überraschung und Erregung" Belgiens auszudrücken. Der belgische Botschafter Colot protestierte bei der Wiener Regierung. Nach einer Sondersitzung drückte das gesamte belgische Kabinett seine "Mißbilligung" über den Verbelen-Freispruch aus.

In Antwerpen zerbarsten die Fensterscheiben des österreichischen Konsulats unter den Steinwürfen von Demonstranten. Der österreichischen Botschaft in Brüssel und der österreichischen Vertretung bei der EWG wurden Sprengstoffanschläge angedroht. In Wien gingen Widerstandskämpfer auf die Straße. Brüssels "Le Soir" befand, die österreichische Justiz habe sich "in den Augen der zivilisierten Welt entehrt". Und die "Haagsche Courant" erklärte Österreich zum "Paradies für Kriegsverbrecher".

Nur in den ersten Nachkriegsjahren hatten eigens eingesetzte "Volksgerichte" österreichische Kriegsverbrecher zu schweren Strafen verurteilt. Aber schon damals wurde der Wiener Gestapo-chef Dr. Otmar Trnka, der seinen Namen unter Hitler zu "Trenka" aufgenordet hatte, nur mit 18 Monaten Kerker bestraft. Als die Widerstandsbewegung protestierte, bekam er in einem zweiten Prozeß fünf Jahre, brauchte aber nur zwei Drittel abzusitzen.

Nach dem Abschluß des Staatsvertrags ließen die Sowjets über hundert österreichische Kriegsverbrecher unter der Auflage heimkehren, daß ihnen in Österreich der Prozeß gemacht werde. Fast alle Heimkehrer wurden jedoch begnadigt, ordentliche Verfahren nur gegen drei eröffnet:

- Leopold Mitas, Schutzpolizei-Kommandeur im Getto Borislav (Ukraine), wurde zu Lebenslänglich verurteilt - aber schon nach zwei Jahren begnadigt.
- Mitas-Gehilfe Heinrich Poll bekam 20 Jahre, wurde aber nach einem Jahr freigelassen.
- Mitas-Gehilfe Gabriel erhielt Lebenslänglich; in seinem Prozeß waren Mitas und Poll zur

Überraschung der Öffentlichkeit bereits wieder als freie Männer im Zeugenstand erschienen, und offenbar führte der anschließende Proteststurm von NS-Gegnern zu dem harten Urteil. Ende der fünfziger Jahre lösten deutsche NS-Prozesse Ermittlungen gegen etwa tausend Österreicher aus, weitere Verfahren folgten dem Eichmann-Prozeß.

Aber die Ermittlungen kamen kaum voran, nur wenige aufgespürte Kriegsverbrecher wurden inhaftiert. Gottfried Meir, Kompanieführer in der Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", von Italienern zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil unter seinem Kommando am Lago Maggiore eine jüdische Familie erschossen und in einer Zentralheizung verbrannt worden war, ist Schuldirektor in Kärnten. Sieben Deutsche, die am Lago Maggiore Juden mordeten, sind in der Bundesrepublik inhaftiert. Dreißig zum Teil einflußreiche Angehörige des Auschwitz-Wachpersonals, darunter drei Lagerärzte, leben im glücklichen Österreich ungestört.

Und wenn es zu Prozessen kam, so urteilten oft Geschworene mit eigener Vergangenheit über Untaten aus der NS-Zeit. Österreichs Eichmann-Jäger Simon Wiesenthal:

"Es gibt heute kaum eine einzige österreichische Familie, die in der engsten Verwandtschaft oder Freundschaft nicht mindestens einen Nazi hatte."

Und: "In Österreich wird nur eingeseift, aber nie rasiert."

Denn Österreichs regierende Koalitionsparteien - die konservative Volkspartei und die Sozialisten - hatten mit Rücksicht auf die große Zahl ehemaliger Hitler-Anhänger unter den Wählern frühzeitig ihren Frieden mit den Nationalsozialisten gemacht.

Die meisten Nazi-Richter und Staatsanwälte blieben im Dienst oder wurden bald wieder eingestellt (SPIEGEL 44/1965). Geschworene bei NS-Prozessen werden nicht nach ihrer NS-Vergangenheit befragt. Als aber in einem Kriegsverbrecherprozeß ein Geschworener mosaischen Glaubens auftauchte, wurde er wegen Befangenheit abgelehnt. So kam es in Österreich zu folgenden Urteilen:

Richard Hochrainer, bei seiner Verhaftung Gemeinderat der rechten "Freiheitlichen Partei" im salzburgischen St. Michael, wurde 1961 wegen eines nach Kriegsende begangenen Mordes an neun jüdischen Zwangsarbeitern zu sieben Jahren Kerker verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen.

Franz Murer, einst Judenreferent im Gebietskommissariat Wilna (Beiname: "Henker von Wilna"), wurde von einem Grazer Geschworenengericht 1963 freigesprochen, obwohl im Wilnaer Getto von 80.000 Juden nur wenige hundert überlebt hatten. Der freigesprochene Hochrainer holte den freigesprochenen Kameraden Murer, der es zum Obmann der Bezirkslandwirtschaftskammer Liezen (Steiermark) gebracht hatte, mit Mercedes und Blumen vom Gericht ab.

Das Wiener Oberste Gericht gab zwar später einem Einspruch des Staatsanwalts statt, doch soll gegen Murer nur wegen eines einzigen Mordfalls noch einmal verhandelt werden.

1964 stand Eichmanns Transportleiter Franz Novak vor Gericht. Er hatte Transporte mit 1,7 Millionen Juden für die Endlösung zusammengestellt - und dies gestanden. Das Urteil lautete auf acht Jahre Gefängnis wegen "öffentlicher Gewalttätigkeit". Simon Wiesenthal: "Drei Minuten pro Opfer." Der Staatsanwalt legte gegen das milde Strafmaß Berufung ein, die Wiener Generalprokuratur annullierte sie. Hingegen gab der Oberste Gerichtshof einer Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten statt.

Zweieinhalb Jahre bekam Anfang 1965 Dr. Erich Rajakowitsch, als SS-Obersturmführer einst Freund Adolf Eichmanns und zeitweilig Leiter des Judenreferats in den besetzten Niederlanden. Er hatte Deportationsbefehle für holländische Juden unterschrieben. Seinem Urteil lag der Paragraph 87 des österreichischen Strafgesetzbuches zugrunde, der "boshafte Sachbeschädigung und absichtliche Gefährdung von Menschenleben" ahndet.

Da Rajakowitsch zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, konnte er Ende Dezember 1965 bereits als Zuschauer zum Verbelen-Prozeß kommen.

Der Belgier Robert Jan Verbelen war 1940 der flämischen SS und der unter NS-Fittichen gegründeten flämisch-nationalistischen Vereinigung "De Vlag" ("Die Fahne") beigetreten. Motto des Vereins: "Bedingungslose Treue zum Nationalsozialismus, zum Germanischen Reich und zum Führer Adolf Hitler."

Als belgische Partisanen 1943 mit Überfällen auf Wehrmatsangehörige und Kollaborateure begannen, organisierte Sturmbannführer Verbelen unter flämischen SS-Männern Terror- und Mordkommandos. Über Verbelens Vergeltungsmethoden berichtete der New Yorker "Aufbau": "Sind Sie Rechtsanwalt?" fragte Verbelen einen Verhafteten. Der bestätigte es durch Kopfnicken. "Also Intelligenzbestie, erschießen!" Ein anderer war Arbeiter. "Bolschewistenschwein, erschießen!" Ein Opfer war Wallone. "Flamenmörder, erschießen!"

Als der flüchtige Verbelen 1947 von einem Brabanter Gericht zum Tode verurteilt wurde, arbeitete er unter dem Decknamen "Herbert" als Agent der amerikanischen Spionageabwehr CIC in Österreich. Verbelen: "Ich habe 3.322 Agentenberichte über die Sowjet-Spionage in Österreich unterschrieben."

Nach dem Abzug der Amerikaner nahm Österreichs Staatspolizei den Agenten in ihre Dienste. Zur Belohnung erhielt er 1959 unter seinem wahren Namen die österreichische Staatsbürgerschaft und, wie er sich rühmt, mehrere Belobigungen der österreichischen Innenminister Helmer und Afritsch.

Als die internationale Widerstandsunion 1962 einen gewissen "Jean Marais" zu identifizieren suchte, der in neonazistischen Organen Artikel geschrieben hatte, entdeckte sie, daß Jean Marais Jan Verbelen war. Der Flame wurde verhaftet, als neuer Bürger Österreichs aber nicht an Belgien ausgeliefert.

Als nach dreieinhalbjähriger Untersuchungshaft am 29. November der Prozeß begann, erklärte sich Verbelen in einer vielstündigen Eröffnungsrede für "nicht schuldig". Er beteuerte, er habe "als Offizier und als Flame stets nur meine Pflicht getan".

Peinliche Pannen störten den Prozeßverlauf. Die erste Dolmetscherin für Französisch war, wie sich nach etlichen fruchtlosen Verständigungsversuchen herausstellte, schwerhörig. Die erste Dolmetscherin für Flämisch entpuppte sich als einstige Sekretärin des in Nürnberg als, Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten NS-Reichskommissars für die Niederlande, Seyß-Inquart. Ein Ex-Jesuitenpater aus Belgien stimmte im Zeugenstand plötzlich flämische Kampflieder an.

Verbelen-Verteidiger Dr. Erich Führer, der einst Anwalt des nationalsozialistischen Dollfuß-Mörders Planetta und später NS-Mitglied und SA-Funktionär war, brachte als Plädoyer eine seiner in Wien berühmten "Führerreden".

Über sieben Stunden lang verglich er Verbelens Taten mit Partisanenkämpfen in Jugoslawien, Korea und Vietnam, erinnerte an den Freispruch der Südtirol-Dynamiter in Graz und rief den Geschworenen zu: "Was für die (noch im Amt befindlichen) österreichischen (Nazi-)Richter recht ist, muß für Verbelen billig sein."

Die Geschworenen billigten dem SS-Freiwilligen Befehlsnotstand zu. Er wurde freigesprochen und konnte, von seiner jubelnden Lebensgefährtin Thusnelda Bankhofer abgeholt, in die gemeinsame Gemeindewohnung nach Wien-Döbling zurückkehren. ...<<

Die US-Regierung erläuterte am 8. Februar 1966 während der sog. "Honolulu-Deklaration" ihre Ziele in Vietnam (x243/96): >>... Die Vereinigten Staaten wollen keine Stützpunkte. Sie streben nicht nach kolonialer Macht. Sie wollen weder ein Bündnis noch eine Bindung aufzwingen.

Sie wollen nur der Aggression begegnen und für dieses Ziel treten sie entschlossen ein. Ihre Bemühungen zielen lediglich darauf ab, einem Volk und einer Regierung zu helfen, die entschlossen sind, sich selbst zu helfen. ...<<

Die Regierung Südvietnams berichtete am 8. Februar 1966 in der sog. "Honolulu-Deklaration"

über ihre Ziele (x243/97): >>... Wir müssen die Vietcong und alle jene besiegen, die mit ihnen illegal auf unserem Boden kämpfen. Wir sind das Opfer einer Aggression, die von Hanoi geleitet und unterstützt wird. Diese Aggression, der sogenannte Befreiungskrieg – ist Teil des kommunistischen Plans für die Eroberung ganz Südostasiens. Die Niederschlagung dieser Aggression ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft unseren südvietnamesischen Volkes.<<

Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.

Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse (je SPD) oder von Claudia Roth (Die Grünen). Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaws zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.

Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsoffer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

BdV-Präsident Wenzel Jaksch (1896-1966) erklärte im Februar 1966 während einer Kundgebung in Bonn (x155/122-123): >>... Unser Volk muß endlich den Weg der Mitte finden. Der Geist der Selbstüberhebung, der uns 12 Jahre beherrschte, ist furchtbar zu Fall gekommen. Doch der Geist der Selbstverneinung unserer nationalen Interessen, wie ihn eine lautstarke Minderheit vertritt, ist nicht minder verhängnisvoll. Man kann die Jugend Deutschlands nicht abwechselnd von einem Extrem ins andere jagen.

... Auch das deutsche Land im Osten ist und bleibt Eigentum aller Deutschen. Dieses Viertel des historischen Deutschlands in einer Kurzschlußhandlung aufzugeben, hieße einen tiefen Zwiespalt im freien Teil Deutschlands aufzureißen.

Wir dürfen nicht mithelfen, daß ein großes Volk in der Mitte Europas in den Abgrund totaler Rechtlosigkeit gestürzt wird. Das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Auch die Hoffnung auf ein geeintes Europa wäre dahin, wenn wir zuließen, daß in der europäischen Völkerfamilie dauernd mit zweierlei Maß gemessen wird.

... Die Prahlerei mit unseren wirtschaftlichen Erfolgen schafft uns Neider in der Welt. Wir können nicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg sein. Mit Selbstanklagen und Gebietsverzicht sühnen wir vergangenes Unrecht nicht. Dies würde zu einer Lähmung der konstruktiven Kräfte unseres Volkes führen.

... Kein vernünftiger Mensch kann mit dem Blick auf eine gefahrenreiche Zukunft behaupten, daß die Deutschen die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten sind.

... Wir sind Opfer einer maßlosen Vergeltung geworden. Daraus leiten wir das Recht ab, unsere Stimme gegen einseitige Schuldbehauptungen zu erheben, die unser ganzes Volk noch auf lange Zeit hinaus qualifizieren sollen. Mehr Gerechtigkeit tut not im eigenen Volke. Dafür ist die Lage des heimatvertriebenen Landvolkes beredtes Zeugnis.

Jeder billig Denkende weiß, daß angesichts der heutigen Bodenpreise die bisherige Hauptschädigung nur einen Bruchteil der wirtschaftlichen Vertreibungsverluste darstellt. Unser Ziel ist eine gerechte Lastenverteilung unter den Lebenden, nicht ein Lastenausgleich für die Toten. Darum fordern wir eine 19. Novelle, welche die Reserven des Lastenausgleichsfonds langfristig verplant. Angesichts der allseits befürworteten neuen Vermögensbildung ist es ein gerechtes Verlangen, daß die Vermögensverluste der Ost- und Mitteldeutschen wenigstens in erträglichen Grenzen gehalten werden. ...

Den Predigern der Verneinung unserer menschlichen und nationalen Rechte setzen wir das Ziel einer Völkerversöhnung auf dem Boden der Menschenrechte entgegen. ...<<

Staatspräsident Charles de Gaulle schrieb am 7. März 1966 an US-Präsident Lyndon B. Johnson (x148/174): >>... Frankreich ist der Ansicht, daß die seit 1949 in Europa, in Asien und anderwärts vollzogenen oder im Gang befindlichen Änderungen ebenso wie die Entwicklung seiner eigenen Situation und seiner Streitkräfte ... nicht mehr die Maßnahmen militärischer Natur rechtfertigen, die nach dem Abschluß der Allianz entweder gemeinsam in Form multilateraler Abmachungen oder durch Sonderabkommen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung getroffen wurden.

Aus diesem Grunde beabsichtigt Frankreich, auf seinem Gebiet die volle Ausübung seiner Souveränität, die gegenwärtig durch die ständige Anwesenheit von verbündeten Militärelementen oder durch die zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraum beeinträchtigt ist, zurückzugewinnen, seine Teilnahme an den integrierten Kommandos zu beenden und der NATO keine Streitkräfte mehr zur Verfügung zu stellen.<<

Konrad Adenauer (von 1949-1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland) schrieb am 21. März 1966 (x095/10): >>... Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjet-Rußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist.

Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**

... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung erklärte am 15. Mai 1966 (x155/124): >>... Unser Heimatrecht ist Bestandteil der unveräußerlichen Menschenrechte. Die Respektierung friedlich erworbener Selbsthaftigkeit bei zwischenstaatlichen Regelungen ist das Herzstück der europäischen Zivilisation.

Die Verletzung des Menschenrechts war ein Schritt zur Weltanarchie. Darum werden wir nicht aufhören, die Vertreibungsbeschlüsse von Jalta und Potsdam anzufechten, bis Heimatrecht und Selbstbestimmung aller Europäer in einer gesamteuropäischen Friedensregelung verwirklicht sind.

Unter Aufrechterhaltung unseres Heimatanspruchs fordern wir eine gerechte Lastenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.

Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte am 1. Juni 1966 in seiner Rede während des SPD-Bundesparteitages in Dortmund (x155/127): >>... Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. ...

Manche Leute tun auch so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne 'haben' wir ja nicht einmal das, was zwischen Oder und Neiße liegt.

Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert, einige bekanntlich nicht einmal dadurch. ...

Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.<<

Die Zeitung "Pekinger-Rundschau" berichtete am 28. Juni 1966 über die vollständige Umbildung des chinesischen Erziehungssystems (x067/246): >>Das ZK der KP Chinas und der Vorsitzende Mao Tse-tung haben immer wieder die Notwendigkeit einer gründlichen Umbildung des alten bürgerlichen Erziehungssystems, einschließlich des Systems bei den Aufnahmeprüfungen, hervorgehoben.

Das System bei den Aufnahmeprüfungen ist unserer Sache des Sozialismus äußerst schädlich, da in diesem System nicht der proletarischen, sondern der bürgerlichen Politik und den Zensuren der Vorrang eingeräumt wird.

Das System verstößt in grober Weise gegen die Klassenlinie der Partei, da unter diesem System vielen hervorragenden Söhnen und Töchtern von Arbeitern, armen Bauern und von den Unterschichten der Mittelbauern, von revolutionären Kadern, revolutionären Soldaten und Offizieren und gefallenen Revolutionären die Türe vor der Nase zugeschlagen und der Bourgeoisie Tür und Tor geöffnet wurde, um ihre eigenen Nachkommen auszubilden.

Dieses System ist ein großes Hindernis für die Revolutionierung des Denkens der Jugend und ermutigt sie, durch die bürgerliche Methode "Den eigenen Weg zu gehen", zu bürgerlichen Spezialisten zu werden und individuellen Ruhm, Reichtum und eine persönliche Stellung zu erlangen.<<

Die deutschen Vertriebenenverbände störten angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie wurden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtpropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.

Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...

Demgegenüber wurde begrüßt, daß sich der niedersächsische Minister, Frau Meyer-Sevenich, vor der westdeutschen Öffentlichkeit energisch gegen die systematische Verletzung der Gefühle der Vertriebenen gewandt hat. ...<<

Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie

keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen.

Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei berichtete am 8. August 1966 (x299/157): >>Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen ... Bahnbrechern geworden. ... Durch die Medien der Wandzeichnungen mit großen Schriftzeichen und die großen Debatten diskutieren sie Dinge aus, entlarven und kritisieren sie gründlich. ...

In der großen proletarischen Kulturrevolution liegt die einzige Methode für die Massen, sich zu befreien. ... Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet auf ihre Initiative! ...

Habt keine Angst vor der Unordnung! ... Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen revolutionären Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen. ...

Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der ... Komitees und die Delegierten jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder und Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung durch die Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden. ...<<

Die maoistischen Roten Garden verkündeten am 23. August 1966 in Peking ihr Programm zur "Kulturrevolution" (x073/308-309, x243/229): >>... 1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.

2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao Tse-tungs aufgehängt werden.

3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.

4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.

5. Eine eventuelle Opposition muß rücksichtslos beseitigt werden.

6. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.

7. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.

8. Die Politik hat vor allem den Vorrang ...

9. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.

10. Die Lehre Mao Tse-tungs muß schon im Kindergarten verbreitet werden.

11. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.

12. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.

16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahre 1958 zurückgekehrt werden.

14. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muß verzichtet werden.

15. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.

16. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.

17. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.

18. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muß verschwinden, ...<<

>>... 23. Bücher, die nicht das Denken Mao Tse-tungs wiedergeben, müssen verbrannt werden. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Maos Kulturrevolution (x192/462): >>... Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, eine Sammlung von Zitaten, die sich in der Übersetzung eher wie Platitüden anhörten, sollten zu den großen revolutionären Texten zählen.

Leider übertraf die chinesische Revolution das stalinistische Vorbild beinahe noch an Despotie und Ineffizienz: Millionen Menschen starben während der Kollektivierung der Landwirtschaft (1958/59), die als "großer Sprung nach vorn" bezeichnet wurde; die Kulturrevolution in den sechziger Jahren forderte weitere Millionen Todesopfer. ...<<

Die Präsidenten des BdV und der französische Repatriierten-Organisation ANFANOMA erklärten am 22. Oktober 1966 in Paris (x155/129-130): >>Mehr als 60 Millionen Menschen haben in unserer Zeit das Schicksal der Flucht und Vertreibung erlitten. Im Gefolge totalitärer Ideologien geht eine Welle des Rassismus und der Gewalt über die Erde. Rassenverfolgungen, Heimatraub, Ausplünderung und Massendeportationen sind neue Waffen der Unmenschlichkeit geworden.

Ein neuer Aufstand des Gewissens muß das Recht des einfachen Menschen auf seine friedlich erworbene Seßhaftigkeit verteidigen. Im Dienste dieser Aufgabe sind die Vertreter von Millionen vertriebener Europäer, Deutsche und Franzosen, in brüderlicher Gesinnung in Paris zusammengetreten, um ihre Stimme gegen das schreckliche Phänomen des kollektiven Heimatraubes zu erheben. Sie verzichteten feierlich auf Rache und Vergeltung an denjenigen, von denen sie Entrechtung, Gewalt und Terror erfahren haben.

... Bis in die jüngste Vergangenheit wurde geflüchteten Bevölkerungen die Rückkehr in ihre alten Wohnsitze und die Teilnahme an den Segnungen des Friedens gestattet. In den Friedensschlüssen zwischen westeuropäischen Völkern ist den Siegern niemals das Recht auf Deportation ganzer Volksteile zugestanden worden. Nach den Bestimmungen der Haager Konvention unterlag selbst während des Krieges in besetzten Gebieten das Privateigentum der Zivilbevölkerung und die Ehre der Familie dem Schutz des internationalen Rechts.

Diese Schutzwälle der Menschlichkeit sind auf Höhe des 20. Jahrhunderts geborsten. Mit dem Völkerbund, der eine Schöpfung des europäischen Idealismus war, sank auch das Prinzip des Minderheitenschutzes ins Grab. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin öffnete die Schleusen der Versklavung der osteuropäischen Völker.

Nach dem letzten Kriege blieb mehr als 100 Millionen Europäern im sowjetischen Machtbereich die Freiheit vorenthalten.

Den Massendeportationen aus Ostpolen und aus dem baltischen Ländern folgte die Ausrottung von über fünf Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder und schließlich die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den Donaustaaten.

Mit der Zustimmung zu diesen Maßnahmen gaben kurzsichtige westliche Staatsmänner die Rechte europäischer Minderheiten in Afrika und Asien preis. Es fehlte nicht an Warnungen weitblickender Zeitgenossen, die erkannten, daß die jungen Völker Afrikas und Asiens das gleiche Prinzip der Volksdeportationen übernehmen würden.

Die Vertreibung von Europäern in Europa folgte die Europäer-Vertreibung aus Afrika und Asien und die Verfolgung politischer und religiöser Minderheiten in diesen Gebieten. Was dabei an kollektiver Enteignung, an Verletzung der Menschenwürde und an Grausamkeiten geschah, darf nicht mit dem Schlagwort Entkolonialisierung zugedeckt werden. Rache gegen Wehrlose führt zum Amoklauf der Gewalt.

Wenn der Stärkere den Schwächeren ungestraft von seinen Daseinsgrundlagen verdrängen darf, dann geht die Menschheit dunklen Zeiten entgegen. ...<<

Nach einer Mehrheitsentscheidung verließ die FDP am 27. Oktober 1966 vorzeitig die Bonner Regierungskoalition.

Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) stellte am 25. November 1966 eine Anfrage, ob die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen und die Strafverfolgung von Tätern zu prüfen.

Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen) kam am 27. November 1966 in Wiesbaden bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) trat am 30. November 1966 zurück.

Kurt G. Kiesinger (CDU) wurde am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildete eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wurde Willy Brandt (SPD).

Das BdV-Präsidium erklärte am 2. Dezember 1966 während der Trauerrede für den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch (x155/131-132): >>... Ein Mann wie Jaksch wird uns allen, zumal in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und Bedrängnis, fehlen. ...

Wer resigniert oder in seiner Aktivität nachläßt, vollzieht das Programm des Gegners, macht es der kommunistischen Diktatur leicht, Deutschland weiterhin geteilt zu halten und aus dem Unrecht ein neues Recht, das der Gewaltherrn über die Ohnmächtigen, zu formen. Jeder ist aufgerufen, weiterhin mit Hand anzulegen und darüber hinaus die Reihen der Patrioten zu mehren und zu stärken. ...<<

Das SBZ-Archiv berichtete im Jahre 1966 über die Aussage eines geflohenen NVA-Angehörigen (x243/208): >>Der Anfang 1966 geflüchtete 21jährige Peter H., zuletzt Gefreiter in der 1. Kompanie des 42. Grenzregiments des "Kommandos Grenze" der NVA, bestätigte, ... daß Anfang Dezember 1965 dieser erweiterte Schießbefehl (Dienstvorschrift 30/10 der NVA) den Grenzsoldaten ... nur verlesen wurde.

Danach muß auf Flüchtlinge ohne Anruf und Warnschuß gezielt geschossen werden, wenn sie sich der Grenze auf etwa 100 Meter genähert haben. ...<<

Der Pole Bronislaw Pasierb schrieb im Jahre 1966 in seiner Doktorarbeit "Wanderungen der deutschen Bevölkerung aus Niederschlesien in den Jahren 1944 bis 1947" (x024/127-128): >>Die schnelle, kompromißlose Art der Aussiedlung, die das Heer praktizierte, wurde beispielhaft für das Vorgehen einiger Zentren der Zivilverwaltung ...

Alle, die sich mit der Aussiedlung befaßten, waren in einem Punkt einig, nämlich daß die Deutschen schnell und wirksam ausgesiedelt werden müßten ... Daher hoffte man auf das Heer. Das auch besonders deswegen, weil die deutsche Bevölkerung aus einer Reihe von Grenzkreisen, die für die Wehrsiedlung bestimmt waren, zuallererst entfernt werden sollten.

Das Heer übernahm diese Aktion und sah sie als eine Kampfaufgabe an, der große politische Bedeutung zukommt (Befehl des I. Korps vom 22. Juni 1945).

Der Aussiedlungsbefehl (Nr. 12 der Führung der 12. Division vom 23. Juni 1945) war kurz und entschieden. Die Art und Weise, wie die deutsche Bevölkerung enteignet werden sollte, wurde nicht näher umrissen. Die Form der Ausführung wurde den Führern der Unterabteilungen überlassen.

Die Ergebnisse der Enteignung und Aussiedlung der Deutschen durch das Heer waren imponierend. Die wirtschaftlichen Folgen waren dagegen geradezu tragisch. Die Organisatoren der Aktion dachten nicht daran, industrielle Unternehmen zu sichern, deutsche Spezialisten zurückzubehalten. Sie berücksichtigten auch nicht die mit der bevorstehenden Ernte verbundenen Notwendigkeiten. ...<<

US-Außenminister Dean Rusk (1909-1994) erläuterte im Jahre 1966 die nordamerikanische

Weltpolitik (x243/98): >>Das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik ist es – in vertrauten Worten ausgedrückt –, "die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu erhalten".

Wir wissen, daß wir diese Segnungen in der klein gewordenen Welt von heute nicht in nationaler Isolierung bewahren können, oder durch politische Programme und Abwehrmaßnahmen, die sich auf den nordamerikanischen Kontinent, die westliche Hemisphäre, die Gebiete um den Atlantik oder andere begrenzte Gebiete beschränken. Wir müssen uns um die Welt als Ganzes kümmern – und um die Menschheit als Ganzes. ...<<

Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpft, berichtete über die USA (x149/129): >>Die Nordamerikaner haben ihre Herrschaft fast bis zum höchsten Grade ausgebaut und können nur noch wenig mehr erreichen. Jede Veränderung der Lage würde ihre Vorherrschaft beeinträchtigen.

Die Linie ihres Vorgehens beschränkt sich gegenwärtig auf die Anwendung brutaler Gewalt, um jede Befreiungsbewegung, gleich welcher Art, zu unterdrücken. ...

Unsere gesamte Aktion ist ein Aufruf zum Kriege gegen den Imperialismus, ein Appell zur Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die USA. ...<<

Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik fanden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt. Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzte Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzte sich schließlich durch.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer der maoistischen "Kulturrevolution" (x075/233): >>... Von 1965 an fordert die Kulturrevolution ... millionenfache Opfer. Während Intellektuelle in Paris oder Westberlin sich auf den "Maoismus" berufen, führt Mao in China die Unterdrückung an, die Vernichtung der Kulturträger, der Intellektuellen, der Gebildeten: Die bevorzugte Maßnahme besteht darin, sie zur Umerziehung durch die Bauern massenhaft aufs Land zu schicken. Während dieser Revolution wird viel getötet; und es wird noch mehr gedemütigt und entwürdigt. ...<<

## **1967**

Die Bundesregierung beschloß am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbarte mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) bot dem vietnamesischen Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1954 Präsident von Nord-Vietnam) am 8. Februar 1967 Friedensverhandlungen an (x058/420): >>Wir haben in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Wegen und über eine Reihe von Kanälen versucht, Ihnen und Ihren Mitarbeitern unseren Wunsch nach einer friedlichen Regelung zu übermitteln. Diese Bemühungen haben aus welchen Gründen auch immer zu keinem Ergebnis geführt. ...

In den vergangenen 2 Wochen sind mir öffentliche Erklärungen von Vertretern ihrer Regierung zur Kenntnis gebracht worden, in denen angedeutet wird, daß Sie zur Aufnahme direkter bilateraler Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung bereit wären, vorausgesetzt, daß wir "bedingungslos" und für immer unsere Bombenangriffe auf ihr Land sowie alle gegen es gerichteten Aktionen einstellen. ...

Ich bin bereit, eine Einstellung der Bombenangriffe auf ihr Land und die Beendigung einer weiteren Verstärkung der amerikanischen Truppen in Südvietnam anzuordnen, sobald ich die Gewähr erhalte, daß die Infiltration nach Südvietnam auf dem Land- und auf dem Seeweg aufgehört hat.

Diese Maßnahmen der Zurückhaltung auf beiden Seiten würden uns, so glaube ich, die Möglichkeit zu ernsthaften und nichtöffentlichen Besprechungen geben, die zu einem baldigen Frieden führen können. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 9. Februar 1967 (x068/351): >>Es ist weitgehend bewiesen, daß Bücher immer mehr als Propagandamittel verwandt werden, daß einflußreiche Leute Bücher zensieren, die sie für gefährlich halten oder die ihnen unangenehm sind, und daß sie, ohne es zuzugeben, die Abfassung von Büchern in Auftrag geben und überwachen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die ideologischen Aufgaben der CIA (x068/351-352): >>... Zu den Aufgaben der CIA gehört sogar die ideologische Bearbeitung, die Überwachung der Propaganda, die Kontrolle der Massenmedien etc. Dabei dient ihr zur zeitweisen Tarnung eine weitere Bundesbehörde, die eigens zur Verbreitung von "US-Gedankengut" in der Welt geschaffen wurde, die United States Information Agency (USIA).

Die Methoden sind vielfältig. Das reicht vom weltweiten Propagieren ganz bestimmter Bücher unter dem Einsatz von Millionen Dollar - Intelligenz ist käuflich, wie fast alles - bis zur Manipulation von Studenten, Finanzierung von "Studienreisen" für Professoren, Intellektuelle und nackter Bestechung von Journalisten und Autoren, die ihre Namen unter äußerst fragwürdig fabrizierte und zensierte Werke setzen. ...

Auch die Universitäten werden einbezogen, erhalten Gelder von der CIA, erst recht natürlich von der Regierung; manche Hochschulen sind sogar durch Lobbies in Washington vertreten. Auch so manche Beförderung von Wissenschaftlern, so manche Karriere von Redakteuren hängt damit zusammen. "Der CIA, die Ford-Stiftung und andere Institutionen", so Jason Epstein 1967, "haben einen ganzen Apparat Intellektueller geschaffen und finanziert, die aufgrund ihrer orthodoxen Stellung im Kalten Krieg ausgesucht wurden".<<

Ho Chi Minh beantwortete am 15. Februar 1967 das Schreiben des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson vom 8.02.1967 (x058/421): >>...Vietnam liegt Tausende von Meilen von den USA entfernt. Das vietnamesische Volk hat den USA niemals irgendwelches Leid zugefügt.

Im Gegensatz zu den von Ihren Vertretern auf der Genfer Konferenz von 1954 gegebenen Versicherungen hat die US-Regierung jedoch unaufhörlich in Vietnam interveniert; hat sie den Aggressionskrieg in Südvietnam vom Zaune gebrochen und intensiviert mit der Absicht, die Teilung Vietnams zu verlängern und Südvietnam zu einer Neokolonie und einem militärischen Stützpunkt der USA zu machen.

Über 2 Jahre lang hat die US-Regierung nunmehr mit ihren Luft- und Seestreitkräften den Krieg ... (nach) Vietnam, ein unabhängiges und souveränes Land, hineingetragen. Die US-Regierung hat Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit begangen.

In Südvietnam haben eine halbe Million amerikanischer Soldaten und Satellitentruppen zu den unmenschlichsten Waffen und den barbarischsten Methoden der Kriegführung gegriffen, wie z.B. betäubende Chemikalien und Gase, um unsere Landsleute abzuschlachten, Ernten zu vernichten und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Über Nordvietnam haben Tausende von US-Flugzeugen Hunderttausende Tonnen Bomben abgeworfen. ...

Die US-Regierung ist für die äußerst ernste Situation in Vietnam voll verantwortlich. Der amerikanische Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk ist eine Herausforderung an die Länder des sozialistischen Lagers, eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und eine ernste Gefährdung des Friedens in Asien und in der Welt.

Das vietnamesische Volk ... ist ohne Furcht vor Opfern und Leiden zur Fortsetzung seines Widerstandes entschlossen, bis es wahre Unabhängigkeit und Freiheit und einen wirklichen Frieden erreicht hat.<<

Erich Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages)

erklärte am 3. April 1967 während eines FDP-Parteitages (x155/135): >>Natürlich wissen wir, daß Osteuropa die Oder-Neiße-Linie als endgültig ansieht. Wir wissen auch, was Staatspräsident de Gaulle seit 1958 geschrieben hat. Wir wissen auch, wie die Dinge in Washington und London beurteilt werden: mehr formell, weniger materiell im Sinne unserer Vorstellungen.

Sind das aber dann nicht Gründe, auch unsererseits wenigstens noch das zu halten, was wir an Rechtspositionen haben, und das bedeutet: wir können nicht Gegenstände, die einer künftigen friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sind, vor dem Friedensvertrag aus der Hand geben, wenn wir nicht unsere eigene Verhandlungsposition schuldhaft schwächen wollen. ...<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhielt 1970 den Nobelpreis für Literatur) schrieb am 16. Mai 1967 einen Offenen Brief an den sowjetischen Schriftstellerkongreß (x299/189-190): >>Die von der Verfassung nicht vorgesehene und deshalb illegale, nirgends öffentlich genannte Zensur bedrückt ... unsere Literatur. ...

(Ich bitte), den Verboten und Verfolgungen Aufmerksamkeit zu widmen, die ich selbst erfahren habe:

1. Mein Roman "Im Kreis" ... wurde vor fast zwei Jahren vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt. ...

2. Zusammen mit meinem Roman wurde mir mein literarisches Archiv weggenommen, das die 15 bis 20 Jahre zurückliegende Vergangenheit umfaßt. ...

3. Schon drei Jahre lang wird gegen mich, der ich den ganzen Krieg über als Kommandeur einer Artillerieeinheit gekämpft habe und mit militärischen Auszeichnungen dekoriert bin, eine verantwortungslose Verleumdungskampagne geführt.

Es heißt, ich hätte eine Zeit als Krimineller gesessen oder mich in Gefangenschaft begeben (ich war nie in Gefangenschaft). ... So erklärt man die elf Jahre, die ich in Lagern und Verbannung verbracht habe, in die ich für meine Kritik an Stalin gekommen war. ...

Vergeblich habe ich versucht, diesen Verleumdungen durch einen Protest ... zu begegnen! ...<<

Israel schlug im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzte im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>... Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.

Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.

Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war.

Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33): >>...

Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernich-

tung durch die Nazis wachrief.

In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.

So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.

An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.

Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.

Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.

Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.

Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.

Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzurufen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Eisenhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post*. "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ... schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.

Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinnst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.

In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxerweise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.

Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis, die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus der Dritten Welt gedemütigt.

Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.

Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...

Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...

Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das, was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...

... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.

Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.

Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebe in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...

Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anlässlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."

Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften:

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1967) berichtete am 4. September 1967 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>>Die Literatur, so hielt der Sowjetdichter und Parteifeind Solschenizyn im Mai dem Moskauer Schriftstellerkongreß vor, muß das Gewissen der Nation sein. Der Delegierte Ilja Ehrenburg, ein Großer der Sowjetliteratur, hatte sich vor Beginn des Kongresses ins Ausland verdrückt. Er hatte ein schlechtes Gewissen.

30 Romane und über 3.000 Artikel waren unter seinem Namen erschienen. Sein weltweites Prestige rettete ihn immer wieder vor den Nachstellungen Stalins und der Partei. Aber Ehrenburg, Mitglied des Obersten Sowjet und Vizepräsident des Weltfriedensrats, nutzte seinen Namen nicht, um der Nation die Wahrheit zu sagen -- er verharrte in jenem Opportunismus, der ihn hatte alt werden lassen.

Als Gymnasiast schon Bolschewik, schrieb er im Ersten Weltkrieg für das Petrograder Bürgerblatt "Börsen-Berichte". In der Revolution verfaßte er für die Weißgardisten ein "Gebet" der Trauer über das Ende des Heiligen Rußland.

Dann entsann er sich seiner Schülerliebe zu dem inzwischen siegreichen Lenin, der ihn eine "Allerweltsdirne" nannte und seinen Roman "Julio Jurenito" lobte. Ehrenburg ging als Sowjet-Pressekorrespondent nach Paris, Brüssel und Berlin. Seine kritische Meinung über Stalin vergaß er, als die Weltwirtschaftskrise ihm den Westmarkt für seine Bücher nahm -- Ehrenburg kehrte nach Moskau zurück. Er erlebte den physischen und geistigen Tod seiner Freunde in den Säuberungswellen von 1938. Ihm aber gestattete Stalin, wieder nach Paris zu gehen.

Gleich nach dem Tode seines Gönners beklagte Ehrenburg in der Novelle "Tauwetter" Stalins Verbrechen. Er leitete damit eine Ära liberaler Sowjetliteratur ein -- und empfahl sich Chruschtschow. Auf die Frage, warum er zu Stalins Lebzeiten geschwiegen habe, antwortete er: "Aus Angst." Aus Angst schwächte Ehrenburg auch auf Vorhalt der Partei das "Tauwetter" wieder ab.

Der Konformist liebte es, im Pariser Café "Rotonde" seinen Wermut zu trinken, mit Matisse, Malraux, Joyce, Hemingway, Picasso zu sprechen. In seiner Moskauer Wohnung Terkowo-Straße Nr. 8 hingen -- aus Sowjet-Museen verbannte -- moderne Gemälde: "Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit -- ich blieb am Leben."

Denn für ihn gibt es Zeiten, "da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht". Spieler Ehrenburg durchstand das russische Roulette als Rubelmillionär und dreifacher Stalinpreisträger. Der Einsatz freilich, der Charakter, ging verloren.

Deutschlands Nationale lasteten ihm die intellektuelle Urheberchaft an den Greueln der Rotarmisten an ("Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute"). Ehrenburg zum SPIEGEL: "Wenn jemand kommt und beweist, wo ich das geschrieben habe, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor der Leiche Hitlers."

Immerhin schrieb er: "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen." Die Rotarmisten drehten "aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten" (Anna Seghers). Sie lasen auch von Ehrenburgs Abneigung gegen das deutsche Mädchen, "das blonde, lockere, unersättliche Gretchen".

Selbst der "Prawda" war das 1945 zuviel: "Eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Rassenhasses."

Vor einer Leserversammlung in der Moskauer Bezirksbibliothek Nr. 66 enthüllte Ehrenburg am 9. April 1966: Der "Prawda-Angriff" war ein Verständigungs-Versuch des Kreml mit den Deutschen, "und man hatte beschlossen, mich als Opfer darzubringen". Ehrenburg hatte seine Kriegspropaganda stets damit gerechtfertigt, "daß die Mehrheit der Deutschen Hitler unterstützte".

Im Jahr vor seinem Tode erst versuchte der alte Spieler, den Einsatz wiederzugewinnen: "Wenn wir nicht das Gewissen rehabilitieren, dann erweist sich dieser ganze Unsinn mit dem Mond, den Sputniks" als Zirkustrick auf der letzten Etappe der Geschichte der Menschheit.

Da erst klagte er seine Mitspieler wie sich selbst des Falschspiels an und fällte gleich das Urteil: "Man wird erst dann mit dem Erbe unserer fürchterlichen Jahre Schluß machen können, wenn die Leute, die von diesen Jahren erzogen wurden, physisch aus unserer Gesellschaft verschwunden sind. Meine Hoffnung ist bei der Jugend."

Als Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg -- am letzten Donnerstag -- einer Herzattacke erlag, verhandelte das Moskauer Stadtgericht gegen drei aufrührerische Literaten. Sie waren unter 30 Jahre alt. Ehrenburg war 76 geworden.<<

Im Verlauf eines Staatsbesuches betonte der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ost-deutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und

hervorragend polnisch. ...<<

BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker, nahm maßgeblich an der revolutionären Umgestaltung Kubas teil, 1959-61 Präsident der kubanischen Nationalbank, 1961-65 Industrieminister Kubas), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpfte und nach einem Gefecht verwundet in Gefangenschaft geriet, wurde am 9. Oktober 1967 ohne Gerichtsurteil erschossen.

Papst Paul VI. erklärte am 8. Dezember 1967 in seinem Aufruf zum "Tag des Friedens" (x064/60): >>... Der Friede kann nicht auf der Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen.

Man kann nicht legitimerweise vom Frieden reden, wenn das bewährte Fundament des Friedens nicht anerkannt und geachtet wird: die Gerechtigkeit und die Liebe in den Beziehungen zwischen den Staaten bzw. im Bereich jeder Nation.<<

Im Geschichtsbuch für die 10. Klasse wurden im Jahre 1967 folgende "Berliner Grenzwischenfälle" genannt (x243/194): >>... Von 1961-63 sei die DDR von Westberlin aus 376mal beschossen worden, von 1961-67 seien 14 Soldaten Opfer "Bonner Provokationen" geworden.<<

Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schrieb im Jahre 1967 über die Mißachtung der Bürgerrechte der Schwarzen (x190/245): >>Laßt uns einen Blick durch die Lupe werfen auf die Größe des Problems der Stellung der Schwarzen im Jahr 1967. ... Von den guten Dingen des Lebens hat er vielleicht die Hälfte der Weißen; von den schlechten (Dingen) hat er das Doppelte. ...

Die Hälfte der Schwarzen lebt unter unerträglichen Wohnbedingungen. ... Das Einkommen der Schwarzen beträgt die Hälfte der Weißen. Es gibt doppelt so viele Arbeitslose. Die Säuglingssterblichkeit ... liegt bei den Schwarzen doppelt so hoch wie bei den Weißen.

In den Grundschulen liegen die Schwarzen ein bis 3 Jahre hinter den Weißen zurück und ihre Schulen erhalten deutlich weniger Geld pro Schüler als die Schulen für Weiße. Die Zahl der Schwarzen, die ein College besuchen, beträgt ein zwanzigstel gegenüber den Weißen, und die Hälfte der unseren besucht schlecht eingerichtete Einrichtungen in den Südstaaten. ...<<

## 1968

Die Truppen des Vietkong begannen am 30. Januar 1968 eine Großoffensive (Neujahrsoffensive) gegen Südvietnam und drangen bis zum 29.02.1968 zeitweise in die südvietnamesische Hauptstadt Saigon ein.

Die Bundesregierung beschloß am 31. Januar 1968 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien.

Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht sprach am 16. Februar 1968 über die Existenz einer deutschen Nation (x156/9): >>... Jawohl, es gibt eine deutsche Nation!

Diese deutsche Nation wurde jedoch im Ergebnis des Krieges des faschistischen deutschen Imperialismus von den Westmächten gespalten.

Seitdem der westdeutsche Separatstaat gebildet wurde und durch die Pariser Verträge vom deutschen Staatsverband losgelöst worden ist, gibt es 2 Staaten deutscher Nation: im östlichen Teil Deutschlands einschließlich der Hauptstadt der DDR, Berlin, lebt das Staatsvolk der Deutschen Demokratischen Republik, und im Westen lebt das Staatsvolk der westdeutschen Bundesrepublik.<<

Die katholische Bischofskonferenz befaßte sich am 5. März 1968 in Stuttgart mit dem deutsch-polnischen Verhältnis (x064/60-61): >>Die Bischöfe werden ihrerseits die Bemühungen um die Versöhnung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk im Sinne ihres Briefwechsels mit dem polnischen Episkopat während des Konzils fortführen und vertiefen. ... Zu diesem Dienst fühlen wir uns gerufen und verpflichtet. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staaterhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. - Die deutschen Vertriebenen." (x024/339): >>... Dieses Buch hat die Geschichte jenes Teils unseres deutschen Volkes beschrieben, der das härteste Schicksal nach dem Kriege zu erleiden hatte: der deutschen Vertriebenen.

Es soll an dieses trübe Kapitel der Geschichte erinnern, das viele der Jüngeren nicht kennen und viele der Älteren verdrängt haben. Was mit bitterem Leid anfang, gerät zu einer besonderen Chance, Mahner und Vermittler in der Verständigung zwischen Ost und West zu sein. ...

Heute sind bei uns und im Osten neue Generationen herangewachsen, die das, was die älteren erlebt haben, oft kaum begreifen können.

Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Wunden aufreißen. Erinnerung soll heute Ansporn zu Verständigung und Versöhnung sein.

Wer heute – bei uns oder im Ausland – noch immer versucht, aus der Masse der deutschen

Vertriebenen oder deren Nachkommen "kalte Krieger" zu machen, der hat Vergangenheit und Gegenwart falsch gedeutet.

Die deutschen Vertriebenen haben insgesamt bewiesen, daß sie ihre Lektion aus der Geschichte gelernt haben. Sie und ihre Kinder haben sich aus Leid zu Leistung anspornen lassen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mitaufgebaut, in einem Maße, das Bewunderung verdient.<<

In "My Lai", einem Dorf in Südvietnam, wurden während des Vietnamkrieges am 16. März 1968 mehr als 300 Dorfbewohner von US-Soldaten getötet.

Ein US-Fotograf berichtete später über das Massaker von My Lai (x122/495): >>Wir waren noch außerhalb des Dorfes.

In etwa 100 Meter Entfernung sah ich 15 Vietnamesen – darunter Frauen und Kinder – auf einem Feldweg. Plötzlich eröffneten die Soldaten mit ihren M-16-Schnellfeuergewehren und Grantgewehren vom Typ M-79 das Feuer auf die Gruppe.

Zu meiner Rechten lief eine Frau, die aus der Deckung zu kommen schien. Erst schoß nur ein GI auf sie. Dann feuerten alle Soldaten. Sie zielten auf ihren Kopf. Die Knochensplitter flogen durch die Luft.

Noch nie zuvor hatte ich gesehen, daß Amerikaner gezielt auf unbewaffnete Zivilisten schossen. ... Ich sehe noch zwei kleine Jungen vor mir, der eine vielleicht drei, der andere sechs Jahre alt. Ein Kerl schoß mit einem M-16 auf sie. Der größere Junge warf sich schützend auf seinen kleineren Bruder. Der Soldat feuerte eine Leuchtpatrone in sie hinein, ihre Spitze schien im Fleisch des älteren Jungen zu brennen. Der Mann pumpte sechs weitere Schüsse in die Kinder und ließ sie liegen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Kriegsführung in Vietnam (x068/342-344): >>Man verschoß auch ... Behälter mit Eisensplittern. Oder den ... "Bienenkorb", eine Granate mit Hunderten von Eisenfeilspitzen von der Länge einer normalen Heftklammer, die in den Körper eindringen, und zwar so tief, daß die Wunde sich nach dem Eindringen wieder schloß. Diese Waffen wurden serienmäßig in einer Fabrik in San José bei San Francisco hergestellt.

Man benutzte auch Gewehre, die weit schlimmere Wirkungen hatten als die verbotenen Dum-Dum-Geschosse. Vor dem von Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre initiierten Vietnam-Tribunal sagte ein US-Soldat aus:

"Als ich eines Tages während eines Schußwechsels aus kurzer Entfernung mit einer M 16 schoß, traf ich einen Mann in die Brust. Wie weggemäht wurde der Körper förmlich durch die Luft geschleudert und flog in einem Gleitflug drei bis vier Fuß über der Erde, bis er an einen Baum prallte. Unnötig zu sagen, daß die Brust des Mannes völlig zerfetzt war. ... Mit dem M-16-Geschoß kann man die Kriegsgesetze nicht umgehen; es hat eine bedeutend stärkere Wirkung als das verbotene Dum-Dum-Geschoß."

Gefangene sollten eigentlich gar nicht gemacht werden. So sagte der amerikanische Zeuge David Tuck vor dem Vietnam-Tribunal:

"Unsere Offiziere hatten uns gesagt, es habe keinen Sinn, Gefangene zu machen, ausgenommen nordvietnamesische Offiziere. ... Wir hatten den Befehl zu schießen und keine Gefangenen zu machen. Diese Anweisung war allgemein gültig und betraf vor allem das systematische Abknallen verwundeter Feinde. Für viele unserer Offiziere war das ein leidenschaftlich betriebener Sport. In ihren Augen ist ein toter Vietnameser ein guter Vietnameser."

Hier bricht die alte Tradition der Indianerkiller wieder durch: Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!

"Eine Zeit lang war es in der 173. Luftlandebrigade üblich, den toten Feinden nach dem Kampf die Ohren abzuschneiden, um ein Souvenir zu haben. Im 1. und 14. Regiment der 25. Division, der 3. Brigade, war es das Gleiche; eine vorübergehende Manie. Derjenige, der die

größte Anzahl von Ohren besaß, wurde als Weltmeister im Vietkongkillen betrachtet und hatte hinterher im Basiccamp Anspruch auf Freibier und Whisky."

Gefangene wurden besonders bei Verhören geschunden. Schläge waren die Regel. Häufig folterte man elektrisch (etwa unter Verwendung des Feldtelefons), auch und gerade die Geschlechtsteile. Auch viele Frauen wurden elektrisch gefoltert, ungezählte vergewaltigt, unterschiedslos alte Frauen, Schwangere, junge Mädchen, viele unter 15 Jahren. In manchen Provinzen starb ein Fünftel der Vergewaltigten ...

Folterungen waren keine Einzelfälle, sondern geschahen massenweise und auf die unterschiedlichste Art. Der amerikanische Vietnam-Soldat Donald Duncan berichtet über ein Verhör:

"Ein Mann mit gebrochenem Bein wurde herangeschleppt. Man hatte ihn mit elektrischem Leitungsdraht gefesselt, mit einem dünnen plastikumhüllten Metalldraht, der sich tief ins Fleisch eingrub. Die Soldaten schleppten ihn bis in die Mitte des Dorfes.

Dort begann der Chef des "Einschüchterungskommandos", ihn zu verhören, allerdings ohne Erfolg.

Verhören: das heißt, der Offizier brüllte ihm die Fragen ins Gesicht, während ein Soldat sein gebrochenes Bein mit Fußtritten malträtierte ..."

Eine Art tschechoslowakisches Lidice oder französisches Oradour wurde im Vietnamkrieg das Dorf My Lai. US-Leutnant William L. Calley metzelte befehlsgemäß mit seiner Soldateska die Bewohner des völlig soldatenfreien Ortes nieder:

347 Zivilisten, darunter viele Kinder und Mädchen, die die US-Heroen erst noch vergewaltigten, wurden sämtlich massakriert und ihre Hütten niedergebrannt. Um zur Barbarei auch noch die Heuchelei zu bringen, steckte man den Oberschlächter Leutnant Calley (der selbst ein zweijähriges Kind, das schreiend aus einem Leichenhaufen krabbelte, mit einem Meisterschuß beruhigte) drei Tage in ein Militärgefängnis, worauf ihn Präsident Nixon amnestierte und er bald in den USA ein viel bewundertes, viel besungenes, viel beschenktes und mit Heiratsanträgen eingedeckter Inhaber eines Juweliengeschäfts geworden ist.

Ehre wem Ehre gebührt. Denn schließlich kämpfte Calley im Dienst der guten Sache und der freien Welt. In Deutschland erschienen die von ihm autorisierten Selbstaussagen 1972 unter dem Titel "Ich war gern in Vietnam". ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 18. März 1968 während seiner Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag (x155/141): >>... Wir wissen, daß heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen zur Folge haben würden. Das ist eine Realität.

Realität ist auch, daß 40 % der Menschen, die in jenen Gebieten leben, schon dort geboren sind. Niemand ist so vermessen, an eine neue Vertreibung zu denken.

Eine weitere Realität ist es, daß das deutsche Volk die Versöhnung gerade auch mit Polen will und braucht. ...

Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung (Beifall lt. Protokoll).

Es ergibt sich, daß die bestehenden Grenzen in Europa nicht durch Gewalt verändert werden dürfen ... Alle Völker sollen in der sicheren Gewißheit leben, daß Grenzen nicht mehr gegen ihren Willen verändert werden.

Das meinen auch, wenn ich es recht verstanden habe, die heimatvertriebenen Landsleute, deren Fragen und Sorgen ich keinen Augenblick vergesse. ... <<

Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den deutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ...

Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt. Der Beschluß des SPD-Parteitag ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...

Keine Partei und kein Parteitag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten. ...

Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

Martin Luther King (1929-1968, Baptistenpfarrer und Vorkämpfer für die Bürgerrechte der Schwarzen, erhielt 1964 den Friedensnobelpreis) wurde am 4. April 1968 durch den weißen Fanatiker James Earl Ray (1928-1998) in Memphis/Tennessee erschossen.

Der deutsche Journalist Thomas Giefer schrieb später über die Ermordung des Baptistenpfarrers Martin Luther King (x171/71-74): >>... Es ist 5 Uhr, als Pastor Kyles an die Tür klopft, um King und seine Begleiter zu einem ... Abendessen nach Art der Südstaaten, abzuholen. Es dauert eine Stunde, bis alle zum Aufbruch bereit sind. Eine entspannte Stunde, King hat sich von der bedrückenden Stimmung des letzten Abends erholt, ist bester Laune.

"Wir haben uns mit Kopfkissen beworfen, er war sehr albern", erinnert sich Andrew Young. "Dann ging er auf sein Zimmer, um sich fürs Essen umzuziehen."

Um 6 Uhr tritt King mit Kyles aus seinem Zimmer auf den Balkon, von dem eine Treppe in den Hof führt. Dort warten schon Orange, Williams, Young und Jesse Jackson am weißen Cadillac, der King bei seinen Memphis-Aufenthalten von einem Beerdigungsunternehmer zur Verfügung gestellt wird.

King lehnt sich über das Geländer, um mit den unten Stehenden ein paar Worte zu wechseln: Für den nächsten Gottesdienst wünscht er sich das Lied "Precious Lord, take my hand ...". Kyles wird ungeduldig und geht in Richtung Treppe los, einer ruft zu King: "Es wird kalt, nimm einen Mantel mit!", da knallt der Schuß.

"Ich dachte, es wäre eine Motor-Fehlzündung. Ich war überrascht, daß Martin Luther King zu Boden gefallen war. Und erst dachte ich, es sei ein Spiel, weil er vor ein paar Minuten noch so fröhlich war."

Das Hochgeschwindigkeitsgeschloß hat einen Teil seines Gesichts weggerissen, hat seinen Oberkörper innerlich zerfetzt und ist knapp unter dem Schulterblatt steckengeblieben. McCullough, ein Invader und FBI-Undercoveragent, wie sich später herausstellt, kniet als erster neben dem Sterbenden, Sekunden später kommt Kyles hinzu: "Da war eine erloschene Zigarette in seiner Hand. Ich nahm sie ihm aus den Fingern. Er rauchte nicht in der Öffentlichkeit, stand aber unter starkem Druck, so daß er damit angefangen hatte. Sein Schlips war durchtrennt und der Knoten verdreht. Ich habe keine Ahnung, warum ich mich gerade daran erinnere. Und da war dieses fürchterliche Loch in seinem Gesicht."

Obwohl sein Herz noch schlägt, gibt es im Krankenhaus nichts mehr, was die Ärzte für King tun könnten. Eine Stunde später wird sein Tod offiziell bekanntgegeben. ...

Die Nachricht löst in den USA ein politisches Erdbeben aus. In den Schwarzenghettos explodiert augenblicklich die Gewalt. Ganze Stadtteile gehen in Flammen auf. Lyndon B. Johnsons

Justizminister Ramsey Clark fliegt noch am selben Abend nach Memphis. Keine 24 Stunden später gibt er in einer Pressekonferenz die Richtung der FBI-Ermittlung bekannt: "Wir haben keine Hinweise auf eine Verschwörung. Alle Beweise deuten zur Zeit auf einen Einzeltäter hin." ...

65 Tage nach dem Mord an King, sitzt der Mann, der von sämtlichen Zeitungen der Welt bereits als "Mörder des Jahres" präsentiert wurde, endlich hinter Gittern.

Ein knappes Jahr später überredet ihn sein Anwalt, sich schuldig zu bekennen – angeblich, um ihn vor dem elektrischen Stuhl zu bewahren. Dadurch entfällt eine ernstzunehmende Beweisaufnahme, die Verhandlung des Jahrhundertverbrechens ist vor der Mittagspause zu Ende.

Ray, der zu 99 Jahren Haft verurteilt wird, widerruft nach drei Tagen sein Geständnis. Doch bis zum Ende seines Lebens wird er vergeblich auf eine neue Gerichtsverhandlung hoffen. ...<<

Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wurde am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt. Nach dem Anschlag ereigneten sich in zahlreichen westdeutschen Städten gewalttätige Demonstrationen.

Rudi Dutschke (Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung) schrieb damals über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>Heute hält uns nicht eine abstrakte Theorie der Geschichte zusammen, sondern der Ekel vor einer Gesellschaft, die von Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozialökonomische Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt. ...

Die Bremer Schüler haben gezeigt, wie die Politisierung unmittelbarer Bedürfnisse des Alltagslebens - Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen – subversive Sprengkraft entfaltet werden kann. ...

An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner (1907-1999) schrieb später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (15/1988) berichtete später über die "Jugendrevolution und Protestbewegung der sechziger Jahre": >>**Träume im Kopf, Sturm auf den Straßen**

Ich stand an dieser Stelle, als der Schuß fiel. Ich habe gesehen, wie eine Schar von sechs bis

acht Polizisten auf den Studenten eindrang, wie er mit Knüppeln bearbeitet wurde, wie er wehrlos und passiv in dieser Traube von Polizisten hing, und dann habe ich das Mündungsfeuer der Pistole gesehen. Das Mündungsfeuer war ungefähr in Kopfhöhe. Im nächsten Moment lag der Student am Boden und rührte sich nicht - Aussage des Musikstudenten Frank Krüger über den Todesschuß auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967.

Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen - Das Springerblatt "BZ" am 3. Juni 1967. Für Benno Ohnesorg, 26 Jahre, Philologiestudent vor dem Abschluß, Ehemann und angehender Vater, ist es die erste Straßendemonstration. Er hat ein kritisches Buch darüber gelesen, wie grausam es unter dem von der deutschen Regenbogenpresse gefeierten "kaiserlichen Paar" in Persien tatsächlich zugeht. Deshalb will er mitprotestieren gegen die untertänige Ehrerbietung, mit der die bundesdeutschen Politiker - der Bundeskanzler heißt Kiesinger, Außenminister ist Willy Brandt, Bundespräsident Heinrich Lübke - den Schah und späteren Krupp-Großaktionär Resa Pahlewi nebst Gemahlin als Staatsgäste empfangen.

Während drinnen in der Deutschen Oper dem Pfau vom Pfauenthron und seiner Gattin Farah Diba die "Zauberflöte" vorgespielt wird, stürmen Polizisten an diesem noch hellen, warmen Abend mit gezogenen Schlagstöcken auf die Demonstranten los, prügeln sie auseinander und machen Jagd auf die Flüchtenden. Daß ein Kriminalbeamter namens Kurras dabei die Dienstpistole gezogen und einem unbescholtenen Bürgersohn, Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde, eine Kugel in den Hinterkopf gefeuert hat - diese Nachricht trifft einen großen Teil der jungen Generation wie ein Knüppelhieb.

Die vielen Abseitsstehenden, die mit den marxistischen Thesen der linken Akteure wenig anzufangen wissen, werden von dem Todesschuß wachgeschockt. Theoriebegriffe wie "Repression" oder "Entfremdung" sagen diesen jungen Leuten nichts. Aber der auf einem Auto-Abstellplatz sterbende Student, dem eine verstörte junge Frau sanft den Kopf hält - dieser Anblick ergreift und empört sie.

Sie mögen nicht recht an den wiedergeborenen Sozialismus glauben, den Rudi Dutschke predigt. Aber sie können erkennen, daß die Springer-Blätter weder Lüge noch Verdrehung scheuen, um die widersetzlichen Studenten zu Haßobjekten für die Bevölkerung herzurichten. Auf einmal wird das böse Rätsel der Vergangenheit ein wenig durchsichtiger für die Jungen; sie bekommen eine Ahnung, wie das gewesen sein muß, als in Deutschland, vor 1933 und danach, unablässig gegen eine Minderheit gehetzt worden ist: gegen die Juden.

Viele bis dahin gleichgültige Studenten drängt es nach Ohnesorgs Tod, Partei zu ergreifen - und zwar anders als einst ihre Eltern. Soziologe Detlev Claussen, Mitglied der radikalen Avantgarde beim "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), erinnert sich: "Du bist am Morgen nach Ohnesorgs Erschießung aufgewacht, und es sind plötzlich ganz viele Menschen, ... die du noch nie gesehen hast, da. ... Das hat auch irgendwo diesen euphorischen Funken gesetzt." Erst von da an, meint Claussen, könne man wirklich von einer studentischen "Bewegung" in Westdeutschland sprechen.

Denn immer mehr Studenten und Schüler kamen in jenem Sommer zu dem Schluß, daß die Radikalen vom SDS recht hatten. Bewies nicht der Fall Ohnesorg, daß der Staat auf Gewalt beruhte statt auf Demokratie und Recht? Steckte in einer Polizei, die Wehrlose bewußtlos schlägt und sogar tötet, nicht die Brutalität der Diktatur? Und was war das für eine Justiz, die den Todesschützen Kurras nach seiner Tat frei herumlaufen ließ und ihn dann sogar vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freisprach?

Die Politiker sahen den "Charaktermasken" immer ähnlicher, von denen die SDSler sprachen - nur Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz, Pastor von Haus aus, wurde nach Ohnesorgs Tod erleuchtet und bekehrt wie einst Saulus auf dem Weg nach Damaskus: Er trat drei Monate später von seinem Amt zurück und entwickelte sich zum linkschristlichen Mahner wider den Hochmut der Politikerkaste, die in Bonn gerade eine ebenso burleske wie be-

drohliche Vorstellung gab.

Die großen Parteien herrschten seit 1966 gemeinsam und faktisch ohne Opposition: CDU/CSU und eine auf CDU-Kurs eingeschwenkte SPD Arm in Arm als "Große Koalition" mit dem Kanzler Kurt Georg Kiesinger, den Heinrich Böll für "untragbar und unerträglich" hielt, weil er der Nazipartei angehört hatte und im Außenministerium für Rundfunk-Propaganda zuständig war.

Diesem Mann im Silberhaar zur Seite standen der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt und Franz Josef Strauß: eine Regierung der verlogenen Versöhnung und unverhüllten Opportunität. In suspekter vaterländischer Eintracht hatte sie sich vorgenommen, verfassungsändernde Gesetze für den Fall eines nationalen Notstands zu schaffen.

Da brauchte man nicht, wie es Kiesinger einmal tat, "irrationale, ja dämonische Kräfte" zu bemühen, um zu begreifen, warum sich im Land eine radikale außerparlamentarische Opposition erhob, "Apo" genannt. Enttäuschte SPD-Genossen, linke Intellektuelle, Gewerkschafter und Gewerkschaftsjugend verbanden sich in ihr mit den politischen Studenten. Das Protestpotential an den Universitäten wuchs. Um so dringender wurde die Frage, was damit geschehen sollte. Denn immer nur polizeilich genehmigte Umzüge zu veranstalten und Plakate durch die Gegend zu tragen, das war den Vorreitern der Auflehnung nicht mehr genug.

Ein Mädchen stellte sich vor einen der Soldaten. "Warum, warum nur?" fragte sie. "Wir sind wie ihr. Ihr seid wie wir. Die dort sind schuld", sagte sie und zeigte auf das Pentagon. Sie legte zwei Finger auf ihren Mund, küßte sie und berührte damit die Lippen des Soldaten.

Vier andere Soldaten packten sie und schleppten sie fort zu den anderen Festgenommenen. Der Soldat, mit dem sie gesprochen hatte, versuchte seinen Kameraden zu erklären, daß das Mädchen ihm ja nicht weh tun wollte - Aus Norman Mailers Erlebnisbericht "Heere aus der Nacht".

Samstag, 21. Oktober 1967. Das Pentagon wird belagert. Wie eine riesige lebende Flickendecke, leuchtend bunt in der Herbstsonne, liegen, sitzen und stehen nahezu 40.000 Menschen vor dem ungeheuren graugelben Fünfeck des US-Verteidigungsministeriums, vor dem Bürokoloss und Nervenzentrum der amerikanischen Kriegsmaschine.

Zum erstenmal laufen die Kriegsgegner nicht einfach nur durch Washington und hören sich die immer gleichen Reden an. Zum erstenmal sind sie über den Potomac-Fluß hinweg zum Sitz des Übels gezogen, um den Managern des Todes wenigstens symbolisch auf den Leib zu rücken.

Inmitten der Menge auf den weiten Parkflächen am Potomac-Ufer steht ein Lastwagen mit einer Rockband darauf, den "Fugs". Der rotbärtige Beat-Poet Ed Sanders tritt ans Mikrofon, doch er singt nicht, rezitiert nicht, hält keine Ansprache. Er betreibt Exorzismus. Er beschwört die bösen Geister des Pentagon, um sie zu verscheuchen. Während die Fugs mit Zimbeln, Triangeln und Glocken exotische Klänge erzeugen, fleht Sanders die heidnischen Götter um Beistand an: "Im Namen von Ra, Osiris, Horos, Isis, im Namen des lebenden Universums rufen wir den Geist auf, das Pentagon aus seinem elenden Schicksal körperlich emporzuheben und bei sich zu bewahren."

Das Pentagon erhebt sich gleichwohl nicht einen Fuß hoch in die Luft; es schwebt nicht empor, wie erhofft, und wird auch nicht rosa zum Zeichen seiner Reinigung. Doch die Exorzisten lassen sich nicht beirren. "Hinaus, Dämonen, hinaus!" schreien die Fugs nun im Chor. "Zurück in die Finsternis, ihr Satansdiener - hinaus, Dämonen, hinaus!" Der Sprechgesang breitet sich aus, bis die Teufelsaustreibungsformeln aus vielen tausend Kehlen steigen. Nicht nur Ed Sanders und die Fugs glauben, der Wahnsinn in Vietnam sei vielleicht nur damit zu erklären, daß im Pentagon der Geist der Verdammnis herrscht.

Soldaten und Militärpolizisten in festgeschlossenen Reihen schützen die samstäglich ruhige Bürofestung ihrer Befehlshaber vor den Belagern und den pazifistischen Vibrationen, die sie

verbreiten. Die GIs halten ihre Gewehre mit aufgefplantem, aber bedecktem Bajonett vor der Brust. Auf Armeslänge vor ihnen die Frauen und langhaarigen Männer, die eine äußere Absperrung durchbrochen haben und bis vor den Haupteingang vorgedrungen sind.

Eine spannungsgeladene Konfrontation über viele Stunden, sogar die Nacht hindurch; denn die entschiedensten Gruppen in der vorderen Linie harren aus, und die GIs werden im Turnus abgelöst. Eine Konfrontation zwischen Gleichaltrigen, von der Norman Mailer meint, Karl Marx müßte noch einmal auf die Welt kommen, um dieses Paradox zu erklären: Die Söhne der Arbeiter ziehen die Uniform an und kämpfen für "die letzte wirklich kapitalistische Nation" (Mailer), wo immer sie hingeschickt werden. Die Kinder des Bürgertums aber rebellieren, und diese Rebellion hat verwirrend viele Gesichter.

Junge Frauen stecken Blumen in die Gewehrläufe der Soldaten. Exotisch gekleidete Paare umarmen sich vor dem Hintergrund von Kampfanzügen und Stahlhelmen. Sitzdemonstranten, die von GIs mit Kolbenstößen traktiert werden, singen die Sternenbanner-Hymne, um zu zeigen, daß sie ihr Land aus patriotischer Sorge vor Schande bewahren wollen: Symbolhandlungen, mit denen die Friedensbewegten über die Medien das Bewußtsein ihrer Landsleute verändern wollen. Hippie-Happenings wie das Exorzismus-Ritual sollen erheitern und provozieren.

Aber auch die Militanz steigert sich vor dem Pentagon in eine neue Dimension. Ein Trupp vom amerikanischen SDS ("Students for a Democratic Society") stürmt mit einer Vietcong-Fahne auf einen Nebeneingang des Fünfecks zu in der Absicht, das Feldzeichen der aufständischen Kommunisten auf der Zitadelle amerikanischer Macht und Herrlichkeit zu hissen. Die SDSler sind waffenlos, aber sie fühlen sich schon wie Guerillas in der eigenen Hauptstadt. Militärpolizei fängt sie vor dem Eingang ab und prügelt sie zurück.

Auf der anderen Seite des Potomac-Flusses im Weißen Haus gesteht Präsident Lyndon B. Johnson einem Vertrauten, daß Vietnam ihm Alpträume bereite. Aber nicht die verstümmelten und verschmorten Opfer suchen ihn heim, auch nicht die jungen Amerikaner, die ihn "Mörder" nennen und in Sprechchören fragen, wieviel Kinder er denn heute wieder umgebracht habe. Was den Texaner mit dem melancholischen Bluthundgesicht plagt, ist der Gedanke, die meisten seiner Landsleute könnten ihn für einen "Mann ohne Rückgrat" halten, wenn er sich aus Vietnam zurückzöge.

In seinem "jede Nacht" wiederkehrenden Traum liegt Johnson an den Boden gefesselt in einem "langen, offenen Raum". Dann hört er, noch entfernt, "die Stimmen von Tausenden von Leuten". Sie rennen alle auf ihn zu und schreien: "Feigling! Verräter! Schwächling!"

Doch auch die rollenden Einsätze seiner B-52-Bomber können seinen uramerikanischen Horror vor der Ohnmacht nicht bannen. Und nach dem Schock der kommunistischen Tet-Offensive Ende Januar 1968 hat Johnsons wichtigster Mann aufgegeben: Verteidigungsminister Robert McNamara, angewidert von der selbstverschuldeten Misere, verläßt das Pentagon Ende Februar. Bei einem Abschiedsessen erleben die Gäste bei dem sonst stets beherrschten McNamara sogar einen "emotionalen Ausbruch gegen den Krieg" (Vietnam-Historiker Stanley Karnow).

Sein Nachfolger Clark Clifford, Washingtoner Anwalt und gewiefter Makler der Macht, ist entschlossen, die "bloody mess" in Asien zu beenden. Das sagt er aber nicht laut, sondern arrangiert eine Lunchverabredung zwischen dem Präsidenten und zwölf altgedienten Außenpolitikern und Generalen, den "weisen Männern". Ihr herausragender Kopf ist der 74jährige Dean Acheson, Außenminister von 1949 bis 1953, Architekt der Nato und tiefgefrorener Kalter Krieger, der seinen Präsidenten Harry S. Truman damals dazu breitschlug, den Franzosen Geld zu geben für ihren schmutzigen Krieg gegen Ho Chi Minhs Unabhängigkeitskämpfer - Beginn des Frevels an Vietnam. Doch dieser Mann hat seitdem dazugelernt.

Von den zwölf "wise men", die im "Familien-Eßzimmer" des Weißen Hauses familiär um

Johnson herumsitzen, raten ihm acht, sich aus dem Krieg zurückzuziehen - und niemand in der erlauchten Runde rät es ihm dringender als Dean Acheson. Amerikas Intervention sei aussichtslos, weil Südvietnams Machthaber keinen Rückhalt im Volk besäßen, belehrt er den Präsidenten. Solchen Bundesgenossen sei nicht zu helfen. Aus diesem Grund habe der Krieg auch die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit verloren.

Johnson ist bestürzt, verstört, ergrimmt. "Jemand hat den Brunnen vergiftet", knurrt er argwöhnisch, als die "wise men" gegangen sind. Aber sein Durchhaltewillen ist gebrochen, sein texanisches Ego durchlöchert.

Fünf Tage nach dem geschichtsträchtigen Lunch, am 31. März, erscheint er, der Nachfolger John F. Kennedys, auf den Bildschirmen Amerikas und eröffnet seinen "fellow Americans", daß er darauf verzichte, in diesem Wahljahr 1968 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Er wolle das Präsidentenamt aus dem "Parteienstreit" des Wahlkampfes heraushalten, erklärt er mit treuherzigem Augenaufschlag. Und er wolle Frieden in Vietnam.

Johnson kündigt an, die Bevölkerungszentren würden künftig nicht mehr bombardiert. Auch habe er seine Diplomaten angewiesen, sich mit Ho Chi Minhs Emissären zusammzusetzen und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu erkunden.

Als Johnson am Ende seiner Verzichtserklärung mit gefurchter Stirn eine gute Nacht wünscht, rennen die Leute im New Yorker Künstlerviertel Greenwich Village auf die Straße, umarmen einander und führen Freudentänze auf. Über den Campus vieler Universitäten hallen Hupkonzerte und Indianergeheul; Siegespartys werden improvisiert, weil der Mann, der für die Protestbewegung zu einem napalmspeienden Scheusal geworden ist, die weiße Fahne zeigt.

Hochstimmung auch bei der jungen Opposition in Deutschland, als sie am nächsten Morgen die Nachricht erfährt. Die linken Sturmvoegel vom SDS und ihre neugewonnenen Freunde glauben, daß sie, besonders mit ihrem aufsehenerregenden Vietnam-Kongreß in West-Berlin, zur Resignation Johnsons beigetragen haben. Andererseits hätte die ganze Studentenbewegung ohne den Impetus Vietnam ins Stocken geraten und erlahmen können, wenn der Präsident den Krieg wirklich konsequent gedrosselt und die Friedensgespräche durch Konzessionen erleichtert hätte.

So hält die Geschichte nach Johnsons Verzicht für drei euphorische Tage den Atem an. Drei Tage lang besteht zumindest eine vage Möglichkeit, daß dieses Jahr 1968 nicht zu einem Hexenkessel wird, vielleicht sogar milder ausfällt als seine Vorgänger.

Doch in der Stadt Memphis am Mississippi, sangesfroher Hort der Countrymusik von Liebe und Leid, geschieht am vierten Tag eine Untat, die unkontrollierbare Kettenreaktionen bis nach Berlin und Paris in Gang setzt.

Ein Schuß aus dem Gewehr eines Heckenschützen traf King unter dem Kinn, riß ihm die Krawatte ab und schleuderte ihn rückwärts auf den Betonboden des Balkons. Blut quoll aus einer klaffenden Wunde in seinem Hals ... (Kings Mitarbeiter Jesse) Jackson rannte die Außentreppe hinauf und bettete Kings Kopf in seinen Schoß. Andrew Young fühlte nach dem Puls, Pastor Ralph Abernathy stand daneben und stöhnte "Martin, Martin ..." James Bevel fiel auf die Knie und betete - "Newsweek" über den Mord an Martin Luther King am 4. April 1968.

Er war eine Art Gandhi der schwarzen Bürgerrechtskampagne. Er und seine Protestmethoden des "zivilen Ungehorsams" inspirierten die Avantgarde der Studentenbewegung auch in Europa.

King hatte die öffentliche Rassendiskriminierung in den Südstaaten überwunden (und dafür, erst 35 Jahre alt, den Friedens-Nobelpreis 1964 erhalten). Er hatte für die entmündigten Schwarzen ein Bundesgesetz erkämpft, das ihr Wahlrecht absichern soll. Und mit einem Sarkasmus, der dem weißen Amerika weh tun mußte, hatte er sich gegen den Krieg in Vietnam gewandt: "Warum werden schwarze Boys 10.000 Meilen weit geschickt, um Freiheiten zu

verteidigen, die sie selber in Süd-Georgia und in Harlem nicht gefunden haben?"

Das ließ den Furien des Rassismus keine Ruhe. James Earl Ray, wenn er denn ein Einzelgänger war, handelte im stummen Auftrag aller King-Hasser, als er den schwarzen Pastor aus dem Hinterhalt erschöß.

Kings Kampf hatte auch das Bewußtsein von Millionen Schwarzen in den Großstadt-Gettos des Nordens geschärft. Glühende Wut über das eigene Elend hatte sich ausgebreitet. Radikale Sekten waren entstanden, die sich mit Umsturz- und Gewaltphantasien aus ihrer Ohnmacht hinausträumten. Schon von 1964 bis 1967 hatte es schwere Getto-Krawalle mit Dutzenden von Toten gegeben. Aber nun, auf die Nachricht vom Mord an King hin, brechen quer durch die Vereinigten Staaten in mehr als 100 Städten gleichzeitig Unruhen aus - die größten in der US-Geschichte. "Als das weiße Amerika Dr. King getötet hat", ruft der Black-Power-Protagonist Stokely Carmichael in Washington, "hat es uns den Krieg erklärt! Geht heim und holt eure Schießeisen!"

In der Hauptstadt der freien Welt, zu über 70 Prozent von Schwarzen bewohnt, dringen jugendliche Banden aus dem weitläufigen Getto plündernd und brandstiftend bis zwei Blocks vors Weiße Haus vor, ehe sie eine Infanteristen-Schützenkette stoppt.

Behelmte Kampftruppen mit aufgepflanztem Bajonett bewachen Ministerien und Hotels rund ums Weiße Haus. Auf der großen Freitreppe des Kapitols ist ein Maschinengewehr-Trupp in Stellung gegangen.

Eine Kompanie Nationalgardisten in Kriegsausrüstung liegt auf dem manikürten Rasen der Präsidenten-Residenz in Bereitschaft. Über sie hinweg zieht der ranzig riechende Rauch von 70 Großfeuern, die auf der Hälfte des Stadtgebiets durch die Nacht brennen.

Als der Morgen graut, sieht Washington halb wie die belagerte Hauptstadt einer Bananenrepublik aus, halb wie Saigon in der Tet-Offensive. Es ist, als sei der Vietnamkrieg nach Hause gekommen. Allein in Chicago werden 12.500 Mann Armee und Nationalgarde aufgeboten, um den Aufruhr unter Kontrolle zu bekommen. Allein in Chicago gibt es elf Tote. "Gewalt", sagt der schwarze Radikale Rap Brown, "ist so amerikanisch wie Kirschpastete."

Bachmann: Ich ging über die Straße und bin auf ihn zugegangen und hab" gefragt, ob er Rudi Dutschke ist.

Richter: Wie stand er da?

Bachmann: Mit dem Fahrrad am Straßenrand. In Richtung Bahnhof Zoo.

Richter: Und das Fahrrad war wo?

Bachmann: Das Fahrrad war auf der Straße, und Dutschke stand auf dem Bürgersteig. Ich bin um Dutschke herumgegangen.

Richter: So, daß Sie auch auf dem Bürgersteig waren?

Bachmann: Ja.

Richter: Und Sie haben ihn gefragt?

Bachmann: Ob er Dutschke ist, und er sagte ja.

Richter: Sie kannten ihn?

Bachmann: Man kennt ihn von Bildern.

Richter: Und dann?

Bachmann: Dann sagte ich, du dreckiges Kommunistenschwein. Dutschke kam auf mich zu, und ich zog den Revolver und schoß den ersten Schuß - Aus der Gerichtsverhandlung gegen den Dutschke-Attentäter.

Sieben Tage nach dem Mord in Memphis wird der wichtigste Wortführer der antiautoritären deutschen Studenten, Rudi Dutschke, am Kurfürstendamm von drei Revolverkugeln in Kopf, Wange und Schulter lebensgefährlich verletzt; Gründonnerstag, der 11. April.

Attentäter ist der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein schwächlicher, ruheloser, unglücklicher Mensch, der bis zu seinem zwölften Jahr in Sachsen aufgewachsen ist und nach

dem Mauerbau 1961 ein fanatischer Antikommunist geworden ist. Auch liest er, neben "Bild", gläubig die "Deutsche Nationalzeitung", in der am 22. März groß die Aufforderung stand: "Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg." Den letzten Anstoß zur Tat aber hat ihm der Anschlag auf Martin Luther King gegeben.

Rudi Dutschke faszinierte die Studenten auf nicht unähnliche Weise wie Pastor King seine Anhänger. "Es war die Überzeugtheit, die Sicherheit, das Engagement, das alle spürten ... und weniger das, was er inhaltlich sagte", erinnert sich Inga Buhmann, die Dutschke persönlich kannte. Sie war nicht von dieser "Suggestionskraft", sondern "von seinem freundlichen Wesen" im mitmenschlichen Umgang "sehr angetan".

Dutschkes "Weltrevolution" hatte viel gemeinsam mit der apokalyptischen Wiederkehr Christi, von der sich zumal die schwarze Kirche das Heil verspricht. Und wenn Dutschke von der befreiten und befriedeten Gesellschaft der Zukunft schwärmte, dann klang das um ein Haar wie Martin Luther Kings "I have a dream" - wie der Traum des Predigers von einer Welt, in der alle Menschen Brüder werden.

Die Parallelen gehen noch weiter, auch wenn die Reaktion auf Bachmanns Attentat nicht heranreichen kann an die wilde Verzweiflung, mit der die Schwarzen ihre Slums in Brand steckten. Dennoch ist der Aufruhr, der nun aus den universitären Gettos in Berlin und der Bundesrepublik hervorbricht, für deutsche Verhältnisse ein subversives Großereignis: Die heftigsten und verbreitetsten Straßenkämpfe seit der Weimarer Republik entbrennen.

Wir schrien unsere Wut heraus, viele von uns warfen zum ersten Mal bedenkenlos Steine - im Amerikahaus, an dem wir vorbeikamen, blieben nicht viele Scheiben heil. Wir alle fühlten uns getroffen, und unsere Empörung war grenzenlos. Als wir beim Springer-Hochhaus angekommen waren, war der Zorn nicht mehr zu bändigen. Die Steine flogen so bedrohlich durch die Gegend, daß ich auf die Seite flüchtete - Inga Buhmann in ihren Erinnerungen (Inga Buhmann: "Ich habe mir eine Geschichte geschrieben") ...

Es gab eine Bereitschaft zur Gewalt, die aus einer ungeheuren Wut kam. Wir waren jetzt auf Krieg aus, auf Bürgerkrieg. Wenn es nicht so gewesen wäre, hätten wir nicht mit den Autos anderer Leute Barrikaden gebaut, ohne uns um die Besitzer zu scheren. Hätten wir nicht wie selbstverständlich einen Bus umgekippt und in Brand gesteckt. Ja, vom Gefühl her erklärten wir den Krieg, und zwar vor allem den Medien, die durch ihre Diffamierungen und Verleumdungen Menschen töteten - Barbara Brick, 1968 SDS-Mitglied in München ...

Als die Polizeikette diesem ersten Ansturm standhielt, zog sich der Stoßkeil der Störer etwa 20 bis 30 Meter zurück, um sich erneut zu formieren. Unter lautstarkem Johlen mit rhythmischen Rufen erfolgte der zweite Ansturm. Gleichzeitig prasselte ein Steinhagel, zum Teil salvenmäßig auf Kommandorufe geworfen, gegen den Haupteingang und die verglaste Hauswand, wurde mit brennenden Fackeln und Fahnenstöcken auf die vor dem Haupteingang eingesetzten Beamten eingeschlagen, wurden Fackeln auf das Dach des Eingangsvorbaues und gegen die Fenster geworfen ...

Unter Aufbietung letzter physischer Kräfte und Schlagstockeinsatz gelang es, ein Eindringen der Störer in das Verlagsgebäude ... abzuwehren - Aus einem polizeiinternen Bericht über den Einsatz vor dem Berliner Springer-Hochhaus am 11. April.

Nicht nur bei den Studenten, auch bei den liberalen Intellektuellen herrscht Einmütigkeit: Springer-Blätter haben mitgeschossen, weil sie die jungen Linken unablässig als "Rabauken" und "rote SA" geschmäht und wahre Pogromaufrufe gegen Dutschke und seine Genossen losgelassen hatten: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" ("Bild"). "Störenfriede ausmerzen" ("Berliner Morgenpost").

"Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat blutige Gewalt die Studenten getroffen", klagt eine Protesterklärung namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller. Sie konstatiert, daß "die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß". Der

Verantwortliche, Axel Cäsar Springer, wird mehr denn je zur Inkarnation all dessen, was den "Störenfrieden" an den bundesdeutschen Zuständen zuwider ist, aber auch den Intellektuellen immer mehr Mißbehagen bereitet.

Springer, der Hamburger Gentleman, der seine geliebten "kleinen Leute" als Anti-Aufklärer in ihren urtümlichsten Vorurteilen bestärkt; sie mit Klatsch, Tratsch und Trivialität füttert; sie zu besinnungsarmen Konsum-Patrioten und Fußball-Chauvinisten macht. Springer, der Feind des Antisemitismus und große Freund Israels, der aber zuläßt, daß seine Blätter sich der Methoden des Antisemitismus bedienen, um die linken Studenten verächtlich zu machen und als "Juden des Antikommunismus" (SDS) dem Volkshaß preiszugeben.

Deshalb schreien die zornigen jungen Leute "Mörder Springer!" Deshalb scharen sie sich zusammen, wo Springer-Blätter gedruckt werden - in Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Eßlingen, München.

Sie wollen nicht nur protestieren. Sie wollen "Widerstand leisten" gegen den Pressekonzern, der ihnen mächtiger erscheinen muß als alle Politiker, wenn ein Helmut Schmidt erklärt, gegen Springer etwas zu unternehmen, sei "politischer Selbstmord".

Die Demonstranten umringen die Druckhäuser wie Amerikas Friedensbewegung das Pentagon. Durch Sitzblockaden, Menschenketten und Straßensperren wollen sie die Osterausgaben der Konzernblätter an der Quelle stoppen. Dabei soll auch "Gewalt gegen Sachen", sofern sie Springer gehören (Lieferautos zum Beispiel), erlaubt sein, um des Presselords Mitschuld an der Gewalt gegen Menschen zu vergelten.

In den Nächten nach dem Anschlag auf Dutschke machen die Teilnehmer an den "Osterunruhen" zwischen Rebellionsfieber und Gefängniszelle Erfahrungen, die behüteten Bürgerkindern sonst für immer fremd geblieben wären.

Und sie bekommen einen aufgerauhten Einführungskurs in die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, den ihnen keine Staatsbürgerkunde und kein Otto-Suhr-Institut für Politik, kein Adorno und kein Marcuse hätten bieten können.

In Eßlingen am Neckar erleben sie, wie aufgebrachte Bürger Schäferhunde auf sie hetzen. Dann rücken, den Vertrieb von "Bild" zu sichern, zwölf Polizei-Hundertschaften mit 90 Hundeführern, Wasserwerfern und zwei Panzerautos gegen 700 Demonstranten vor.

In Hannover werden passive Sitzblockierer im Namen der Pressefreiheit erst mit den atemraubenden Strahlen der Wasserkanonen eingedeckt. Als die Demonstranten nicht weichen, prügeln Bereitschaftspolizisten auf die wehrlos Hockenden ein, nehmen sie fest und sperren sie für die Nacht ins Gefängnis. Aufgewühlt, naß und frierend hauen die Verhafteten unter gewaltigem Lärm auf die Heizungsrohre und singen die "Internationale".

In Frankfurt an der Galluswarte läßt die Polizeiführung gar eine Reiterstaffel gegen sitzende Demonstranten zur Attacke traben. Unter Hufeknallen, Funkenschlag und dem Gewieher der Gäule keilen die berittenen Ordnungshüter mit langen Latten wie die Kosaken auf ihre geduckten Mitbürger ein.

Wie viele Frauen an den Unruhestätten macht die Lehrerin Christine Repp in Hamburg die erschreckende und unbegreifliche Entdeckung, daß die Polizeibeamten eines Landes, das 1945 dem Anschein nach wieder in die gesittete Welt zurückgekehrt ist, mit Frauen besonders übel umspringen. Christine Repp sagt aus, sie sei, einer Ohnmacht nahe, von mehreren Beamten ins Präsidium geschleppt worden: "Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten ... Ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie ... Die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in Unterleib und Magen."

I.D. saß in der Menschenkette hinter mir. Ich sah, wie I. von Bereitschaftspolizisten an den Haaren aus der Kette herausgezerrt wurde. Sie bekam Tritte und brüllte laut. Sie verlor einen Schuh und die Handtasche. Da sie noch nicht auf die Beine gekommen war, versuchte sie,

sich aufzurichten, indem sie sich an den Polizisten festhielt. Dies wurde offensichtlich als Widerstand aufgefaßt; mehrere Polizisten schleiften sie etwa 20 Meter weit mit. Sie war dann von Polizisten umringt, so daß ich sie nicht mehr sehen konnte. Dabei schrie sie plötzlich noch einmal laut auf - Aussage von Erika Hofmann, Mauerkircherstraße 10, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Als Demonstranten den Sprechchor "Gestern Dutschke, morgen wir" anstimmten, rief der Polizeihauptwachtmeister Franz M. seinen Kollegen zu: "Hoffentlich noch heute!" Bei den zirka zehn umstehenden Polizisten fand er große Zustimmung - Aussage von Peter Hamm, Redakteur beim Bayerischen Rundfunk.

Die Polizisten im Wagen ließen Bemerkungen fallen wie "Schlog'n sollt ma's, bis soacha (bis sie seichen)". Als einer der Verhafteten darauf sagte: "Am besten wäre es, wenn man uns gleich ins KZ brächte und vergasen würde", sagte einer der Polizisten: "Das sollte man tun mit euch" - Aussage von Diether Schürr, Schloßberg, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Die brodelnden Schwabinger Straßen um das Redaktions- und Druckhaus von "Bild-München" sind nur von der städtischen Beleuchtung und nervenden Blitzlichtern erhellt. Das Gedränge ohne klare Fronten wird zum frenetischen Blindkuhspiel, die adrenalinpumpende Erregung durchschlägt die Sicherungen.

Wurfgeschosse fliegen schemenhaft durchs Halbdunkel. Ein Photograph wird von einem Pflasterstein tödlich am Kopf verletzt. Einem jungen Demonstranten fliegt ein stumpfer Gegenstand aus einer von der Polizei beseitigten Straßensperre an die Schläfe und verletzt ihn so schwer, daß er Tage darauf stirbt. Keiner der Täter ist ermittelt worden.

Die Springer-Blätter kommen zum Teil mit großer Verspätung zum Verkauf. Aber sie erreichen ihre treuen Leser. Der Versuch, "durch passive Formen des Widerstandes die Auslieferungsprozedur zu verhindern", wie Rudi Dutschke es sich schon nach dem Tod Ohnesorgs gewünscht hat, ist gescheitert. Doch die Osterunruhen erschüttern die Republik - und die militante Minderheit wächst weiter.

Viele tausend junge Deutsche sind von der Polizei gründlicher radikalisiert worden als von ihren revolutionären Vorbildern, von Mao, Castro, Che Guevara. Zugleich aber müssen die Radikalisierten erkennen, wie schwach und isoliert sie trotz wachsender Zahl der Staatsmacht gegenüberstehen und wie unbeherrschbar passiver Widerstand in einem Großstadtviertel in todbringende Gewalt umkippen kann.

Schmerzhaft haben sie die haßerfüllte Abneigung zu spüren bekommen, mit der die Arbeiter- und Bauernsöhne bei der Polizei und die anderen "kleinen Leute" Springers ihnen, den privilegierten Studenten, begegnen.

Die junge Avantgarde, unverstanden von den Massen, mit denen sie die Welt verändern möchte, steht vor dem Problem, an dem ihr Ehrgeiz scheitern wird.

Es gibt sie zwar, die widerspruchsvolle Klassengesellschaft, mit der sich der Marxismus herumschlägt. Aber die Lohnabhängigen im Bonner Staat werden so angenehm ausgebeutet, daß ihre sozialistischen Brüder und Schwestern in der DDR sie darum beneiden. Vietnam und das Elend der Dritten Welt - 1968 ist auch das Jahr der Hungersnot in Biafra - sind weit weg. Und Notstandsgesetze, denen auch Sozialdemokraten zustimmen, schrecken die Leute nicht.

Denn der Grundkonsens der bundesdeutschen Mehrheit, verkörpert in der Großen Koalition, hat sich aus der antikommunistischen Volksgemeinschaft der Nazis heraus entwickelt und verabscheut nichts mehr als rote Unruhestifter. Auch Rudi Dutschke bekommt eine Fülle von Briefen, in denen seine Mitmenschen bedauern, daß ihn Bachmann bei seinem Attentat nicht getötet hat.

Seit Ostersonntag ist Dutschke nach schwierigen Operationen außer Lebensgefahr. Aber als er wieder bei Bewußtsein ist, zeigt sich erst, wie die Kugel in seinem Kopf gehaut hat. Seine Sehfähigkeit ist schwer gestört, Gedächtnis und Wortschatz fast vollständig verloren. In müh-

seliger Therapie muß er die Sprache neu erlernen. Gretchen Dutschke-Klotz, seine amerikanische Frau:

Am Anfang, in der ersten Woche im Krankenhaus, wußte er die meisten Dinge nicht zu benennen. Nur ein paar Worte waren da, aber ganz wenige. "Tasche" oder "Messer" oder so. Er wußte nicht mehr, was "Geld" bedeutet.

Die Franzosen schien das alles nichts anzugehen. Unter dem lebenden Monument Charles de Gaulle, seit 1958 an der Macht, hatte sich die stabilste politische Ordnung etabliert, die Frankreich in diesem Jahrhundert kannte. Die bitteren inneren Kämpfe um den Algerienkrieg waren vorbei, und niemand hatte offenbar Lust, sich darüber aufzuregen, was die Amerikaner in Vietnam mit dem Chaos anfangen, das sie, die Franzosen, dort zurückgelassen hatten.

Frankreich florierte - auch wenn die rapide Wirtschaftsexpansion starke Spannungen im konservativen gallischen Gesellschaftskörper erzeugte. Die Zahl der Studenten hatte sich innerhalb von zehn Jahren auf 514.000 verdreifacht. Sie überfüllten die muffigen alten und die kahlen neugebauten Hochschulen und rieben sich an den oft als "inhuman" empfundenen Bedingungen.

Trotzdem schienen diese jungen Leute unberührt von der Gärung, die ihre Generationsgenossen in Amerika, in Deutschland, auch in Italien erfaßt hatte - sieht man ab von den paar hundert politisch Passionierten, die nach dem Dutschke-Attentat zur deutschen Botschaft in Paris liefen, um ihren Unmut mit "Sieg Heil-Rufen" kundzutun. Ein Mitarbeiter von "Le Monde" glaubte noch am 15. März so viel Ruhe, ja "ennui" im Heimatland der Revolutionen zu verspüren, daß er seine Leser warnte: "Man hat es schon erlebt, daß Länder sich zu Tode gelangweilt haben."

Doch auf einmal explodierte dieses Frankreich wie ein gesprengtes Hochhaus, das noch Sekunden zuvor solide und verläßlich dagestanden hatte. Auf einmal schien das stabile Stilleben "Fünfte Republik" wie ein stürzendes Gemäuer in einer Staubwolke der Anarchie zu versinken. Denn die Franzosen, Studenten voran, vollbrachten aus dem Stand und zu ihrem eigenen Erstaunen ein neues Meisterwerk der Aufsässigkeit, von dem man in Berlin oder Berkeley nur träumen konnte: Sie entfesselten den größten Volksaufbruch, den es in einer kapitalistischen Demokratie jemals in Friedenszeiten gegeben hat.

Freitag, 3. Mai: Die rechtsradikale Studentengruppe "Occident" hat gedroht, sie werde den roten Wühler Daniel Cohn-Bendit am Schlafittchen zur Grenze schleifen und "der bolschewistischen Agitation in den Fakultäten mit allen Mitteln ein Ende bereiten". Als die linken Studiosi sich zu wehren gelobten, beging der amtierende Rektor der Pariser Sorbonne-Universität eine Leichtfertigkeit, zu der sich seine Vorgänger nicht einmal in den hitzigsten Auseinandersetzungen um Algerien hatten hinreißen lassen: Er rief die Polizei.

Eine reichlich bemessene Streitmacht zernierte (umzingelte) das ehrwürdige Gemäuer der Sorbonne im Quartier Latin und drang in den bislang sakrosankten Innenhof ein - voran die ungeliebte Bereitschaftspolizei zur Aufruhrbekämpfung, "Compagnies Republicaines de Securite" (CRS).

Schon dies (war) ein unerhörter Akt. Doch die CRS nahmen gleich auch noch 200 Anführer und Aktive linker Studentenbünde fest (darunter Daniel Cohn-Bendit), die sich in der Sorbonne zu einer Besprechung getroffen hatten, steckten sie in vergitterte Gefangenenwagen und karrten sie davon. Aufgescheuchte Studenten aber rannten schreiend neben den Häftlingstransportern her durch eine schmale Straße vor zum Boulevard Saint-Michel, brüllten in die Cafes hinein, aus denen die Gäste enragiert (wütend) ins Freie stürzten und zusammen mit den Draußensitzenden die freiheitsraubende CRS-Kolonnie mit Limonadenflaschen, Aschenbechern und Mostrichtöpfen von den Tischen bewarfen.

Im Nu rotteten sich Scharen junger Leute in den Straßen und Gassen um die Sorbonne zusammen, erklangen Sprechchöre: "Gebt unsere Genossen frei! Raus aus der Sorbonne!" Es

gab erste Kampfkontakte mit der Polizei, die den Aufruhr im Keim zu ersticken versuchte - ihn aber dadurch nur schürte. Neue Chöre, dazu gedacht, die Sonderpolizisten bis aufs Blut zu reizen: "CRS-SS! CRS-SS!"

Die Lawine der Tumulte begann zu rollen, und es sah aus, als wollten die Franzosen, obwohl selber überrumpelt, der gebannt zuschauenden Umwelt vorführen, wie man die Revolution macht, mit der die anderen nicht zu Rande kamen. Und so sehr TV-Bilder von den brennenden Gettos in den USA und den Osterwirren in Deutschland die Franzosen auch angeregt haben mochten - Paris erwies sich von neuem als ein unvergleichlich aufruhrgeeignetes Pflaster:

130.000 Studenten lebten 1968 in Paris, zumeist auf dem linken Seine-Ufer, dazu Tausende Gymnasiasten aus den oberen Klassen, von denen viele nicht mehr zu halten waren, als das Getümmel begann. Dazu in Saint-Germain die dichteste Anhäufung von Malern, Theaterleuten, Literaten - von Leuten mithin, die von Berufs wegen mit der banalen Wirklichkeit im Widerstreit liegen, Rebellen gegen die Schranken der Normalität. Dazu die engen Straßen im Quartier Latin, die den Barrikadenbau begünstigen, und der Dschungel der Hinterhöfe mit seinen Schlupfwinkeln und Geheimpassagen.

Am wichtigsten aber war die Tradition der Barrikade, war die einzigartige Geschichte der Revolutionen und Erhebungen, die das französische Volk gemacht hat. Sie verband den selbstbewußten Teil dieses Volks, zumal in Paris, mit den intellektuellen Vorkämpfern gegen die Staatsautorität.

Und diese Tradition vor allem hat den Franzosen (nicht allen freilich, nicht den Gaullisten) ein Gefühl dafür verliehen, daß Aufstände nichts Schreckliches sind wie für die Deutschen, keine historischen Verzweiflungstaten, sondern heroische Volksfeste, kollektive Ekstasen, ein leidenschaftlicherotisches Auftrumpfen der Körper und Seelen: die Erregungen der Revolution als höchstes Erlebnis, Revolution als spektakuläre Selbstdarstellung.

Die Bewohner waren an ihren Fenstern und boten Nahrung und Milch an. Die Atmosphäre war phantastisch. Die Leute schichteten Pflastersteine zu Barrikaden auf, weil sie sich - viele von ihnen zum ersten Mal - ganz in eine gemeinsame, spontane Arbeit stürzen wollten. Die Leute ließen alle ihre verdrängten Gefühle frei und brachten sie in einem festlichen Geist zum Ausdruck. Tausende fühlten das Bedürfnis, miteinander zu kommunizieren, einander zu lieben - Daniel Cohn-Bendit.

Ich erinnere mich, wie ich nach einer euphorischen Nacht des Kampfes mit der Polizei, Autos brannten in den Straßen, bei einer Freundin im Quartier Latin schlief. Meine Klamotten standen nach Tränengas. Beim Aufwachen sah ich ein unbekanntes schnauzbärtiges Gesicht auf mich herunterschauen. Er bot mir Kaffee an, und wir liebten uns - Lily Metreaux, im Mai 68 Lyzeumsschülerin.

Im rigiden Ordnungsstaat de Gaulles hatten sich enorme anarchische Energien aufgestaut. Nun schäumten sie hervor wie bei einem Dammbruch und schossen, vom eigenen Elan berauscht, hinaus über das vordergründige Ziel des Aufstands, die Sorbonne von den CRS zu befreien und arretierte Kommilitonen aus den Gefängnissen zu holen. Die Eruption bäumte sich auf gegen jede Autorität und alle Regeln, die den Lebenshunger junger Menschen behindern.

"Scheiß auf Hierarchie, Autorität und auf diese Gesellschaft mit ihrer kalten rationalen elitären Logik!" So, erinnert sich die Soziologin Nelly Finkielstein, hätten sie und ihre Genossinnen damals gedacht.

"Scheiß auf all die kleinen Chefs und die Mandarine an der Spitze!" Wonach sie sich so heiß wie verschwommen sehnten, drückte der berühmteste Slogan des Pariser Mai aus: "Die Phantasie an die Macht!"

Der Mann an der Macht im Élysée-Palast war verstummt. Konsterniert ließ de Gaulle die Chaos stiftenden Ordnungskräfte gewähren. Sein Premier Georges Pompidou, in Asien unterwegs, eilte herbei und befahl für den 13. Mai den Rückzug der Polizei aus der Sorbonne und

dem Universitätsviertel. Er hoffte, der Aufstand werde, sich selbst überlassen, verpuffen. Doch im Siegesjubiläum ziehen die Rebellen in das geräumte Territorium ein, als seien sie Fidel Castros Guerillakämpfer, die ins befreite Havanna einmarschieren. Unter roten und schwarzen Fahnen besetzen sie die Sorbonne, die umliegenden Institute, das "Odeon-Theater". Das gewonnene Gebiet reicht bis zum Jardin du Luxembourg, der nach den Forderungen einiger Gruppen künftig im Dienst der sexuellen Befreiung stehen und als rund um die Uhr geöffneter Lustgarten fungieren soll. Studenten mit roten Armbinden regeln am Boulevard Saint-Michel den immer autoärmeren Verkehr.

Entgegen Pompidous Kalkül erscheint der Staat besiegt, zumindest besiegt. Und nun ergreift die Pariser Aufrührerstimmung, die der liberale Publizist Raymond Aron für ein "Delirium" hält, auch die Arbeiter in den Fabriken vor der Hauptstadt und bis tief in die Provinz hinein. Streiks und Besetzungen überall: Am 17. Mai enden Bahn- und Flugverkehr, am nächsten Tag ruhen Busse und Metros, dann die Privatautos, weil es kein Benzin mehr gibt.

Wie in einem seltsamen surrealen Film schließen die Postämter eines nach dem anderen, dann die Kaufhäuser, dann die Banken; verschwinden die Wettbüros hinter rasselnden Rolläden; legen sich die Schiffe auf der Seine still ans Ufer. Die Fernsehbilder verlöschen, das Schnatzen der Familienserien aus den offenen Fenstern hört auf.

Es gibt kaum noch Zeitungen, keine Kinovorstellungen, und Fußball spielen nur noch die Streikenden auf dem Gelände besetzter Betriebe. Um den 20. Mai ist die Republik in einem unerklärten Generalstreik für mehrere Tage zum Stillstand gekommen wie noch kein moderner Staat, der mitten im Frieden unter einem strahlenden Frühlingshimmel liegt.

"Die gesegnete Stille jener Tage!" erinnert sich der aus Holland stammende amerikanische Schriftsteller Hans Koning, der die Streikruhe in Paris erlebte. "Die Luft ohne Auspuffgase roch nach Frühling und Kastanienblüten wie seit den Tagen von Maupassant nicht mehr."

Diese "impulsiven, unvorbedachten Arbeitsniederlegungen", meint Koning, seien etwas ganz anderes gewesen als "traditionelle Streiks" - weshalb die meisten Gewerkschaftsführer sich nur widerwillig auf das Wagnis einlassen. Koning sieht den Volksausstand denn auch "motiviert von einer tiefen, aber nur vage begründeten Unzufriedenheit mit dem modernen Leben schlechthin".

Mag sein. Ganz gewiß aber wollen Frankreichs Werktätige dem Staatspräsidenten ihren starken Arm zeigen - welche überzeugendere Kraftprobe könnte es geben, als die ganze Nation knirschend zum Halt zu bringen? Sie wollen dem einsam herrschenden Charles de Gaulle demonstrieren, daß er sie nicht zu Untertanen machen kann. Die meisten erwarten, daß ihre gigantische Trotz- und Verweigerungsgeste den vor aller Welt blamierten Zuchtmeister der Franzosen zum Rücktritt veranlassen wird, getreu der oft gerufenen Forderung: "De Gaulle ins Museum!"

Eine Mehrheit der Linken hofft auch auf den Sturz der autoritären Fünften Republik. Aber wollen die Arbeiter, Arm in Arm mit den Studenten, im Ernst die Macht ergreifen, wie die reichgeschmückte Legende des Mai '68 behauptet? Brauchen sie nur zuzupacken, um dem Staatsapparat die Herrschaft zu entreißen? Sind sie wirklich entschlossen und liegt es in ihren Möglichkeiten, mit Arbeiterräten anstelle der Manager und Beamten die Leitung der Betriebe und Präfekturen zu übernehmen - oder ist das von vornherein utopisch?

Hinterher verbreiten enttäuschte Rebellen die Klage, die Revolution sei überhaupt nur an der Feigheit der Kommunistischen Partei gescheitert, die den Umsturz nicht wagen wollte. Doch dieser sonnenbeschiedene, ungebärdige, verrückte französische Mai '68 hat nichts vom Petrograder Oktober 1917, nichts vom Furor einer aus grimmiger Not geborenen Erhebung, nichts von einer wirklich revolutionären Situation. Denn in dem "befreiten" Universitätsviertel der Hauptstadt wie draußen im stillgelegten Land offenbart der Aufstand sich als ein Spiel mit dem Umsturz und seinen Symbolen; als Schau, Spektakel, Happening; als mitreißendes Revo-

lutionstheater - aber als Theater.

Die fröhlich sich verbrüdernden Menschen zwischen Sorbonne und Jardin du Luxembourg machen keine Anstalten, den Élysée-Palast zu stürmen wie einst die russischen Matrosen das Winterpalais. Sie verwechseln die Besetzung öffentlicher Gebäude mit dem Besitz realer Macht - wie die deutschen Studenten, die, vom Pariser Beispiel befeuert, Ende Mai das Rektorat der Frankfurter Goethe-Universität okkupieren und die Zigarren des Rektors rauchen.

ES IST VERBOTEN ZU VERBIETEN!

ERFINDET DAS LEBEN NEU!

JE MEHR ICH LIEBE MACHE, DESTO MEHR MACHE ICH DIE REVOLUTION!

DIE MENSCHHEIT WIRD ERST GLÜCKLICH, WENN DER LETZTE KAPITALIST AN DEN GEDÄRMEN DES LETZTEN BÜROKRATEN AUFGEHÄNGT IST!

Wie besessen malen Kunststudenten im Universitätsviertel täglich neue Plakate mit Sprüchen, die immer verwegener werden, je mehr die Aussichten der Revolte dahinschwenden. Marathondebatten bei Tag und Nacht: Eine Plethora (Fülle) von fast 400 "Aktionsausschüssen" kreist um die Sorbonne, außerstande, aus dem exaltierten Durcheinander irgendeine Handlungslinie zu entwickeln. Der Ausnahmezustand, der sich selbst genügt, verliert seinen Reiz. Das stagnierende Psychodrama zermürbt. Die Hochgefühle sinken in sich zusammen wie ein mißglücktes Souffle.

"Es konnte nicht dauern. Es war überraschend, daß es überhaupt so lange dauerte", meint Hans Koning im Rückblick. In der letzten Maiwoche haben die Franzosen allenthalben genug von der alternativen Radler- und Spaziergänger-Idylle, in die sie ihr Land verwandelt haben. Pfingsten steht bevor, das Wetter ist herrlich, und ungestüm erfaßt den gallischen Menschen das Verlangen, sich wieder in seine geliebte "bagnole" zu schwingen und die langentbehrte Familienkutsche von Stau zu Stau ins Grüne zu lenken (Jean-Luc Godards Autobarbaren-Film "Weekend" läuft just in diesem Jahr in den Kinos).

Anstelle der abstrakten Worte der Studenten wartet Premier Pompidou jetzt mit konkreten Konzessionen bei den Löhnen auf. Von ihrem General mit Donnerstimme gerufen, strömen nun die Gaullisten zu Hunderttausenden in feiner Schale und mit ihren juwelengeschmückten Frauen über die Champs-Élysées. Doch die Wende bringt der Treibstoff, der gerade rechtzeitig für den Pfingstausflug wieder fließt. Der Schriftsteller Jacques Sternberg in einem satirischen Abgesang auf die Revolte:

Wie die Füße wollüstig das verlorene Gaspedal wiederfanden, die Hände das teure Lenkrad und die Köpfe die Leere des Überlandfahrens - die Straße gehört wieder den Autos, der vornehmsten Errungenschaft des Kretins ... Unser General hat begriffen, daß die nationale Parole seit zehn Jahren lautet: "Ich denke, also fahre ich." Und er entführt unsere geheiligten Automobile den Barrikaden und gibt sie den Autobahnen zurück. Shell mit uns! ...<<

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände erklärte am 11. April 1968 zur Lage der Vertriebenen (x064/61-64): >>... Eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegsstandes wird nicht erwartet werden können. In dem jetzigen Zustand Deutschlands und Europas sehen wir ... keine tragfähige Lösung. ...

Die Voraussetzung ist die Wahrheit. Nur auf dieser Grundlage kann Vertrauen in die Ehrlichkeit und Redlichkeit des Anderen entstehen. Darum sagen wir offen: das Verschleiern ungelöster Probleme und geschichtlicher Gegensätze zwischen den Völkern führt ebenso wenig zu einem dauerhaften Frieden wie ein einziges Diktat.

Wenn wir unsere natürlichen Rechte und die in zeitgemäße Form gebrachte Wahrung unserer geschichtlichen Kontinuität preisgäben, würden wir unglaubwürdig.

Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Wiedergutmachung für das Polen zugefügte Unrecht. Wir achten die Würde und Rechte unserer Nachbarn nicht weniger, als wir die Würde und Rechte unseres Volkes und unserer Volksgruppen geachtet sehen wollen. Aus diesem Grunde erwar-

ten wir auch eine Wiedergutmachung des Unrechts, das unserem Volke widerfahren ist. ...  
Wir kennen und empfinden das Unrecht und unermeßliche Leid, das dem polnischen Volk von einer verbrecherischen deutschen Regierung und den ihr Hörigen zugefügt worden ist. Diese Schuld vieler Einzelner bedarf der Sühne im geordneten Rechtsgang. Für das von einer deutschen Regierung zugefügte Unrecht ist unser Volk zu einer zumutbaren Wiedergutmachung im Rahmen seiner politischen Haftung verpflichtet. Wir lehnen jedoch die Anerkennung einer die personale Verantwortung zerstörende Kollektivschuld als unmoralisch ab.  
Die Grausamkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeiten sind aber weder durch die Legalisierung von Massenvertreibungen zu heilen noch durch irgendwelche ins Leere geworfene Verzichte wiedergutzumachen. Statt die Rechtsidee zu stärken, würden nur jene Elemente ermutigt, die das Recht als Funktion von Gewalt und Erfolg auffassen.  
Ohne die Überwindung des übersteigerten wie auch immer gearteten Nationalismus, der Wurzel des Übels auf beiden Seiten, ist eine dauerhafte Friedensordnung nicht möglich. Gebietsabtretungen sind nach Kriegen immer wieder vorgekommen. Sie hatten jedoch kaum größere Bevölkerungsverschiebungen zur Folge.  
Massenvertreibungen wie im 20. Jahrhundert hat es noch nie gegeben. Sie sind die jüngste Folge des übersteigerten Nationalismus. Da ein barbarisches Faustrecht nicht legalisiert werden darf, muß der Kreis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch eine zumutbare Wiedergutmachung für alle - auch für uns - unterbrochen werden.  
Dabei geht es weder um einseitige noch um übersteigerte Rechtspositionen und schon gar nicht um Rechtsbehauptungen, sondern um unabdingbares natürliches Recht. ...  
Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, lediglich vom Hinnehmen politischer Nachteile zu sprechen, wo es sich um Verletzung von Menschen- und Gruppenrechten handelt. Es zerstört die Rechte der Person, der Familie und der natürlichen Gemeinschaft, wenn aus dem Verlust von Staatsgebieten oder mit einer jahrelangen Besetzung die Hinfälligkeit der angestammten Wohnsitz- und freien Entfaltungsrechte in der Heimat abgeleitet wird. Eben weil die Staaten und Völker zur Durchsetzung des Völkerrechts im Einzelfalle auf sich selbst verwiesen sind, ist es uns auch in Einzelfällen nicht erlaubt, die Grundlagen des Rechts preiszugeben.  
Gerade die Christen dürfen in unserer Zeit die Wirksamkeit des Völkerrechts nicht bagatellisieren. Sie müssen mit friedlichen politischen Mitteln überall und jederzeit auf seine Verwirklichung dringen. Auch die Untaten des Nationalsozialismus können uns von dieser Pflicht weder ausschalten noch freistellen.  
Bei dem Problem der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgebiete handelt es sich nicht allein um eine Annexion, sondern in erster Linie um Fragen der Grund- und Menschenrechte.  
... Der Gang in die Zukunft bedarf neuer Ideen, neuer Formen und der Geduld; der Geduld mit uns und den anderen.  
Die zumutbare Wiedergutmachung des verletzten Rechtes auf Heimat ist grundsätzlich von Grenzregelungen nicht abhängig. Sie führt keineswegs zu neuen Vertreibungen, wenn man nicht vom Leitgedanken des expansiven Nationalstaates ausgeht. Dieser hat in Mittel- und Südeuropa versagt ...  
Jedes Volk versucht in einem Friedensvertrag das zu retten, was vor dem Gemeinwohl aller Völker vertretbar ist. Wir haben eine solide Rechtsposition. Die ostdeutschen Gebiete sind seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsch besiedelt. ...  
Wir bitten unsere östlichen Nachbarn zu prüfen, ob nicht auch in ihrer Geschichte übersteigerte Ziele nationalstaatlicher Ausdehnung zu Enttäuschung und Katastrophen geführt haben.  
Die Vertriebenen haben den Anfang gemacht, den Teufelskreis zu durchbrechen. Sie dachten von Anfang an konstruktiv und handelten demgemäß. ...  
Im Sommer 1950 waren die Lager noch gefüllt, die Arbeitslosigkeit war groß, die berufliche Eingliederung hatte noch nicht begonnen, und die Fürsorgestellen leisteten die einzige prakti-

sche Hilfe. Trotz dieser hoffnungslosen Lage haben die deutschen Vertriebenen in der Charta von Stuttgart Rache und Vergeltung abgelehnt und sich zu einem Europa bekannt, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ...<<

Enoch Powell (1912-1998, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, britischer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister) kritisierte am 20. April 1968 in seiner Birminghamer Rede die britische Anwerbung von afro-karibischen und asiatischen Einwanderern aus den Commonwealth-Staaten.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 18. November 2005) über die Rede des britischen Konservativen Enoch Powell vom 20. April 1968: >>**Rivers of Blood**

Seine Warnung wurde überhört: Dokumentation der Rede des britischen Konservativen Enoch Powell am 20. April 1968

Adam hat nach den Londoner Bombenanschlägen islamistischer Fanatiker im Juli dieses Jahres in der Welt an ihn erinnert, Lorenz Jäger ihn vergangene Woche vor dem Hintergrund der gewalttätigen Unruhen in Frankreich in der FAZ zitiert. Was der 1912 in Birmingham geborene und aufgewachsene Enoch Powell, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, konservativer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister, in seiner ebenso berühmten wie berühmtesten Rede am 20. April 1968 zur Anwerbung vornehmlich afro-karibischer und asiatischer Einwanderer aus Commonwealth-Staaten jedoch wirklich gesagt hat, erfährt der deutsche Leser nicht.

Das Beschweigen hat Methode. Nach der "Brandrede" (taz) wurde Powell verfemt und geächtet. Zusehends geriet er in die politische Isolierung, die sich durch seine leidenschaftliche Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG noch verstärkte. 1974 trat er aus der Konservativen Partei aus und schloß sich der radikalen nordirischen Ulster Unionist Party an. 1998 starb er im Alter von 85 Jahren in London (JF 9/98).

Die JUNGE FREIHEIT, die auch die Übersetzung aus dem Englischen besorgt hat, dokumentiert den Wortlaut seiner Rede hier vollständig:

Die höchste Funktion der Staatskunst besteht darin, vermeidbaren Übeln vorzubeugen. Bei diesem Versuch stößt sie auf Hindernisse, die tief in der menschlichen Natur wurzeln. Zum einen liegt es in der Ordnung der Dinge, daß solche Übel nicht nachweisbar sind, bevor sie zutage getreten sind:

In jedem Stadium ihrer Entwicklung bleibt Spielraum für Zweifel und für Streit darum, ob sie echt seien oder eingebildet. Gleichzeitig erregen sie wenig Aufmerksamkeit im Vergleich zu gegenwärtigen Problemen, die sowohl unbestreitbar als auch dringlich sind: daher die ständige Versuchung in der Politik, sich auf Kosten der Zukunft mit der unmittelbaren Gegenwart zu befassen. Vor allem neigen die Menschen zu der Fehlauffassung, wer Ärger vorhersieht, verursache oder ersehne ihn sogar. "Wenn die Leute nur nicht darüber reden würden", denken sie gerne, "dann würde es wahrscheinlich nicht passieren."

Vielleicht ist diese Gewohnheit auf den primitiven Glauben zurückzuführen, das Wort und das Ding, der Name und der Gegenstand seien identisch. Wie auch immer, die Auseinandersetzung mit zukünftigen schwerwiegenden, aber durch sofortiges Handeln noch abwendbaren Übeln ist die unpopulärste und zugleich notwendigste Aufgabe des Politikers. Diejenigen, die sich offenen Auges vor ihr drücken, verdienen die Flüche derer, die nach ihnen kommen - und oft genug werden sie ihnen auch zuteil.

Vor ein oder zwei Wochen kam ich mit jemandem aus meinem Wahlkreis ins Gespräch, einem ganz normalen Arbeiter in mittleren Jahren, der in einer unserer verstaatlichten Industrien beschäftigt ist. Nach ein, zwei Sätzen über das Wetter sagte er plötzlich: "Wenn ich das Geld hätte, wegzuziehen, würde ich nicht in diesem Land bleiben."

Ich machte irgendeine abfällige Bemerkung von wegen, auch diese Regierung werde nicht ewig an der Macht bleiben; aber er nahm keine Notiz davon und fuhr fort: "Ich habe drei Kin-

der, alle haben das Gymnasium hinter sich, und zwei sind jetzt verheiratet mit eigener Familie. Ich werde erst zufrieden sein, wenn ich dafür gesorgt habe, daß sie sich alle in Übersee niederlassen. Hierzulande wird in 15 bis 20 Jahren der schwarze Mann die Peitsche über den weißen schwingen."

### **Warnung vor Zuzug von Millionen Einwanderern**

Ich höre schon den Chor der Abscheu. Wie kann ich es wagen, so etwas Schreckliches auszusprechen? Wie kann ich es wagen, Unruhe zu stiften und die Gemüter zu erhitzen, indem ich ein solches Gespräch wiedergebe? Die Antwort ist, daß ich nicht das Recht habe, es nicht zu tun. Ein anständiger, normaler Landsmann sagt am hellichten Tag in meiner eigenen Stadt zu mir, seinem Unterhausabgeordneten, daß sein Land seinen Kindern keine lebenswerte Existenz mehr bieten kann. Ich habe einfach nicht das Recht, die Achseln zu zucken und an etwas anderes zu denken.

Tausende und Hunderttausende sagen und denken dasselbe wie er, vielleicht nicht überall in Großbritannien, aber doch in jenen Gebieten, in denen bereits die völlige Verwandlung begonnen hat, die in tausend Jahren englischer Geschichte keine Parallele hat. Hält der derzeitige Trend an, werden sich in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben. Diese Zahl ist nicht von mir. Es ist die offizielle Zahl, die der Sprecher des Registrar General (obersten Verwaltungsbeamten) dem Parlament bekanntgab.

Für das Jahr 2000 gibt es keine vergleichbare offizielle Zahl, doch muß sie bei fünf bis sieben Millionen liegen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast so hoch wie die des Londoner Großraums. Natürlich werden sie sich nicht gleichmäßig zwischen Margate und Aberystwyth und zwischen Penzance und Aberdeen verteilen. Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.

Im Laufe der Zeit wird der Anteil der Nachfahren von Einwanderern an dieser Gesamtzahl, der in England Geborenen, die auf genau demselben Weg hier herkamen wie wir übrigen, rapide ansteigen. Bereits 1985 würden die hier Geborenen eine Mehrheit bilden. Dieser Umstand ist es, der ein sofortiges Eingreifen dringend notwendig werden läßt, und zwar ein Eingreifen jener Art, die für Politiker am schwierigsten durchzuführen ist, wo nämlich die Schwierigkeiten in der Gegenwart bestehen, während die Übel, die es zu verhindern oder zu minimieren gilt, mehrere Parlamentsperioden in der Zukunft liegen.

Die natürliche und vernünftige Frage einer Nation, der derartige Aussichten bevorstehen, lautet: "Wie läßt sich ihr Ausmaß reduzieren?" Kann begrenzt werden, was zugegebenermaßen nicht vollkommen zu vermeiden ist, wenn man bedenkt, daß Zahlen von äußerster Wichtigkeit sind: Die Bedeutung und die Folgen der Einführung eines fremden Elements in ein Land oder eine Bevölkerung unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, ob dieses Element ein Prozent oder zehn Prozent ausmacht.

Die Antworten auf diese simple, vernünftige Frage sind ebenso simpel und vernünftig: indem man weiteren Zufluß stoppt oder so gut wie stoppt und einen maximalen Abfluß fördert. Beide Antworten sind Teil der offiziellen Politik der Konservativen Partei.

Es ist kaum zu glauben, daß derzeit jede Woche allein in Wolverhampton zwanzig bis dreißig zusätzliche Einwandererkinder aus Übersee eintreffen - und das bedeutet 15 bis 20 zusätzliche Familien in ein oder zwei Jahrzehnten.

Die die Götter zerstören wollen, die treiben sie erst in den Wahnsinn. Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, um den jährlichen Zufluß von um die 50.000 Angehörigen zuzulassen, die größtenteils die Basis für das zukünftige Wachstum der von Einwanderern abstammenden Bevölkerung bilden. Es ist, als schaue man einer Nation dabei zu, wie sie eifrig ihren eigenen Scheiterhaufen aufbaut.

Wir sind so geisteskrank, daß wir unverheirateten Menschen tatsächlich erlauben, einzuwan-

dern, um mit Ehegatten oder Verlobten, die sie nie gesehen haben, eine Familie zu gründen. Es solle niemand annehmen, daß der Zuzug von Abhängigen automatisch abnehmen wird. Im Gegenteil, selbst die derzeitige Einlaßquote von nur 5.000 pro Jahr reicht aus für weitere 25.000 pro Jahr ad infinitum, ohne das riesige Reservoir bereits existierender Beziehungen in diesem Land mitzuzählen - die Einreise auf betrügerischem Weg berücksichtige ich überhaupt nicht.

Unter diesen Umständen bleibt nur, den Gesamtzufluß zur dauerhaften Niederlassung auf der Stelle auf geringfügige Proportionen zu reduzieren und die notwendigen legislativen und administrativen Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.

Ich komme zur Rückwanderung. Wenn die gesamte Einwanderung morgen endete, würde die Wachstumsrate der Einwanderer- und von Einwanderern abstammenden Bevölkerung erheblich verringert, doch das grundsätzliche Wesen der nationalen Gefahr bliebe aufgrund der in Zukunft zu erwartenden Größe dieses Bevölkerungselementes bestehen.

Dies kann nur in Angriff genommen werden, solange Menschen, die innerhalb etwa der letzten zehn Jahre einreisten, einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um so dringlicher ist es, jetzt das zweite Element der konservativen Politik umzusetzen: die Ermunterung zur Rückwanderung. Niemand kann abschätzen, wie viele sich mit großzügiger Unterstützung entweder für eine Rückkehr zu ihren Ursprungsländern entscheiden oder aber in andere Länder gehen würden, wo ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten benötigt werden.

Niemand weiß es, weil bislang kein Versuch einer solchen Politik gemacht wurde. Ich kann nur sagen, daß sogar im Augenblick ab und zu Einwanderer aus meinem eigenen Wahlkreis zu mir kommen und mich bitten, ihnen Unterstützung bei der Heimkehr zu leisten. Würde eine solche Politik eingeführt und mit der Entschlossenheit durchgesetzt, die die drohende Alternative rechtfertigt, könnte der daraus resultierende Abfluß die Zukunftsaussichten spürbar ändern.

Das dritte Element der Politik der Konservativen Partei ist, daß alle, die als Staatsbürger in diesem Land leben, vor dem Gesetz gleich sein müssen und es zwischen ihnen keine Diskriminierung oder Differenzierung durch staatliche Behörden geben darf. Wie Edward Heath gesagt hat, wird es keine "Staatsbürger erster Klasse" und "Staatsbürger zweiter Klasse" geben.

Das bedeutet nicht, daß der Einwanderer oder seine Nachkommen in eine privilegierte oder besondere Klasse erhoben wird oder daß dem Bürger sein Recht verwehrt wird, in der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zwischen dem einen und dem anderen Mitbürger zu diskriminieren oder daß ihm Zwang angetan werden soll bezüglich seiner Gründe und Motive, dem Gesetz auf die eine statt auf die andere Art Folge zu leisten.

Größer ließen sich die Realitäten nicht mißverstehen, als es diejenigen tun, die lautstark Gesetze "gegen Diskriminierung" fordern, wie sie es nennen, seien sie Leitartikler desselben Typs und manchmal derselben Zeitungen, die in den 1930ern dieses Land jahrelang blind zu machen versuchten für die wachsende Gefahr, die ihm drohte, oder Erzbischöfe, die in Palästen leben, und mit der Bettdecke über den Kopf gezogen fein gedeihen. Sie haben völlig und diametral unrecht.

Die Diskriminierung und Benachteiligung, das Gefühl von Sorge und Ärger herrscht nicht bei der Einwandererbevolkerung, sondern bei denen, in deren Mitte sie gekommen sind und immer noch kommen. Mit der Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt riskiert das Parlament daher, ein Zündholz ans Schießpulver zu legen. Das freundlichste, was sich über diejenigen sagen läßt, die dies vorschlagen und unterstützen, ist, daß sie nicht wissen, was sie tun.

**Sofort sämtliche Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährt**

Nichts ist irreführender als der Vergleich zwischen dem Commonwealth-Einwanderer und

dem amerikanischen Neger. Die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten, die bereits vor der Nationwerdung der Vereinigten Staaten existierte, begann im wahrsten Sinne des Wortes als Sklaven, um später das Wahl- und andere Bürgerrechte zu erhalten, deren Ausübung sie nur langsam und bis heute nicht vollständig erreicht haben.

Der Commonwealth-Einwanderer kam im Besitz der vollen Staatsbürgerschaft nach Großbritannien, in ein Land, das keine Diskriminierung zwischen dem einen und dem anderen Bürger kannte, und ihm wurden sofort sämtliche Rechte jedes Staatsbürgers gewährt, vom Stimmrecht bis zur freien medizinischen Behandlung durch den National Health Service.

Etwaige Nachteile, die dem Einwanderer entstanden, ergaben sich nicht aus dem Gesetz oder aus der Politik des Staats oder aus den Verwaltungsmaßnahmen, sondern aus jenen persönlichen Umständen und Zufällen, die bewirken und immer bewirken werden, daß sich Schicksal und Erfahrung eines Menschen von denen eines anderen unterscheiden.

Während jedoch für den Einwanderer die Aufnahme in dieses Land die Zulassung zu heißersehnten Privilegien und Möglichkeiten bedeutete, war die Wirkung auf die bestehende Bevölkerung eine ganz andere. Aus Gründen, die sie nicht verstehen konnten, und infolge einer Versäumnisentscheidung, zu der sie nie befragt worden waren, fanden sie sich als Fremde in ihrem eigenen Land wieder.

Sie stellten fest, daß für ihre Frauen keine Wochenbetten, für ihre Kinder keine Plätze in der Schule frei waren, ihre Häuser und Nachbarschaften sich bis zur Unkenntlichkeit veränderten, ihre Zukunftspläne und -aussichten zunichte gemacht wurden; auf der Arbeit stellten sie fest, daß Arbeitgeber zögerten, an den Einwanderer dieselben Maßstäbe der Disziplin und Tüchtigkeit anzulegen, die von dem einheimischen Arbeiter erwartet wurden; mit der Zeit begannen sie immer mehr Stimmen zu hören, die ihnen sagten, sie seien nun die Unerwünschten.

Jetzt erfahren sie, daß ein einseitiges Privileg vom Parlament verabschiedet werden soll; ein Gesetz, das weder dazu dient noch dazu gedacht ist, sie zu schützen oder ihnen Recht zu verschaffen, soll beschlossen werden, um dem Fremden, dem Unzufriedenen und dem Agent provocateur die Macht zu geben, sie für ihre privaten Handlungen an den Pranger zu stellen.

In den Hunderten und Aberhunderten von Briefen, die ich erhielt, als ich mich vor zwei, drei Monaten zuletzt zu diesem Thema äußerte, stach ein Merkmal hervor, das weitgehend neu war und das mich Böses ahnen läßt.

Alle Abgeordneten sind den typischen anonymen Briefschreiber gewöhnt; was mich jedoch überraschte und alarmierte, war der hohe Anteil einfacher, anständiger, vernunftbegabte Menschen, die vernünftige und oft hochgebildete Briefe schrieben und glaubten, ihre Adresse weglassen zu müssen, weil sie es für gefährlich hielten, sich in schriftlicher Form an einen Parlamentsabgeordneten gewandt und Zustimmung zu den Ansichten bekundet zu haben, die ich geäußert hatte, und Strafen oder Sanktionen fürchteten, falls bekannt würde, daß sie dies getan hätten.

Das Gefühl, eine verfolgte Minderheit zu sein, das unter den einfachen Engländern in den betroffenen Teilen des Landes wächst, können jene, die es nicht aus eigener Erfahrung kennen, sich kaum vorstellen. Ich werde nur einen dieser Hunderten von Menschen für mich sprechen lassen:

"Vor acht Jahren wurde in einer Straße in Wolverhampton, die als gute Wohngegend galt, ein Haus an einen Neger verkauft. Nun lebt dort nur noch eine einzige Weiße (eine Rentnerin). Dies ist ihre Geschichte. Sie verlor ihren Mann und ihre beiden Söhne im Krieg. So wandelte sie ihr Haus mit sieben Zimmern, ihr einziges Besitztum, in eine Pension um. Sie arbeitete hart und verdiente gut, zahlte ihre Hypothek ab und begann fürs Alter zu sparen. Dann zogen die Einwanderer ein. Mit wachsender Furcht sah sie zu, wie ein Haus nach dem anderen übernommen wurde. Aus der ruhigen Straße wurde ein Ort des Lärms und Chaos. Bedauerlicherweise zogen ihre weißen Mieter aus.

Am Tag, nachdem der letzte gegangen war, wurde sie um sieben Uhr morgens von zwei Negern geweckt, die ihr Telefon benutzen wollten, um ihren Arbeitgeber anzurufen. Als sie sich weigerte, wie sie es bei jedem Fremden zu solch früher Stunde getan hätte, wurde sie beschimpft und fürchtete, sie wäre angegriffen worden, hätte sie keine Kette an der Tür gehabt. Einwandererfamilien haben versucht, Zimmer in ihrem Haus zu mieten, aber sie weigerte sich immer. Ihr kleiner Geldvorrat war aufgebraucht, und wenn sie die anfallenden Nebenkosten bezahlt hat, bleiben ihr weniger als zwei Pfund pro Woche.

Sie bemühte sich um einen Rabatt und bekam einen Termin bei einem jungen Mädchen, das vorschlug, sie sollte doch einen Teil ihres Hauses vermieten. Als sie sagte, sie könne nur Neger bekommen, sagte das Mädchen: 'Mit rassistischen Vorurteilen werden Sie in diesem Land nicht weit kommen.' Also ging sie nach Hause.

Das Telefon ist ihre Rettungsleine. Ihre Familie zahlt die Rechnung und unterstützt sie, so gut sie kann. Einwanderer haben angeboten, ihr Haus zu kaufen - zu einem Preis, den der zukünftige Vermieter innerhalb von Wochen oder höchstens ein paar Monaten von seinen Mietern zurückbekommen würde.

Langsam bekommt sie Angst, das Haus zu verlassen. Fensterscheiben sind zerbrochen. Sie findet durch ihren Briefkastenschlitz geschobene Fäkalien. Wenn sie einkaufen geht, laufen ihr Kinder hinterher ... Sie sprechen kein Englisch, aber ein Wort kennen sie. "Rassistin", skandieren sie. Wenn das neue Gesetz zu den Rassenbeziehungen verabschiedet wird, ist diese Frau überzeugt, daß sie ins Gefängnis kommt. Und hat sie so unrecht? Ich bin mir nicht mehr sicher."

Die andere gefährliche Wahnvorstellung, an der diejenigen leiden, die mutwillig oder sonstwie blind gegenüber den Realitäten sind, läßt sich in dem Wort "Integration" zusammenfassen. Sich in eine Bevölkerung zu integrieren, heißt, praktisch ununterscheidbar von ihren übrigen Mitgliedern zu werden.

Nun ist, wo eindeutige körperliche Unterschiede, besonders in der Hautfarbe bestehen, Integration immer schwierig, wenn auch auf Dauer nicht unmöglich. Unter den Commonwealth-Einwanderern, die in den letzten fünfzehn Jahren gekommen sind, um hier zu leben, sind viele Tausende, die den Wunsch und die Absicht haben, integriert zu werden, und deren Gedanken und Bestrebungen stets in diese Richtung gehen. Sich jedoch einzubilden, eine große und wachsende Mehrheit von Einwanderern und ihren Nachkommen habe dergleichen im Sinn, ist ein absurder Irrglaube, und ein gefährlicher dazu.

Wir stehen hier vor einem Wandel. Bislang hat die Kraft der Umstände und der Herkunft den bloßen Gedanken an Integration für die Mehrheit der Einwanderer unzugänglich gemacht - daß sie niemals an etwas Derartiges gedacht oder es beabsichtigt haben, und daß ihre Anzahl und physische Konzentration bedeutete, daß der Integrationsdruck, dem normalerweise jede kleine Minderheit unterliegt, nicht funktionierte.

Nun erleben wir die Zunahme von Kräften, die der Integration aktiv entgegenwirken, von Eigeninteressen an Erhalt und Verschärfung rassistischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel der Ausübung richtiggehender Dominanz, zunächst über andere Einwanderer und dann über den Rest der Bevölkerung. Die Wolke, die nicht größer ist als die Hand eines Mannes und den Himmel doch so schnell überziehen kann, ist jüngst in Wolverhampton zu sehen gewesen, und die Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sich rasch ausbreiten wird.

### **Anerkennung für den Mut, es gesagt zu haben**

Die Sätze, die ich gleich sprechen werde, die am 17. Februar wortwörtlich so in der Lokalpresse gedruckt wurden, stammen nicht von mir, sondern von einem Labour-Abgeordneten, der in der derzeitigen Regierung ein Ministeramt bekleidet: "Die Kampagne der Sikh-Gemeinschaft, Bräuche beizubehalten, die in Großbritannien unangemessen sind, muß sehr bedauert werden. Wenn sie in Großbritannien arbeiten, vor allem im öffentlichen Sektor, soll-

ten sie bereit sein, die Bedingungen ihres Arbeitsvertrages zu akzeptieren.

Als Gemeinschaft Sonderrechte (oder sollten sie sagen -riten?) zu fordern, führt zu einer gefährlichen Fragmentierung der Gesellschaft. Diese ethnische Abgrenzung ist ein Krebsgeschwür; von welcher Hautfarbe sie auch praktiziert wird, ist sie vehement zu verurteilen." John Stonehouse gebührt alle Anerkennung für die Einsicht, dies wahrgenommen zu haben, und den Mut, es gesagt zu haben.

Für diese gefährlichen und spalterischen Elemente bietet der Gesetzentwurf zu den Rassenbeziehungen (Race Relations Bill) genau den Nährboden, den sie zum Gedeihen brauchen. Hier ist das Mittel, um zu zeigen, daß die Einwanderergemeinschaften ihre Mitglieder organisieren und konsolidieren, gegen ihre Mitbürger agitieren und sich engagieren und den Rest mit den Waffen des Gesetzes überwältigen und dominieren können, die die Unwissenden und schlecht Informierten bereitgestellt haben.

Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluß Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen. Jenes tragische und ausweglose Phänomen, das wir mit Schrecken auf der anderen Seite des Atlantik beobachten, das aber dort mit der Geschichte und Existenz der Vereinigten Staaten selbst verwoben ist, kommt hier durch unseren eigenen Willen und unsere eigene Achtlosigkeit über uns.

Tatsächlich ist es beinahe schon soweit. Zahlenmäßig wird es lange vor dem Ende des Jahrhunderts amerikanische Proportionen haben. Einzig entschlossenes und sofortiges Handeln wird es auch jetzt noch abwenden. Ob es den öffentlichen Willen geben wird, dieses Handeln zu verlangen und durchzuführen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der große Verrat darin bestünde, zu sehen und nicht zu sprechen.<<

Robert Francis Kennedy (1925-1968, von 1960-64 US-Justizminister, danach Senator der USA, 1968 aussichtsreicher demokratischer Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur) wurde am 5. Juni 1968 nach einem Wahlsieg über McCarthy durch den Jordanier Sirhan Bishara Sirhan in Los Angeles niedergeschossen.

US-Senator Robert (Bob) Kennedy erlag etwa 2 Stunden nach dem Attentat seinen Verletzungen.

Der deutsche Dokumentarfilmer Yoash Tatarski schrieb später über das Attentat auf Robert F. Kennedy (x171/97-99): >>... "Kennedy, du verdammter Hurensohn ...", ruft Sirhan Sirhan und schießt sein ganzes Magazin leer, acht Schüsse insgesamt. Er stand neben einem eisernen Gartisch und nach Ansicht aller Augenzeugen etwa ein bis eineinhalb Meter vor Kennedy.

Es war 0.14 Uhr morgens, am 5. Juni 1968, als drei Schüsse den demokratischen Sieger der Vorwahlen von Kalifornien schwer verletzt niederstreckten. Ein vierter Schuß durchschlug seine Schulterpolster, ohne ihn zu verletzen.

Scott Enyart, der Wahlhelfer und Reporter für die Schülerzeitung, war direkt hinter Kennedy und fotografierte ihn. Mit einem Mal verschwand er aus seinem Sucher. Paul Schrade, am Kopf getroffen, fällt auf Enyart. Vier weitere Menschen wurden angeschossen.

Juan Romero kniete nieder und hielt Bobbys Kopf in der Hand. Als er hoch blickte, sah er "nur Füße, rückwärts gehen". Die Leute bildeten einen Kreis und Romero hörte: "Oh Gott, nicht schon wieder!"

Zu dieser Zeit drängten sich rund 80 Menschen in dem schmalen Küchengang, der knapp 25 Quadratmeter durchmaß. Ethel Kennedy hatte es nicht in den Raum geschafft. Von der Menge getrennt, suchte Roosevelt Grier sie zu schützen.

Als er die Schüsse hörte, bahnte sich der Zweimeterriese seinen Weg durch die schreiende Menge und warf sich auf Sirhan. Zwar hatte der deutsche Protokoll-Chef Karl Uecker ihn bereits nach dem zweiten Schuß in den Schwitzkasten genommen und Sirhans Hand auf den Gartisch gedrückt. Nun hielten mehr Kennedy-Begleiter seinen Arm auf dem Tisch fest. Doch Sirhan gelang es auch aus dieser Position, die restlichen 6 Kugeln in den Raum zu feuern.

Schließlich schaffte es Grier gemeinsam mit Rafer Johnson, Sirhan den Revolver zu entreißen. Und er sorgte dafür, daß der Attentäter nicht von den Umstehenden totgeschlagen wurde.

...

Ethel folgte Roosevelt Grier und bahnte sich ihren Weg zu ihrem Mann, der am Boden lag. Juan Romero hielt noch immer Kennedys Kopf in den Händen. ... Ethel beugte sich zu Robert und versuchte ihn zu beruhigen: "Alles wird gut, Bobby."

Nach Aussagen vieler Augenzeugen war Kennedy noch bei Bewußtsein. Romero hörte ihn flüstern: "Sind alle okay?", und: "Ist Paul okay?".

Kennedy muß noch gesehen haben, daß Paul Schrade getroffen zu Boden fiel. Er lag am Kopf blutend, gut einen Meter hinter Kennedy.

Ethel flehte die Umstehenden an, Platz zu machen, den Verletzten in der drückenden Hitze etwas Luft zu verschaffen. Zu seiner Frau flüsterte Robert Kennedy: "Oh Ethel, Ethel ..."

... Schließlich trafen zwei Ärzte ein und versuchten, erste Hilfe zu leisten. Kennedy atmete noch. Zwei Sanitäter waren 13 Minuten später am Ort. Sie schafften es kaum, Kennedy durch die Menschenmenge in den Unfallwagen zu transportieren. ...

Robert Francis Kennedy stirbt nach Auskunft der Ärzte um 01.44 Uhr, am 6. Juni 1968. Die tödliche Kugel war hinter seinem rechten Ohr in den Schädel gedrungen, in drei Fragmente zersplittert und steckengeblieben.

Der Schuß kam von hinten, gefeuert von unten nach oben. Aus einem Revolver, fast aufgesetzt an seinem Kopf.

Sirhan Bishara Sirhan wird am Tatort verhaftet, seine Wohnung sofort durchsucht. Die Polizei findet seine mit Hand geschriebenen Tagebücher, und in einer Schublade einen Umschlag mit den von derselben Hand geschriebenen Worten: "RFK muß vernichtet werden wie sein Bruder ... reaktionär." ...<<

Der spätere Staatspräsident Leonid Breschnew warnte am 15. Juli 1968 die Staaten des Warschauer Paktes in den sog. "Breschnew-Doktrin" (x058/413): >>... Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören.

Das sind nicht mehr nur ihre Angelegenheiten. ... Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben. ...

Die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft haben sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historische Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit unserer Völker in Gefahr geraten.

Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert ...<<

Truppen des Warschauer Paktes marschierten am 20. August 1968 in Prag ein. Der sog. "Prager Frühling" wurde danach gewaltsam beendet.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1968) berichtete am 2. September 1968 über die deutschen "Spätaussiedler": >>**Ins Vaterhaus**

Und seien es kahle Felsen oder öde Inseln, du Wirst dieses Land ewig lieben.

Wandspruch im Grenzdurchgangslager Friedland.

Mit einem "bißchen Wäsche und so" in zwei Koffern und drei Kisten kam der Zimmermann Erich Gunia, 35, Anfang August aus dem ostpreußischen Allenstein in die Bundesrepublik.

Seinen ersten Ausreiseantrag den er viermal erneuern mußte, bis er endlich genehmigt wurde, hatte er bei den polnischen Behörden schon 1962 gestellt. Sein Antrieb: "Alle fahren raus, also fahre ich auch, na, was willstest."

Aus Beuthen in Oberschlesien traf am selben Tag das Ehepaar Folkmann mit zwei halbwüch-sigen Töchtern im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen ein, um wieder unter Deut-schen zu leben -- zunächst "in einer Notwohnung in Aachen".

Bis auf Bettzeug und Bekleidung haben sie ihre Habe in der kalten Heimat zurückgelassen, und sie wollen noch einmal ganz von vorn anfangen. Automechaniker Werner Folkmann. 44: "Nu, wissen Se, vor dem Arbeiten habe ich keine Angst, nicht wahr, wenn's weiter nix ist."

Und aus Nowosibirsk machte sich Ferdinand Nuss, 74, auf den Weg, kaufte sich für 51 Rubel und 84 Kopeken eine Fahrkarte und traf, drei alte Hosen und drei verschlissene Hemden im Handgepäck, nach vier Tagen und vier Nächten in Friedland ein. Nuss, bei Odessa geboren, einst Landarbeiter, deutscher Landeschütze, Holzfäller, Pferdewärter und Verbannter in ei-nem sibirischen Arbeitslager, blickt voller Optimismus in die Zukunft: "Zehnmal haben sie mir schon die Haare ausgerissen gehabt, und sie sind immer wieder gewachsen."

23 Jahre nach dem Ende des Krieges ist die Völkerwanderung, die er ausgelöst hat, noch im-mer nicht abgeschlossen. Allein im Juli dieses Jahres trafen im Lager Friedland und in der Durchgangsstelle Nürnberg 2.003 deutsche Staatsangehörige oder -- so das Bundesvertriebe-nengesetz -- deutsche Volkszugehörige ein, die "nach Abschluß der allgemeinen Vertrei-bungsmaßnahmen" außerhalb der neuen deutschen Grenzen seßhaft geblieben waren.

Sie kamen aus der CSSR (1.214), aus ehemals deutschen, heute polnischen Gebieten (490), aus Jugoslawien (108), Polen (66), Rumänien (46), der Sowjet-Union (40), Ungarn (24), aus Asien und Übersee (9) und auch aus dem westlichen Ausland (6).

Sie reisen zweiter Klasse im Fernschnellzug an. Sie brauchen keine Grenze schwarz zu über-queren, sondern sind mit allen nötigen Papieren ausgestattet. Sie werden nicht vertrieben, sondern kommen höchst freiwillig. Und sie können mitnehmen, was immer sie wünschen.

Bislang drei Familien verluden in Ostpreußen komplette Fertighäuser fabrikneu auf Eisen-bahnwaggons, (durften sie dann aber nicht aufstellen, weil sie den Vorschriften der westdeut-schen Baupolizei nicht entsprachen).

Zahlreiche Aussiedler kommen mit Pferden, Kühen, Schweinen oder Hühnern, die sie zumeist in Friedland schlachten lassen, um dafür Bargeld zu erhalten.

Ein Ostpreuße brachte sein Motorrad mit, das er jedoch in der Gepäckhalle des Bahnhofs Friedland stehenließ, nachdem er eingesehen hatte, daß es wohl nicht in die bundesdeutsche Straßenlandschaft passen würde. Die Mehrheit beschränkt sich auf die Mitnahme von Hausrat in Kisten, wobei -- wie die Friedländer Lagerzeitung feststellte -- die Kosten meist höher sind als der Wert des Inhalts. Mitgeführtes Mobiliar ist sogar "zum Teil nur Brennholz", so Ober-regierungsrat Wilhelm Kampf, zuständiger Referent im niedersächsischen Vertriebenenmini-sterium.

Immerhin: Die Zeit der großen Not ist vorüber. Als das Lager Friedland am 26. September 1945 von den Engländern zur "Erfassung" von Vertriebenen, Flüchtlingen, Evakuierten und Heimkehrern eingerichtet wurde, nächtigten die Insassen auf Heidekraut, das im Kuhstall des Friedländer Versuchsguts der Universität Göttingen aufgeschichtet worden war, und sie wur-den mit einer Scheibe Brot nebst Ersatzmarmelade beköstigt. Von der nahen Zonengrenze karrten Handwagenvermieter Gepäck, Kinder, Greise, Kranke, Amputierte und Tote heran.

Weil die Unterkünfte nicht ausreichten, kampierten auch im strengen Winter 1945/46 Nacht für Nacht bis zu 30.000 Menschen im Freien. Wer irgend transportfähig war, wurde in unbe-heizten Güterwagen weiter ins Landesinnere verbracht. Mitunter ließ der britische Komman-dant das Gepäck aus den Waggons auf den Bahnsteig werfen, um noch mehr Menschen in den Zug zu pferchen. 128 Tote mußten in Friedland begraben werden. Todesursachen: Herz-schwäche, schwerer Erschöpfungszustand, Unterernährung, Schädelbruch durch Sturz vom an-fahrenden Zug.

Insgesamt 951.884 Ostflüchtlinge passierten das Lager Friedland, davon knapp 840.000 in den

beiden Jahren 1945 und 1946. Aus Kriegsgefangenschaft kehrten 566.422 deutsche Soldaten über Friedland heim ins Vaterland. An Aussiedlern, die in Friedland mit Rücksicht auf polnische Empfindsamkeit Übersiedler genannt werden, wurden bis Ende letzter Woche 440.790 im Lager registriert.

Die Übersiedlung von Deutschen aus dem Osten begann 1950 aufgrund von Rot-Kreuz-Abmachungen über die sogenannte freiwillige Familienzusammenführung. Der letzte geschlossene Transport erreichte Friedland am 17. Februar 1959. Seither treffen die Aussiedler als Einzelreisende ein, darunter auch "rückgeführte" Deutsche aus Rußland, die aufgrund eines im April 1958 geschlossenen zwischenstaatlichen Abkommens eine Ausreisegenehmigung erhielten, und Volksgenossen, die nach der Vertreibung ihr Glück in anderen Welten suchten und dabei scheiterten -- laut Vertriebenenministerium in Hannover "die Ärmsten der Armen."

Arm dran sind nicht selten auch die Deutschpolen, die sich einem zermürbenden Papierkrieg aussetzen müssen, sobald sie sich entschlossen haben, in die Bundesrepublik überzuwechseln. Die Prozedur beginnt mit einem Einladungsschreiben westdeutscher Verwandter. Text etwa: "Lieber Fritz, ich lade Dich ein, für immer zu mir in die Bundesrepublik zu kommen. Wohnung und Lebensunterhalt sind gesichert."

Der Brief, dessen Unterschrift amtlich beglaubigt werden muß, geht zunächst an die polnische Militärmission in West-Berlin, die das Papier mit einem Sichtvermerk gegen 30 Mark Nachnahme zurückschickt. Erst dann kann das Schreiben den Angehörigen in Polen zugesandt werden, die es übersetzen lassen müssen, bevor sie damit ihren Ausreiseantrag bei der zuständigen Woiwodschaft stellen.

Außerdem müssen sie nachweisen, daß Devisen für die Fahrt ab polnischer Grenze (etwa 68 Mark) an die Nationalbank überwiesen worden sind, und die Freistellung des Arbeitgebers vorlegen. Ferner sind gebührenpflichtige Bescheinigungen darüber beizubringen, daß keine Steuerschulden bestehen, sämtliche Versicherungsbeiträge bezahlt sind, das Elektrizitätswerk keine Forderungen mehr hat, das Rundfunkgerät abgemeldet und die Telephonrechnung bezahlt ist.

Für den Ausreisepaß kassieren die polnischen Behörden 5.000 Zloty (durchschnittlicher Monatslohn eines Facharbeiters: 2.000 Zloty = 333 Mark) pro Person zwischen 16 Jahren und dem Pensionsalter. Ältere Ausreisewillige zahlen die Hälfte.

Da die Ausreiseanträge häufig zunächst abgelehnt werden und jeweils nach Jahresfrist neu eingereicht werden müssen, kommt es laut Rot-Kreuz-Chef Grünhage in Friedland darauf an, "daß die Leute genügend Luft haben, sechs oder sieben Jahre durchzuhalten".

Die Friedländer Lagerleitung weiß zu berichten, daß Antragsteller nach und nach ihre ganze Habe verkaufen mußten, um alle Gebühren aufbringen zu können. Um die dauernden Fahrtkosten zur Behörde zu sparen, "haben manche Familien irgendwo in Oppeln auf dem Friedhof geschlafen", wie DRK-Mann Grünhage weiß.

Obwohl beim Deutschen Roten Kreuz noch etwa 500.000 Aussiedlungsanträge registriert sind, haben sich längst nicht alle Ostdeutschen entschließen können, Polen zu verlassen. Manche bauen auf abenteuerliche Gerüchte, wonach die polnische Verwaltung über die deutschen Ostgebiete ihrem Ende entgegengeht, andere hofften darauf, der Prager Frühling werde bald auch Einzug in Polen halten.

Auch die Vorstellungen, die sich Aussiedler von der neuen Heimat machen, sind nicht immer real. So begehrte ein Friedland-Ankömmling nach Hamburg zu ziehen, weil dort die Reeperbahn sei, und einen anderen zog es nach Köln, denn: "Da haben wir mal 'ne Sendung gehört, die war so lustig." Die Folge mancher Illusion ist, "daß viele Jugendliche ihren Eltern übelgenommen haben, weil sie nicht in Polen geblieben sind" -- so Ministerialdirigent Erwin Wronka im niedersächsischen Vertriebenenministerium.

Zuweilen freilich werden Träume wahr. "Mindestens zehn Anrufe im Monat" bekommt der Friedländer Bundesbeauftragte Schütz von Westdeutschen, die ihren Angehörigen aus dem Osten eine Wohnung "oder gar ein Häuschen mit allem Drum und Dran" eingerichtet haben. Auch Deutsche ohne Ost-Familie melden sich in Friedland, weil sie gern "einen Schlesier" oder "einen Herrn aus Posen" bei sich haben möchten, und Prinz Wilhelm-Karl von Preußen fragte an, ob vielleicht ein Pferdepfleger zu bekommen sei, für freie Wohnung und 300 Mark im Monat.

Doch auch ohne so fürsorgende Gönner und Verwandte leiden die Ankömmlinge keine Not. Sie werden von der Lagerleitung mit "liebe Landsleute" begrüßt, hören dann der Friedlandglocke zu ("Läute in die Welt hinaus, bis der letzte Bruder kehrt ins Vaterhaus"), lassen sich von karitativen Verbänden frisch einkleiden, empfangen für ihre Kinder Spielzeug und Bilderbücher ("Horst wird Förster") und erhalten nebst der Rückerstattung aller Aussiedlungskosten eine "Begrüßungsgabe der Bundesregierung" (über 21 Jahre: 100 Mark, darunter: 50 Mark) sowie ein "Überbrückungsgeld" von 20 Mark für den "Haushaltungsvorstand" und von zehn Mark für jeden Familienangehörigen.

Der erste Weg mit dem guten Geld führt zumeist in die Lagerkantine, wo die Herren sich Bier und Korn und die Damen einen "Moha-Eiskrembecher" gönnen.

Alsdann erwerben sie an der Theke ein Viertel "Vox-Caffee", eine Dose Bratheringe und Dextropur-Traubenzucker -- für ein "Päckchen nach drüben", wie es Anschlagzettel im Lager Friedland empfehlen.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (39/1968) berichtete am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>Form des Klassenkampfes

Bonn's zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonn's dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.

Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.

Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphieren.

Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.

Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...

Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie

- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;

- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.

Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.

Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-

Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".

Doch der Schein trog. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.

Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."

Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtet) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der Kreml "uns in die Knie zwingen".

Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundesrepublik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".

Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."

In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.

Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."

Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".

Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.

Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.

Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.

Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.

Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völ-

kerrechtlers D. B. Lewin. "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfes."

In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilflos an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.

London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.

Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.

Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.

Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.

Die Polit-Planer des Auswärtigen Amtes haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohltuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik entdeckt.

AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung."<<

Der sowjetische Fremdsprachenrundfunksender richtete am 30. September 1968 folgende Botschaft an die Chinesen (x058/419): >>>**Chinesische Werktätige!**

Das Sowjetvolk ist euer langerprobter Freund. Die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen grüßen euch herzlich!

Vor 19 Jahren habt ihr unter der glorreichen kommunistischen Partei Chinas die Freiheit erlangt. Seitdem arbeitet ihr mit beiden Händen für ein neues Leben.

Euer Freund, das Sowjetvolk steht zu euch. Das Sowjetvolk betrachtet eure Errungenschaften als seine eigenen Errungenschaften und ist sehr stolz darauf, vor allem auf die Errungenschaften auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und der Volkserziehung.

Der Lebensstandard des chinesischen Volkes hat sich gebessert. Viele Wunder habt ihr durch fleißige Arbeit vollbracht. Ihr hättet bestimmt noch mehr Erfolge erzielen können, wenn euch Mao Tse-tung und seine Lakaien nicht eurer Freiheit beraubt hätten. ...

Ihr habt aus eigener bitterer Erfahrung die abenteuerliche Politik der Mao Tse-tung-Clique kennengelernt: Die Volkskommunen, den "Großen Sprung nach vorn" und die seit 2 Jahren andauernde sog. "Kulturrevolution".

Ihr wißt, daß Mao Tse-tung sich sehr bemüht, eine Diktatur zu errichten. Mao Tse-tung und seine Lakaien wissen genau, daß die echten Kommunisten Chinas die verbrecherischen Machenschaften der Mao Tse-tung-Clique nicht hinnehmen wollen. Deshalb wird die Speerspitze gegen diese echten Kommunisten gerichtet. Sie werden als sog. "Klassenfeinde" verurteilt und zur "körperlichen Umerziehung" in Internierungslager geschickt.

So verfolgen Mao Tse-tung und seine Lakaien hervorragende Söhne und Töchter der KPCh ...

Aber die echten Kommunisten der KPCh bleiben der großen Idee des Marxismus-Leninismus treu. Ihr kämpft gegen die Diktatur Mao Tse-tungs und werdet gewiß siegen, weil die Arbeiterklasse des ganzen Landes euch unterstützt! ...<<

Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 5. November 1968 zum 37. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später

über Richard M. Nixon (x068/336-339): >>... Ein so lange in so hohen Positionen zum Wohl der USA ringender Mensch hatte natürlich auch die vermögendsten, die ehrenwertesten Helfer.

Zum Beispiel seinen engen Freund, den US-Multimillionär und internationalen Finanzbetrüger Robert L. Vesco (in Deutschland auch durch seine einst mit Vize-Kanzler Erich Mende verbundene Kapitalgesellschaft IOS bekannt). Der anhängliche Nixon ließ den hoch vermögenden Kriminellen, der gute Kontakte zur Mafia hatte (etwa zu dem für Heroinhandel zuständigen Mafiaboß Santo Trafficante jun. nicht nur durch seinen Justizminister John Mitchell aus dem Schweizer Gefängnis St. Antoine holen, sondern ließ auch alle gegen Vesco anhängigen Untersuchungen wegen Waffen- und Drogenhandels einstellen.

Wofür ist man Präsident, herrgottnochmal!

Ergo wurde auch ein Agent der US-Drogenabwehr DEA, der den Präsidentenfreund Vesco des Heroinschmuggels beschuldigt und entsprechende Nachforschungen betrieben hatte, kurzerhand gefeuert und eine Senatsuntersuchung dieses Vorgangs durch das Weiße Haus gestoppt. Im Übrigen: "Immer dann, wenn die Beziehungen zwischen Nixon, CIA, der Drogenabwehr DEA, Vesco und der Mafia einmal Gegenstand der Untersuchungen waren, kam es zu zahlreichen und plötzlichen Todesfällen" (J. Roth/B. Ender).

Sind ja auch in wenigen Jahren nach Kennedys Tod angeblich "mindestens 13 Personen, die auf die eine oder andere Weise einen unerwünschten Blick hinter die Kulissen von Dallas erhascht hatten, eines gewaltsamen Todes gestorben oder unter verdächtigen Umständen aus dem Leben geschieden" (Joachim Joesten).

Richard Nixon war seit langem eng mit der Mafia verbunden. Schon 1946 wurde seine Kandidatur für den Kongreß von einem der besten Mafia-Anwälte mitfinanziert. In den fünfziger Jahren bekam er äußerst preisgünstig Grundstücke von der Mafia in Miami. Auf Kuba, zeitweise eine Hochburg für Drogenhändler und Glücksspieler, besaß Nixon Anteile an den von der Mafia neu gebauten und kontrollierten Spielcasinos, die er auch besuchte. Ferner hatte Nixon zu der Mafia auf den Bahamas Kontakt. Als Präsidentschaftskandidat war er dort 1968 Ehrengast bei der Eröffnung einer ihrer Spielbanken.

So erstaunt es wohl kaum, daß zu den ersten Amtshandlungen von Präsident Nixon (einem rabiaten Judenhasser, dessen Antisemitismus hinter den Hetztiraden eines "Stürmer" und Streicher nicht zurückstand) die Entfernung des Staatsanwaltes Robert Morgenthau gehörte. Hatte dieser doch, mit der Verbindung des organisierten Verbrechens zu Politikern befaßt, maßgebliche Mafia-Finanziers des Nixon-Wahlkampfes entdeckt, die jede Menge krummer Geschäfte betrieben. Dagegen wurde ein Nixon-Spezi, der Präsident der Transportarbeitergewerkschaft "Teamster", Jimmy Hoffa, der u.a. wegen seiner durch Robert Kennedy aufgedeckten Beziehungen zu Mafia-Boß Meyer-Lansky 13 Jahre ins Gefängnis mußte, 1971 von Präsident Nixon begnadigt.

Andererseits darf nicht verschwiegen werden, daß Präsident Nixon auch eine ganze Mafia-Organisation, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten, kaltblütig zerschlug, nämlich die französische mit ihrer Hochburg in Marseille - ein Konkurrenzunternehmen der ehrenwerten Gesellschaft von Meyer-Lansky in Miami. Dieser bekam nach Liquidierung der französischen Rivalen eine Art Monopol im Drogenhandel, und innerhalb von vier Jahren stieg der Drogenverbrauch in den USA um das Doppelte.

Sein innenpolitisches Engagement, um es mal so zu sagen, hindert Nixon natürlich nicht am außenpolitischen. Trotz des zumindest verbal intendierten Übergangs von der "Konfrontation zur Kooperation" (Nixon) war man doch so eifrig wie je auf die "Eindämmung sowjetischer Expansion" bedacht, unterstellte man der anderen Seite Gleichgewichtsverletzung, Stabilitätsgefährdung und dergleichen. Kurz, die antisowjetische Politik bestand selbstverständlich fort. Die USA bauten in den frühen siebziger Jahren 429 Militärbasen sowie fast 3.000 Einrichtun-

gen geringeren Ausmaßes in 30 Staaten. Dort standen 1 Million Soldaten, ohne die in Vietnam. Außerdem leisteten sie Militärhilfe in 43 Ländern; 1971 betrug sie 2,35 Milliarden Dollar.

All dies diente besonders der Einkreisung Rußlands. Nach dem Konzept von Nixons Sicherheitsberater und (zweitem) Außenminister Henry Kissinger mußte der "Gegner" in eine Lage gebracht werden, "aus der er sich nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Vergeltungsfähigkeit davon abhalten, diesen Schritt zu tun." Nixons (erster) Verteidigungsminister Melvin Laird sprach fein von der "globalen amerikanischen Führungsrolle hin zum Frieden".

Diese globale Führungsrolle hin zum Frieden zeigte sich auch immer wieder beim Krieg in Vietnam. Stets von neuem signalisierte Nixon eine gewisse Friedensbereitschaft, berief er etwas zurück, zog er etwas ab, schränkte etwas ein - und forcierte dann von Mal zu Mal den Krieg. Zu dieser Taktik drängten ihn vor allem, wenn nicht allein, die zunehmenden Friedensagitationen des amerikanischen Volkes.

Schon bei seiner Antrittsrede muß Nixon vor Kriegsgegnern in Schutz genommen werden. Im November demonstrieren 25.000, im Mai nächsten Jahres 100.000 Menschen gegen das Blutbad. In Kent/Ohio und in Jackson/Mississippi werden sechs pazifistische Studenten von "Ordnungshütern" erschossen.

Nixon laviert also.

Im Juni 1969 kündigt er den Abzug von 25.000 Soldaten an, Ende "Juli die Erhaltung des amerikanischen Atomschirmes und die Fortsetzung militärischer Hilfe in Südostasien. Im November verheißt er den allmählichen Abzug aller US-Streitkräfte aus Vietnam. Im Sommer 1970 weitet er den Krieg in Kambodscha und in Laos aus, um endlich "ein gesundes System", mit seinem Vorgänger zu sprechen, gegen die Kommunisten durchzusetzen, die indes ständig stärker werden.

Als im Mai 1971 die Anti-Vietnam-Demonstrationen kulminieren, beordert die Nixon-Administration 2.000 Soldaten mit scharfer Munition ins Schatzministerium, um dessen drohende Besetzung zu verhindern. 1972 macht Nixon versöhnliche Besuche in China und Rußland; zeitlich dazwischen läßt er die Luftangriffe über Nord-Vietnam massieren, besonders auf Hanoi und Haiphong, auf die Eisenbahnlinien, auf wichtige Verkehrswege und -mittel, auch werden jetzt alle nordvietnamesischen Häfen vermint.

Dann beginnt der Wahlkampf. Nixon befiehlt die Einstellung der Luftangriffe, und sein Sicherheitsberater Kissinger kündigt den Abschluß eines Waffenstillstands an. Und obwohl der demokratische Gegenkandidat, Senator McGovern, die Nixon-Regierung als die korrupteste in der Geschichte der Vereinigten Staaten angreift (vielleicht doch etwas zu viel der Ehre), siegt Nixon haushoch - und Kissinger stellt gleich darauf seine Waffenstillstandsverhandlungen ein, und Nixon befiehlt die bisher schwersten Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong.

Der Krieg freilich war längst auf der ganzen Welt, nicht zuletzt in den USA selbst, immer mehr ins Zwielflicht geraten. Trotz enormer technischer Überlegenheit konnten sie nicht siegen, sie mußten ihre Truppen allmählich zurückziehen und steckten eine demütigende Niederlage ein. Zwischen ihnen, Nord- und Süd-Vietnam sowie der provisorischen Revolutionsregierung von Süd-Vietnam kommt es am 27. Januar 1973 zum Waffenstillstandsabkommen von Paris.

Und bis zum 29. März ist der US-Truppenabzug aus Vietnam im Wesentlichen beendet.<<

In einem Offenen Brief an Wladyslaw Gomułka kritisierte der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) am 9. Dezember 1968 den ausgeprägten Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Im Lauf der letzten 18 Monate haben Presse, Geheimpolizei und Regierung in Polen vorsätzlich zum Antisemitismus gehetzt. Bei offiziellen Aufmärschen sieht man heute Plakate, die Juden als hakennasige Bucklige darstellen ...

Diese Tatsachen, in informierten Zeitschriften dokumentiert und gut bekannt, bedeuten für die

kleine jüdische Gemeinschaft in Polen das schreckliche Leben von plötzlichem Existenzverlust, Armut, rassistischer Verfolgung und dem Alptraum einer noch schlimmeren Zukunft ...<< Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1968) berichtete am 23. Dezember 1968 über jüdische Vergeltungsaktionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Räche dein Volk** Ein seltsam aufgeputzter Militärkonvoi rollte im Mai 1945 durch Oberitalien. An der Spitze flatterten weiß-blaue Fahnen mit dem David-Stern. An den Seiten der Dodge-Lastwagen war zu lesen: "Deutschland kaputt! Kein Volk! Kein Reich! Kein Führer! Die Juden kommen!" In den folgenden Wochen häuften sich bei den alliierten Kommandanturen in Tirol und Kärnten Vermißten-Anzeigen. Stets hatten britische Soldaten deutsche Nazis zur Vernehmung abgeholt, Sie wurden auf Lastwagen verladen. Die Angehörigen warteten seitdem vergebens auf Nachricht.

Warum, das enthüllt der israelische Journalist und Ben-Gurion-Biograph Michel Bar-Zohar, 30, in einem Buch über jüdische Vergeltungsaktionen nach Kriegsende (Michel Bar-Zohar: "Les Bengueurs"; Librairie Arthème Fayard, Paris; 314 Seiten ...).

Aus dem Archiv der zionistischen Geheimorganisation Haganah berichtet er zum erstenmal über jüdische Exekutionskommandos, die seinerzeit in Österreich und Süddeutschland NS-Verbrecher jagten. Haganah-Veteranen schilderten ihm Episoden jüdischer Rache, "über die sie bis dahin nicht einmal zu Verwandten und engsten Freunden gesprochen hatten".

Einige leben heute anonym im Kibbuz, andere erklimmen hohe Posten in der israelischen Armee, drei - Schlomo Schamir, Meir Sorea, Chaim Laskow - als Generäle. Israel Karmi kommandierte später die Militärpolizei, Oberstleutnant Marcel Tobias wurde Fallschirmheld der Sinai-Kampagne.

Ihre ersten Erfahrungen hatten die jüdischen Freiwilligen, drei Regimenter stark, in der britischen Palästina-Brigade gesammelt - im Kampf gegen Rommel. Nach der Kapitulation sollten die drei Regimenter über Norditalien nach Großdeutschland einrücken.

Am Abend vor dem Abmarsch war feierlicher Flaggenappell. Ein Korporal verlas die zwölf "Gebote des hebräischen Soldaten auf deutschem Boden": "Erinnere dich deiner sechs Millionen ermordeten Brüder ... Betrachte dich als ein Jude, der stolz ist auf sein Volk und seine Fahne. Beflecke nicht deine Ehre und mische dich nicht unter die Deutschen ..."

Nach Fraternisieren war den jüdischen Soldaten ohnehin nicht zumute. "Das Blut klopfte uns in den Adern", erinnert sich Romancier Hanoach Bartov. "Wir würden unser Volk rächen, ohne Freude oder Geschmack daran zu finden. Aber wir würden es rächen!"

Doch am folgenden Tag kam ein Gegenbefehl: Das britische Oberkommando fürchtete für die Disziplin der künftigen Besatzungsarmee. Es beorderte die Brigade in ein Camp bei Tarvisio, als Eingreifreserve für einen möglichen Konflikt um das von Tito-Partisanen besetzte Triest.

Es kam zu ersten Ausschreitungen gegen die deutschsprachige Minderheit. Oberst Karmi: "Solche Racheakte ehrten nicht unsere Erziehung als hebräische Kombattanten und verstießen gegen die Tradition der Reinheit der jüdischen Waffen."

Karmi und andere Haganah-Chefs, die innerhalb der Brigade eine eigene Hierarchie bildeten, versuchten, die Selbstjustiz zu regulieren. Aus zuverlässigen Kombattanten stellten sie ein Kommando zusammen. Nur solche Nazis sollten aufgespürt und bestraft werden, die nachweislich Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen hatten.

Als britische Soldaten verkleidet, schwärmten die Rächer aus. Vor der Abfahrt lasen sie Broschüren der Jewish Agency über Himmlers Todesfabriken - "damit wir uns anheizten" (so ein anonym Teilnehmer).

"Wir beschäftigten uns hauptsächlich mit höheren SS-Offizieren", gab Schalom Gil'ad zu Protokoll. "Alles, wonach man uns hätte identifizieren können, das Nummernschild oder andere Insignien, waren sorgfältig verdeckt. Klaus, unser blauäugiger Arier, dolmetschte."

Die Namen der Todeskandidaten beschafften sich die Haganah-Chefs durch Verbindungsleute

bei den alliierten Geheimdiensten. Um die eigene Haut zu retten, schrieben kleine Amtswalter oder Gestapo-Gehilfen bereitwillig Listen ihrer Vorgesetzten. Die meisten Opfer folgten den vermeintlichen Briten-Soldaten ahnungslos.

"Wenn wir das Dorf oder die Stadt verlassen hatten", so Gil'ad weiter, "gaben wir uns dem Nazi zu erkennen, verlasen die Liste seiner Verbrechen und das Todesurteil." Es wurde auf einem abgelegenen Grundstück vollstreckt.

Bald beunruhigten Leichenfunde die Bevölkerung in Österreich. Die britischen Militärbehörden ermittelten erfolglos. "Einige Offiziere", erklärt Bar-Zohar, "zogen es vor, die Augen zu schließen."

Wie viele SS-Leute auf diese Weise im Laufe des Sommers exekutiert wurden, konnte der Autor nicht genau feststellen. Die Angaben gehen von 50 bis 300, da jeder seiner Gewährsmänner nur den eigenen Anteil der Operation übersah.

Die anderen jüdischen Soldaten bekamen Feindesland erst zu sehen, als die Brigade von Österreich nach Belgien verlegt wurde. Die Journalistin Ursula von Kardorff erspähte den Konvoi der Brigade auf der Autobahn bei Augsburg. "Wir sahen eine Demonstration der göttlichen Gerechtigkeit", notierte sie unter dem Datum des 30. Juli 1945 in ihrem später veröffentlichten Tagebuch "Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945".

"Der Anblick eines Deutschen genügte, um unsere Rachegefühle zu wecken", beschrieb Landwirt Sam Halevi seine Gefühle.

"Wenn ein Radfahrer an unserem Dodge vorbeifuhr, öffneten sich ruckartig die Wagentüren. Der Mann stürzte unter die Räder und wurde zermalmt."

Die Brigade zog ab, die Rache ging weiter. Bis zum Sommer 1946 operierten mehrere Vergeltungskommandos in Europa. Auf ihr Konto gehen laut Bar-Zohar mindestens 1.000 geheime Hinrichtungen. Mit gefälschten Papieren holten sie verdächtige SS-Leute aus alliierten Gefangenenlagern. In Kroatien liquidierten sie Ustascha-Faschisten, in Österreich einen falschen Eichmann. In einem Deportierten-Camp bei Turin spürten sie einen polnischen Arzt auf, der untergetauchten SS-Männern die Blutgruppen-Tätowierung entfernte.

Im April 1946 wollte die Geheimgruppe "Nakam" ("Rache") aus Lublin 36.000 SS-Leute in einem Nürnberger Internierungslager durch die Aktion "Todesbrot" vergiften. Das Unternehmen wurde monatelang mit wissenschaftlicher Akribie vorbereitet, scheiterte aber an den Nachtwächtern einer Großbäckerei. Da sie die Eindringlinge jedoch für Diebe hielten, kamen immerhin etwa 2.000 mit Arsen präparierte Brotlaibe in die Proviantausgabe. Rund 4.300 SS-Leute brachen mit Krämpfen zusammen, zwischen 700 und 800 starben in Krankenhäusern.

Noch abenteuerlichere Haganah-Männer wollten mehrere deutsche Großstädte niederbrennen oder deren Einwohner durch Arsen-Beimischung ins Trinkwasser töten. Die Haganah-Oberen verhinderten derartige Taten, ungehorsame Rächer wurden verhaftet.

Das letzte Kommando-Unternehmen in Deutschland planten die drei Offiziere Oleg Gutman, Emil Brik und Kouba Sheinkmann 1949 in einer Tel Aviver Vorstadtwohnung. Sie wollten in die Spandauer Zitadelle eindringen und die dort einsitzenden NS-Größen niederschließen.

Von den Fenstern des Berliner Filmproduzenten Artur Brauner aus erkundete das Trio wochenlang das Wachsystem im alliierten Kriegsverbrechergefängnis. Doch die israelische Regierung wollte nichts mehr von privaten Vergeltungsaktionen wissen. Sie verbot das Unternehmen und rief die drei Offiziere kraft militärischer Disziplinargewalt in die Heimat zurück.<<

Jean-Jacques Servan-Schreiber (1924-2006, französischer Publizist und Politiker, 1971-75 und 1977-79 Präsident der Radikalsozialistischen Partei) erklärte während einer Fernsehdiskussion im Jahre 1968 (x243/110-111): >>... Wenn unsere Generation die amerikanische Herausforderung nicht erkennt und ihr nicht entsprechend begegnet, so wird es in 15 Jahren zu spät sein. ... Wir müssen begreifen, daß die Herausforderung unserer Kultur und nicht unse-

rem Geld gilt. Und dagegen müssen wir uns durch geeignete Maßnahmen zur Wehr setzen. Letzte Woche war ich in einem sehr hübschen, sonnigen Ort an der Südküste Frankreichs in der Nähe von Nizza. Diesen Ort hatte der amerikanische Elektronik-Gigant IBM gewählt, um dort sein Hauptlaboratorium in Europa zu errichten. ... In Wahrheit verkörpert diese IBM-Gebäude die eigentliche Besetzung. Hier wird mit französischem Geld, französischen Wissenschaftlern und auf französischem Boden gearbeitet, um Erfindungen zu machen. Und diese französischen Wissenschaftler machen fortlaufend Erfindungen und schicken sie jeweils per Telex (Fernschreiber) nach New York. ...

Wissen Sie, wir könnten darüber diskutieren, ob wir Amerikaner werden und die amerikanische Lebensweise übernehmen möchten oder nicht. Aber um diese Frage geht es im Grunde ja nicht, sie ist rein theoretischer Art.

Angenommen, wir versagen und die Amerikaner beherrschen in 10 Jahren das Wirtschaftsleben Europas. Was wird dann aus uns? Werden wir Amerikaner?

Niemals! Wir werden von Amerika kolonisiert.<<

Der US-Historiker Arthur Schlesinger (1917-2007, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson) schrieb im Jahre 1968 (x300/251): >>... Unsere Konzentration auf Vietnam fordert einen schrecklichen Preis. In der Innenpolitik kommt alles zum Stillstand, weil Vietnam über anderthalb Milliarden Dollar monatlich verschlingt. ...

Das Ringen um gleiche Chancen für den Neger, der Krieg gegen die Armut, der Kampf für die Rettung der Städte, die Verbesserung unserer Schulen - das alles muß um Vietnam willen darniederliegen. Außerdem bringt der Krieg häßliche Nebenerscheinungen mit sich: Inflation, Frustration, Empörung, Protest, panikerbitterte Gegensätze in der Nation.<<

Der Palästinensische Nationalrat der Befreiungsorganisation PLO beschloß im Jahre 1968 (x073/330): >>... Art. 1) Palästina ist das Vaterland des palästinensisch-arabischen Volkes und ein integraler Bestandteil des Großen Vaterlandes, und das Volk Palästinas ist ein Teil der arabischen Nation. ...

Art. 3) Das palästinensisch-arabische Volk besitzt ein legales Recht auf sein Vaterland, und sobald dessen Befreiung vollendet ist, wird es das Selbstbestimmungsrecht allein nach seinem eigenen Willen und seiner eigenen Wahl ausüben. ...

Art. 5) Palästinenser sind jene arabischen Bürger, die bis 1947 dauernd in Palästina lebten, ob sie von dort vertrieben wurden oder dort lebten. Wer immer nach diesem Zeitpunkt innerhalb oder außerhalb Palästinas geboren wurde und einen palästinensisch-arabischen Vater hat, ist ein Palästinenser.

Art. 6) Juden, die bis zum Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten, werden als Palästinenser betrachtet. ...

Art. 15) Die Befreiung Palästinas ist aus arabischer Sicht eine nationale Pflicht, um die zionistische imperialistische Invasion des Großen arabischen Vaterlandes zurückzuschlagen und um Palästina von der zionistischen Präsenz zu reinigen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1969) berichtete am 6. Januar 1969 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>VERANTWORTLICH SIND ALLE

**Die Moskauer "Literaturzeitung" über eine neue deutsche Kollektivschuld:**

Die Verantwortung für das Schicksal der Nationen tragen nicht nur irgendwelche Politiker oder Regierungen, sondern auch die Völker ...

Marx und Engels haben stets betont, daß die Verantwortung nicht nur bei einzelnen Personen oder Klassen liegt, sondern bei den Nationen. Sie haben kein Volk von der Verantwortung für sein Schicksal oder seine Rolle in der Welt freigesprochen, nur weil es das Volk ist. Im Gegenteil, sie haben unterstrichen, daß sich das Volk nicht zum Spielball der reaktionären Politiker machen lassen darf, daß es selbst für sein Schicksal verantwortlich ist. Bezeichnenderweise bezogen Marx und Engels diese ihre Äußerungen vor allem auf ihre Landsleute -- die Deut-

schen.

Einst mußten die Deutschen dafür bezahlen, daß sie jahrhundertlang ihren Königen, Fürsten und Landsknechten gestatteten, fremde Länder auszuplündern. Nun mußten die Deutschen für Hitler bezahlen. Wird die Bevölkerung der Bundesrepublik jetzt für die Revanchisten bezahlen müssen? Dieser Preis könnte der höchste sein, der je in der deutschen Geschichte gefordert wurde.

Heute wie damals könnte man sagen, ein Land, das auf den Weg des Krieges gedrängt wird, sei doch nicht schuld, die Schuld trage die Regierung. Revanchehetze betreiben in Westdeutschland nicht die einfachen Bürger, sondern hochgestellte Würdenträger, die Generale der Bundeswehr, die Monopolisten und die Neonazis. Das ist richtig. Aber das befreit auch jetzt die Menschen, die geführt werden, nicht von der Verantwortung.

Im Gegenteil, die Tatsache, daß sich das zum zweiten Male ereignet, vertieft, unterstreicht dreifach, vierfach die nationale Verantwortung. Sich zum zweiten Mal darauf zu berufen, die Menschen hätten "nicht gewußt", was Faschisten und Revanchisten anzetteln, ist unmöglich. "Es genügt nicht zu sagen, wie die Franzosen tun, daß ihre Nation überrascht worden sei", schrieb Marx 1852 über den Staatsstreich des Louis Bonaparte. "Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteurer ihnen Gewalt antun konnte."

Jenseits der Elbe sollte man begreifen: Bei einem neuerlichen Examen Westdeutschlands erteilt die Geschichte kein Pardon wegen politischer "Unerfahrenheit" und erkennt keine "mildernden Umstände" an. Die Welt von heute ist kein Kindergarten ...<<

Radio Peking berichtete am 23. Februar 1969 über die chaotische Landwirtschaftspolitik der sowjetischen "Renegatenclique" (x058/420): >>... Die allgemeine Restauration des Kapitalismus durch die revisionistische sowjetische Renegatenclique fügt der sowjetischen landwirtschaftlichen Erzeugung in wachsendem Maße ernsten Schaden zu. Sie hat dazu geführt, daß breite Kreise des Sowjetvolkes mit der revisionistischen sowjetischen Renegatenclique immer unzufriedener geworden sind.

Um ihre wankende reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten, nimmt diese Clique neben der Rückkehr zum kapitalistischen System immer mehr zu Prahlereien und der Verbreitung lügnischer Märchen über "Redkordernten" Zuflucht. Immer deutlicher zeigen sich dadurch die schamlosen Charakterzüge dieser Bande von Renegaten (Abtrünnigen). ...

Das Ergebnis der forcierten Einführung des kapitalistischen Profit-Prinzips und des Strebens nach finanziellen Gewinnen der privilegierten ... Elemente in den Sowchosen und Kolchosen unter Mißachtung der Qualität war ein beträchtlicher Rückgang der Qualität bei einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse. ...

Seit die Breschnjew-Kossygin-Clique den Mantel Chruschtschows geerbt hat, hat sie Chruschtschow die gesamte Schuld zugeschoben und behauptet, die chaotischen Zustände im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion seien ausschließlich "den ernstesten Fehlern Chruschtschows auf dem Gebiet der Agrarpolitik" zuzuschreiben. Als ob diese Zustände nicht das Ergebnis der von der revisionistischen sowjetischen Renegatenclique betriebenen Restauration des Kapitalismus wären! ...

Sie hat die Entwicklung der Privatwirtschaft ermutigt, sie unterstützt die Übertragung und Pachtung von Land, sie hat sich für einen freien Markt eingesetzt, sie hat das "neue Wirtschaftssystem" zur Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft eingeführt usw.

Alle diese Maßnahmen haben zur Ausbreitung der kapitalistischen Kräfte in den ländlichen Gebieten geführt und in diesen Gebieten die Polarisierung verschärft. ...<<

Der SPD-Politiker Gustav Heinemann (1899-1976, 1949/50 Bundesinnenminister – Rücktritt wegen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland) wurde am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1969) berichtete am 14. April 1969 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: >>Skoro domoi (bald nach Hause)

Ihre Parole hieß: Vorwärts! Doch eines Tages standen sie "am Ende unserer Freiheit, vor dem Anfang eines uns vollkommen unbekanntes Weges".

Für manchen war es "mehr wie ein Hinübergleiten", für andere "ein nie zu vergessender, eigenartiger Augenblick" -- ein Augenblick, "den man eigentlich nicht beschreiben kann".

Sie hörten "den vielstimmigen Ruf: Friitz, Friitz", und einige überlegten, ob sie "nicht auch den Weg der Ehre beschreiten sollten". Es war "ein so unglaublicher Schock, eine so entsetzliche Überraschung", und "uns stockte der Atem, da wir nicht wußten, was uns die nächsten Augenblicke bringen würden".

Bald wußten sie es. Und heute, nach Jahr und Tag, erinnern sie sich, wie sie "nach und nach gleichgültig" wurden "gegenüber allem, was ich früher für Richtschnur und Sinn meines Lebens gehalten hatte".

Sie registrierten: "Körperlicher und seelischer Tiefstand -- völlige Selbstaufgabe! Keine Kraft mehr zum Gebet. Stumpfes Dahinsiechen."

Sie erlebten: "Alle Tünche fällt ab, der Mensch wird nackt; das, was er ist. Der Schein verschwindet."

Sie waren "so sehr müde" und "so abgestumpft, daß -- sollte mich jemand an eine Hundeleine nehmen -- ich nicht im geringsten überrascht ... wäre. Vielleicht würde ich sogar bellen", und "dann würde ich mich in meine Hundehütte verkriechen und schlafen".

Und wie die Hunde lebten sie: "Sitte und Moral sinken. Es gibt Leute, die pinkeln, ja scheißen in die Baracke nachts hinein. Trauriges, grauenvolles Dasein."

Traurig: "Man kann seinem eigenen Arsch nicht mehr trauen." Grauenvoll: "Jeder war neidisch auf die Männer, die starben." Denn wer starb, hungerte nicht mehr. Und der Hunger war schlimmer als alles andere:

"Nur noch mal satt werden, und dann ist Schluß. Ich hatte eine Viertel Rasierklinge und wollte mir die Pulsadern öffnen, um mein eigenes Blut zur letzten Sättigung zu nehmen."

Sie waren 3,15 Millionen Mann: Soviel Deutsche, wie heute in München und Hamburg wohnen, gerieten zwischen dem 22. Juni 1941, als morgens um 3.15 Uhr das "Unternehmen Barbarossa" mit einem Feuerschlag begann, und dem 8. Mai 1945, als die Wehrmacht kapitulierte, in sowjetische Kriegsgefangenschaft (Bei Kriegsende befanden sich rund zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, darunter 3,8 Millionen in amerikanischer, 3,7 in britischer, eine Million in französischer).

Sie lebten und starben in 2.779 Lagern -- von Preußisch-Eylau bis Jurga in Sibirien, von Archangelsk am Weißen Meer im Norden bis nach Taschkent in Usbekistan im Süden.

Nur 1,95 Millionen (62 Prozent) von ihnen kehrten heim -- der letzte über das Lager Friedland bei Göttingen erst 1957. Rund 1,11 Millionen gingen zugrunde und wurden auf einem der 193 Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Sowjet-Union verscharrt, die meisten namenlos in Massengräbern.

Das Schicksal von mindestens 86.000 Mann ist unbekannt und wird es bleiben -- "eine Lücke der Ungewißheit, die niemand zu schließen vermag", so Kurt W. Böhme, Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" und Autor einer 474 Seiten langen Bilanz über "Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand".

Böhmes Bilanz ist Teil eines auf 16 Titel berechneten Werks, an dem die "Wissenschaftliche Kommission" (WK) unter Leitung des Heidelberger Historikers Professor Erich Maschke seit 1957 arbeitet und das sie 1971 fertigstellen will: Bis dahin soll im Auftrag des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte die komplette "Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges" geschrieben sein.

Kern des Forschungsunternehmens, für das im Bundeshaushalt 1958 ein Betrag von 3,186 Millionen Mark eingesetzt wurde, ist das Schicksal der "Plennys" (von "wojennoplenny", der russischen Bezeichnung für Kriegsgefangene) wie sich die Landser hinter dem Stacheldraht im Osten selber nannten. Fertig sind bisher

- drei Bände über "Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjet-Union" -- Autor: der Staatswissenschaftler Dr. Kurt Bahrens, ehemals Mitarbeiter beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg;

- eine auf 20.000 Heimkehrer-Aussagen beruhende Dokumentation über den "Faktor Hunger" in den sowjetischen Lagern -- Verfasserin: die Münchner Historikerin Dr. Hedwig Fleischhacker;

- die "Bilanz" über Leben und Sterben der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union;

- eine Darstellung der "Lagergesellschaft" -- Autor: der Psychologe Diether Cartellieri, Referent für Wehrpsychologie im Bundesverteidigungsministerium.

In Vorbereitung sind Untersuchungen über den "Faktor Arbeit", über das kulturelle Leben und über die Versuche politischer Umerziehung in den Lagern. Angereichert werden soll das Werk durch "Beihefte" wie das "Tagebuch aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1945-1949" eines Michael Reck.

Unter diesem Pseudonym stellte ein ehemaliger Stabsoffizier der Heeresgruppe Mitte zusammen, was er in den fünf Jahren seiner Gefangenschaft auf Papierschnitzel, die er von Zigarettenschachteln, Brühwürfelpäckchen und Zeitungsrändern abriß, stenographisch notierte und in den doppelten Boden einer Tabakdose und eines Schachbretts durch alle Kontrollen brachte.

Nur Bonn ließ die Notizen nicht passieren -- und hält auch die Publikationen der Kommission zurück: Weil das Auswärtige Amt "außenpolitische Schwierigkeiten" befürchtet, liegen die fertigen Bücher -- Auflage je Band: rund 2.000 -- beim Verlag Ernst und Werner Gieseking in Bielefeld unter Verschuß. Lediglich einige wenige Exemplare wurden Behörden, Gerichten und wissenschaftlichen Bibliotheken zur Verfügung gestellt.

Zum erstenmal ist darin das Bild des deutschen Plenny mit wissenschaftlicher Gründlichkeit gezeichnet -- ein Bild von erniedrigten, zerlumpten, hungernden, mißtrauisch gewordenen Männern, die in aller Verzweiflung auch immer noch Hoffnung fanden und ihre Hoffnungen immer wieder begraben mußten, die von Wasser, Brot und Gerüchten lebten, die schließlich in ihrer Mehrzahl ohne Diskussionen ihr Schicksal trugen, still und unauffällig ihre Arbeit verrichteten. "Geduldig die Fetzen ihrer Kleidung flickten und Holzknöpfe schnitzten und im eisigen Winter sich mit Schnee wuschen, wenn die Wasserleitung eingefroren war."

Freilich: Nach dem Sinn ihres Schicksals fragten die meisten Gefangenen sich vergeblich. Manche behelfen sich mit der Formel von der "Schule des Lebens", andere haderten wegen der "verlorenen Jahre", aber: "Ein richtiges Begreifen war allerdings, ... nicht möglich", wie ein Soldat im Lager Armawir konstatierte. Und aus Krasnodar berichtete ein Gefangener. "Immer wieder wurde vom 'lieben Gott' in Verbindung mit der Gefangenschaft gesprochen. Eine Antwort gab es aber darauf nicht. Hier resignierte man wirklich."

Manche fanden Trost oder suchten Verklärung, indem sie sich mit Helden und Leidensgestalten verglichen, mit Hiob oder Lazarus: "Lazarus wurde getragen von den Engeln in Abrahams Schoß. Ich bin nicht gestorben." Sie trugen "die Dornenkrone" aus Stacheldraht" und bezeichneten sich als "Christi in Scharen". Andere identifizierten sich mit Prometheus oder Odysseus, denn, so schrieb ein Gefangener für seine Mitgefangenen: "Märtyrer hat man sie einst genannt, ihnen seid Ihr ganz nah verwandt."

Niedergeschlagenheit, Resignation und Apathie waren, wie der Psychologe Cartellieri in seiner Studie über die Lagergesellschaft resümiert, schon die typischen Reaktionen auf die Gefangennahme gewesen -- typisch vor allem deshalb, weil der deutsche Soldat "innerlich und äußerlich kaum vorbereitet" in die Gefangenschaft ging.

Der Marsch hinter den Stacheldraht war von "Ratlosigkeit und quälender Ungewißheit" gekennzeichnet: "Wir waren auf Verhalten in der Gefangenschaft hin nicht geschult." Und: "Lange umfaßte tiefe Betäubung den Menschen -- Chaos und Angst."

Kaum jemand wußte, was Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wenigstens theoretisch zustand, und kaum jemand hatte sich der offiziellen Propaganda entziehen können, die im Grunde besagte, daß russische Untermenschen keinen Gefangenen leben ließen. "So hatte", stellt Cartellieri fest, "die Mehrzahl der deutschen Soldaten den Gedanken, lebend in sowjetische Hand fallen zu können, bis zuletzt zur Seite geschoben, in der Hoffnung, man würde sich durchschlagen oder fallen."

Ein Leutnant, der 1944 in Rumänien in Gefangenschaft geriet, erinnerte sich: "Eine teuflische Propaganda ließ Hunderttausende vor einer russischen Gefangenschaft erzittern." Und ein Major gestand, "daß wir alle nach vierzehntägiger Gefangenschaft eigentlich erstaunt waren, daß wir überhaupt noch lebten; jeder Offizier hatte mit dem Genickschuß gerechnet". Vielen, so einem Regimentskommandeur in Kurland, schien auch unfaßlich, daß "nun alles umsonst gewesen sein sollte, die vielen herrlichen Siege auf allen Kriegsschauplätzen". Allmählich aber setzte sich die triviale Einsicht durch, daß das Leben trotzdem weiterging: "Wir sagten uns, das wird wahrscheinlich eine sehr grauenhafte, aber auch interessante Zeit werden."

Es war, wie Umfragen unter Heimkehrern ergaben, eine Zeit, die -- so die Rangfolge -- durch Unfreiheit, Rechtlosigkeit und primitives Leben gekennzeichnet war. Fast nirgends in den Baracken, den Erdbunkern, den Ruinen, Schuppen, Ställen und Fabrikhallen, in denen die Soldaten zusammengepfercht wurden, war die sowjetische Vorschrift eingehalten worden, wonach für jeden Mann mindestens zwei Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung stehen sollten -- was immerhin der Belegung einer deutschen Wohnstube mit zehn oder elf Mann entsprochen hätte.

"Das fürchterlichste", so schilderte ein Major, "war das jahrelange Zusammenleben auf engstem Raum. Es gab eine Zeit, ... in der wir glaubten, daß jeder Mensch einen Tick hat, ja eigentlich verrückt ist."

Und "verrückt" waren sie tatsächlich alle: "Man war nichts, galt nichts, war ein Dreck, eine Nummer" -- und war gestern noch ein Waffenträger der Nation mit Litzen, Schulterstücken, Orden und dem Glauben an Deutschland und den Endsieg gewesen. Psychologe Cartellieri: "Der entscheidende Faktor war Statusverlust und Rollenwechsel." In Rußland gefangen, das bedeutete für die meisten, "daß ja doch alles sinnlos ist".

Am ehesten fanden sich simple Naturen mit der Lage ab, so ein Tagelöhner, der zu Protokoll gab: "Zu Hause, als landwirtschaftlicher Arbeiter, hatte ich nicht viel zu sagen, beim Kommiß als Landser wurde ich auch nur herumkommandiert. Und was ist hier viel anders? Nur daß jetzt die anderen es auch nicht besser haben als ich."

Je höher der Dienstgrad, desto tiefer war der Sturz: "Ganz schrecklich" fand es ein Plenny, "wie Männer, die einst in hoher militärischer Stellung waren, sich gehenließen und nach und nach an Leib und Seele verkamen." Vielen wurde es schon zuviel, sich im Winter "den ewigen Tropfen an der Nase" abzuwischen oder gar, sich mit Glasscherben zu rasieren, obwohl "das ging", wie ein Stabsoffizier stolz notierte: "Man blutete zwar einen Tag und ist vollkommen aufgeschabt, hat da so zehn oder 20 kleine Ritze. Das heilt aber innerhalb von zwölf oder 24 Stunden, und dann sieht man ganz vernünftig aus."

Die unterschiedliche Fähigkeit, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, führte schnell dazu, daß sich in der klassenlosen Gesellschaft, die in die Lager getrieben worden war, neue Klassenunterschiede herausbildeten.

So einheitlich das Bild war, wenn die Kompanien, Züge und Brigaden aus den Arbeitslagern in die Holzschläge, Torfstiche, Steinbrüche und Bergwerke zogen, so differenziert waren die Rollen und Positionen der Gefangenen in der Lagerhierarchie. Es gab "Herren mit weißen Le-

dermänteln und weißen Hemden ... Auf der anderen Seite Landser, (die) abgemagert, zerlumpt ... durch die Lager schlichen."

Es dauerte meist nicht lange, bis Offiziere, die zunächst als Lagerälteste eingesetzt worden waren, von Leuten abgelöst wurden, denen der unkomplizierte Umgang mit den Russen wie mit den eigenen Männern leichter fiel -- von Leuten, die "etwas zu schaffen, zu organisieren, zu improvisieren, etwas aufzubauen, sich durchzusetzen" verstanden, wie Cartellieri ergründete.

Ein Heimkehrer aus den Lagern um Leningrad berichtete darüber: "Um die leitenden Stellen im Lager bemühten sich fast immer nur Geltungs- und Machthungrige, denen die Vorgesetztenwürde ebenso schnell in den Kopf stieg wie einst den neugebackenen preußischen Korporalen."

Vor allem den Angehörigen des "Antifaschistischen Aktivs" (Antifa), denen die ideologische Ausrichtung der Kriegsgefangenen oblag, wurde das Bedürfnis nachgesagt, ihre neue Stellung und die Zugehörigkeit zur "neuen Klasse" auch äußerlich erkennen zu lassen: "Sie haßten die deutschen Offiziere, kleideten sich jedoch von Kopf bis zu Fuß wie diese ... und stelzten eitel wie die Gockelhähne durchs Lager."

Zur "Lagerprominenz" gehörten auch Fachleute wie Köche, Schneider, Schuster und Friseure, die nach und nach die Möglichkeit erhielten oder sich verschafften, "sich besser zu pflegen und auszustatten und auf einen annähernd "zivilen" Lebensstandard zu kommen", wie der Leningrad-Heimkehrer berichtete. Allerdings: "Eine wirkliche Lagergemeinschaft kam auf diese Weise nicht zustande. Ehrgeiz, Neid, Selbstsucht und Intrigen bestimmten bis zum Schluß das öffentliche Geschehen im Lager."

Der Pädagoge Friedrich Hassenstein, der als Abiturient in sowjetische Gefangenschaft geraten war, fand heraus: "Der soziale Aufstieg im Lager stand in erster Linie denen offen, die im nötigen Maße anpassungsfähig und skrupellos waren." Sie verstanden es, so begehrenswerte Posten wie Teekoch, Badehauschef ("Banjacheff") oder Trockenraumchef zu bekommen, und auch wer ein "Chudoschnik", ein Künstler, war und die sowjetischen Offiziere im Lager mit Stalinbildern oder Waldlandschaften mit Bär beliefern konnte, hatte für den Rest seiner Gefangenschaft ausgesorgt, bekam satt zu essen und konnte ein "Langhaariger" werden, der sich die Haare wachsen lassen durfte.

In manchen Lagern gab es sogar "reiche" Brigaden, die sich "arme" Brigaden zum Kartoffelschälern oder Schneeschippen halten konnten und dafür mit einem Extraschlag Suppe bezahlten.

Die Mehrzahl der anderen Kriegsgefangenen aber stapfte weiter teilnahmslos und mit Lappen an den Füßen zur Arbeit und empfand sich als "das ausgebeutete Volk" -- gleich, ob einer Oberleutnant oder Stabsgefreiter gewesen war.

Zwar gab es einzelne privilegierte Offizierslager, so in Tschernzy, wo täglich 2.800 Kalorien an Verpflegung und 20 Zigaretten verteilt wurden, wo die Gefangenen eine Buchenallee entlangspazieren und in einem Klubraum Bridge-Turniere veranstalten konnten.

Doch die meisten Offiziere wurden in den üblichen Arbeitslagern untergebracht, und lediglich die Stabsoffiziere waren zunächst von der Arbeit befreit. Als Offiziere jedoch spielten sie keine Rolle mehr. Autor Cartellieri: "Man fragte im Lager nur, ob er ein anständiger Kerl sei oder nicht", ob er zum Beispiel zu den ewigen Optimisten gehörte, "die sich an jeden Strohalm einer Latrinenparole klammerten, um die innere Angst totzureden", oder zu den chronischen Pessimisten, denen nichts anderes einfiel als: "Ach, wir verrecken doch alle hier draußen."

Ob jemand zu den Spaßvögeln oder zu den Stänkerern gehörte, war ebenso wichtig wie die Fähigkeit, sich Spezialkenntnisse anzueignen, mit denen jemand sich und seinen Kameraden das Leben erleichtern konnte. Es gab Spezialisten im Bau von Holzkoffern für die paar Habseligkeiten, die man noch hatte, Experten für Messer aus Holz und Spezialisten zur Herstellung

von Nähnadeln, die "stundenweise gegen Brot" vermietet wurden.

Es gab Gefangene, die sich auf die Lektüre russischer Zeitungen spezialisiert hatten, andere, die Interessenten zum "Philosophieren" um sich sammelten und "Meister" titulierte wurden, und es gab Gelegenheitsdichter, die sich auf Bestellung gegen Zigaretten Verse einfallen ließen. "Ich habe", erzählte ein Kriegsgefangener, "eine russische Literaturgeschichte auf Sackpapier zusammengeschrieben."

Jedes Lager verfügte auch über sogenannte Fluchtexperten, die mit phantastischen Plänen hausieren gingen, selber aber nicht an die Flucht dachten. Und überall wurde gesammelt, was nicht niet- und nagelfest war: Papierfetzen, Lumpen, leere Büchsen kamen in den "Schnappsack", denn "das Streben nach Besitz ist eben eine menschliche Eigenschaft", wie ein Heimkehrer bekannte.

Um sich auch nur mit der notdürftigsten Habe auszustatten, wurde getauscht, organisiert und sogar gebettelt, wobei es zunächst das Ziel war, Ersatz für das Kochgeschirr zu finden, das die meisten verloren hatten. Dadurch kam "Oscar Mayer" zu Berühmtheit: Konservendosen der Fleischfabrik Oscar Mayer aus Chicago, die aus USA-Lieferungen im Rahmen des Leih- und Pachtabkommens stammten und besonders begehrt waren, weil sie aus Messingblech bestanden.

Wer nicht nur "organisierte", sondern regelrecht stahl, hatte damit zu rechnen, daß die Kameraden zur Selbstjustiz griffen, die -- so ein Bericht aus dem Hauptlager Minsk -- "zumeist aus 25 Schlägen auf das Hinterteil bestand".

"Einfach aus der Lagergemeinschaft herausgelyncht", wie ein Pfarrer im Lager Stalingrad nannte, wurden zuweilen die Spitzel, die von den sowjetischen Operativ-Offizieren angeworben wurden und den Auftrag hatten, "schlechte Arbeit, ärgerliche Bemerkungen, offene Worte gegen Brigadiere" anzuzeigen -- Material, mit dem die "Blauen", wie die Operativ-Offiziere wegen der Farbe ihrer Mützendekel hießen, oft die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse bestritten, bei denen Freisprüche "sozusagen nicht eingeplant" waren.

Das Spitzelwesen war, wie Cartellieri schreibt, "eine der schmerzlichsten Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft". Ein Heimkehrer aus dem Lager Swirstroi versicherte: "Auf meine Person allein waren zwölf Spitzel angesetzt." Ein anderer: "Ohne Mitwirkung von Bütteln und Spitzeln hätte man uns nicht so niedergehalten, nicht solches Elend über uns herbeiführen können."

Zwar waren die Spitzel bald allgemein bekannt, weil sie bessere Verpflegung und Bekleidung erhielten. Aber da keiner vom anderen genau wußte, ob er insgeheim nicht doch auch als Spitzel herumhorchte, war "das gegenseitige Mißtrauen allbeherrschend" (Cartellieri).

So überwogen Urteile wie: "Kameradschaftlicher Zusammenhalt gering" (Lager Kaunas) oder: "Die Kameradschaft der Deutschen untereinander war bei weitem nicht die beste. Am besten sind mir die ungarischen Kameraden in Erinnerung sowie die Japaner, die keinen Schlag für die Russen getan haben und nur immer sagten "nix panimej" (Ich verstehe nicht).

Lager-Autor Cartellieri glaubt freilich nicht, daß die "geringere Gemeinschaftsfähigkeit ... eine deutsche Eigenart" widerspiegelte. Er verweist vielmehr darauf, daß die bedingungslose Kapitulation, die Teilung Deutschlands und das "Vakuum, das auf die gewaltsame Ideologisierung folgen mußte", unter den deutschen Kriegsgefangenen "in besonderem Maße Desorientierung und das Gefühl der Verlorenheit" hervorriefen.

Schwerer noch als die Trennung von der Heimat wog beim deutschen Plenny laut Cartellieri "die seelische Isolierung, die er empfand, wenn er von einer Heimat hörte, in der alles das, wofür er gekämpft hatte, nun als falsch verschrien wurde".

Zu einer weitgehenden Solidarisierung kam es in den Gefangenenlagern paradoxerweise erst, als gegen Ende 1949 Offiziere wie einfache Soldaten, verdiente "Bestarbeiter" genauso wie Aktivisten der Antifa und Spitzel scharenweise und zum Teil lediglich aufgrund der ehemali-

gen Zugehörigkeit zu einem Truppenteil, der angeblich an der Partisanenbekämpfung teilgenommen hatte, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden: "Jetzt entstand erst das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals.

Nun wich die allgemeine Niedergeschlagenheit häufig einer regelrechten Hochstimmung, "getragen von heiligem Zorn -- oft einer guten Portion Galgenhumor, der die sowjetischen Offiziere der Tribunale verblüffte, und dem Gefühl der Erleichterung, endlich zu wissen, woran man war

Die Kriegsgefangenen waren jetzt auch eher bereit, die paar Stunden Freizeit am Tage sinnvoller als bisher auszugestalten. In Perwo-Uralsk bildete sich ein 30-Mann-Orchester und intonierte Beethovens 5. Sinfonie und Schuberts "Unvollendete", eine Theatergruppe spielte an 56 Abenden Goethes "Faust" und Schillers "Kabale und Liebe".

Ein Plenny-Ballett hüpfte über die Bühne, wenn die "Csardasfürstin" oder "Gräfin Mariza" aufgeführt wurde. Dabei trug die Gräfin eine Abendtoilette, die aus Verbandmull, gefärbten Bettlaken, Fußlappen und Paketpapier hergestellt worden war. In einem anderen Lager hatte sich ein Musiker aus Konservendosen eine Posaune zusammengelötet, "auf die die Russen so scharf waren, daß sie sie ihm eines Tages ... weggenommen haben".

Überall wurden Sprachkurse eingerichtet, sogar in Latein und Griechisch. Die allerdings spärlich ausgestatteten Lagerbüchereien mit überwiegend "marxistischer Literatur" waren ständig ausgeliehen. Es bildeten sich Gesprächskreise, in denen man sich über "Schrebergärten, Kaninchenzucht, Brieftauben" unterhielt oder darüber stritt, welcher Fußballverein mit welcher Mannschaft irgendwann irgendein Spiel gewonnen hatte.

Skat und andere Kartenspiele waren, entsprechend den Bestimmungen in der Sowjet-Armee, verboten. Aber da Brettspiele erlaubt waren, schnitzten Gefangene Skatkarten aus Holz "und schlugen nun statt mit Papierkarten mit den Holzkarten auf den Tischen herum; es war schon ein ganz hübscher Krach".

Aus dem Offizierslager Walka wird berichtet, daß "jeder Dritte" Novellen oder Gedichte schrieb; Maler mischten ihre Farben aus Ruß, Kalk, Ziegelstaub und Kräutern; Bastler bastelten Uhren, Kämmen, Wäscheklammern, Schachfiguren, in manchen Lagern entstanden Küchengärten, und sogar Kegelbahnen wurden gebaut.

Gottesdienste durften nur in wenigen Lagern abgehalten werden. Oft beschränkte sich die religiöse Arbeit der gefangenen Geistlichen auf kleine Zirkel, die sich in einer Barackenecke zusammensetzten. Ein Gefangener bekannte: "Ich habe in jener Zeit zum ersten Male die Nachfolge Christi kennen- und schätzengelernt."

In vielen Lagern war jedwedes religiöse Tun untersagt, so im Stammlager Pachta-Aral, wo am Heiligen Abend nicht einmal ein Weihnachtslied gesungen werden durfte und der Baumwollstrauch, den die Kriegsgefangenen als Weihnachtsbaum mit Bildern und Watte geschmückt hatten, "auf besonderen Befehl" in den Ofen wanderte.

Die Freuden waren gering. Den meisten Kriegsgefangenen wurde erst im Frühjahr 1946 eine Rot-Kreuz-Antwortkarte zum Schreiben ausgehändigt, und mitunter dauerte es danach noch wochenlang, ehe die erste Nachricht aus der Heimat kam. Im Tagebuch eines Gefangenen im Lager Jurewez findet sich unter dem 13. Juni 1946 die Eintragung: "Endlich die langersehnte Nachricht von zu Hause ... Alle leben, alles gesund! Auch Wohnung heil. Das ist ein Stein vom Herzen!"

Zunächst war es mit dem Schreiben "eine Sache für sich", wie ein Heimkehrer aus dem Lager Schtscherbakow berichtete, "denn wir waren 2,5 tausend Mann und bekamen das erstemal 150 Karten zum Schreiben", und in Kupjansk erlaubten die Russen "uns wohl das Schreiben, aber es gab kein Papier". Und auch das geschah: "Post kommt, Karten und viele Umschläge, sämtliche Briefe sind entnommen - Gemeinheit!"

Obwohl nach 1950 in fast allen Unterkünften Lautsprecher installiert wurden, die das Pro-

gramm des Rundfunks ausstrahlten, war der Kontakt zur Außenwelt so dürftig und der Nachrichten hunger entsprechend groß, daß "die Luft voller Gerüchte" zu sein pflegte -- vor allem der Gerüchte über eine baldige Heimkehr:

"Das ewige 'skoro domoi' (bald nach Hause) machte uns fast verrückt, und doch glaubte man immer wieder dran, weil es sich jeder so sehnlich wünschte."

Der Wunsch, irgend etwas Genaueres über das weitere Schicksal zu erfahren, war laut Cartellieri "so übermächtig, daß man bereit war, auch die haltloseste 'Parole' wenigstens zu diskutieren: Vielleicht war doch etwas daran".

Ob hinter dem Lagerzaun plötzlich ein Auto aufkreuzte, das man bis dahin nie gesehen hatte, ob unerwartet Großreinemachen befohlen wurde, ob sich das Verhalten des Bewachungspersonals zu ändern schien -- "all das konnte der Funke für ein Lauffeuer" werden. In Kasimiro wo gab es einen Gefangenen, "der genau wissen sollte, wie die Entlassungsformalitäten in Frankfurt/Oder vor sich gingen", und alle hörten ihm gebannt zu, denn "im Grunde seines Herzens hoffte doch ein jeder, fahndete nach Anzeichen für seine Hoffnung und bekam so immer etwas Auftrieb".

Viele freilich hofften vergebens -- und bis an ihr Ende: Jeder dritte Plenny starb. In den 619 Lagern der Südregion um Odessa kamen rund 200.000 Gefangene um, in den 729 Lagern der Zentralregion um Moskau waren es 180.000. Die höchste Sterblichkeitsziffer gab es im schwer erträglichen Wüsten-Klima der Lager im südlichen Zentralasien -- in Usbekistan, Kirgistan und Turkmenistan.

Von den deutschen Soldaten, die schon zu Anfang des Rußlandkrieges in Gefangenschaft gerieten, starben bis zu 95 Prozent, vor allem im Winter. Und viele blieben schon beim Marsch in die Gefangenschaft am Wege liegen:

- Von 91.000 Soldaten, die 1943 die Schlacht von Stalingrad überlebten, erreichten nur 18.000 die Endlager in Taschkent, Usbekistan und an der Wolga; 42.000 verhungerten oder erfroren allein im Auffanglager Beketowka.

- Um ein Viertel dezimierten endlose Hitzemärsche den Schub von 150.000 Mann, der nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Lager bei Minsk und Smolensk geleitet wurde.

- Von 115.000 Kriegsgefangenen, die nach dem Untergang der Heeresgruppe Süd in Rumänien im Spätsommer 1944 bei sengender Hitze unter freiem Himmel kampieren mußten, starb jeder dritte.

- Auf Fußmärschen bis zu 300 Kilometer kamen von 800.000 Soldaten, die nach der Kapitulation in Polen und Ostdeutschland zusammengezogen worden waren, rund 100.000 ums Leben. Allerdings: Die Version, die Sowjets hätten es darauf angelegt, die Überlebenden der Schlacht um Stalingrad auf ziellosen "Todesmärschen" noch nachträglich zu liquidieren, ist -- so Bilanz-Autor Böhme -- "aufs Ganze und objektiv gesehen" nicht aufrechtzuerhalten:

Die Reste der 6. Armee waren bereits bei der Gefangennahme zu Tode erschöpft, ausgehungert, verwundet oder krank, in ihrer dürftigen Kleidung der Kälte nahezu schutzlos preisgegeben, auch gab es weit und breit keine Unterkunft. Hätte man sie nicht, wie es ein Stalingrad-Arzt ausdrückte, durch Märsche "gewaltsam bewegt", so wären noch mehr erfroren.

Mit rund 35 Prozent war die Sterberate der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union nicht nur geringer als die der fünf Millionen Rotarmisten in Nazi-Gewahrsam (60 Prozent), sie war auch niedriger als die der knapp 160.000 Feldgrauen, die 1914 bis 1918 in russische Kriegsgefangenschaft gerieten: Damals betrug die Todesquote fast 40 Prozent, während von den 1,4 Millionen Russen-Gefangenen im Ersten Weltkrieg nur 5,4 Prozent starben.

So sieht denn auch Professor Maschke, Chef der Kommission für deutsche Kriegsgefangengeschichte, "keine Anzeichen für die Absicht, die deutschen Kriegsgefangenen verhungern zu lassen". Zwar spielten Unfähigkeit und auch Gleichgültigkeit eine verhängnisvolle Rolle,

doch waren -- so ergaben die Untersuchungen der Wissenschaftler -- die Plennys den Russen "als Arbeitskräfte zu unentbehrlich, als daß man sie nicht nach Möglichkeit ernährt hätte". Und Arbeitskräfte waren in der Sowjet-Union tatsächlich rar geworden: Schätzungen besagen, daß die russische Bevölkerung im Krieg mit Deutschland um etwa 20 Millionen Menschen dezimiert wurde.

Freilich: Die gefangenen Landser wurden lediglich "nach Möglichkeit" ernährt, und die Möglichkeiten waren gering genug. Die sowjetische Landwirtschaft hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Allein der Ernteertrag an Getreide fiel zwischen 1940 und 1945 um etwa 45 Prozent, überdies brachte das Jahr 1946 die schlimmste Mißernte seit einem halben Jahrhundert.

Die russischen Zivilisten litten darunter ebenso wie die deutschen Kriegsgefangenen: Beide bekamen (jedenfalls auf dem Papier) ebensoviel und ebensowenig. Im Winter 1946/47 betrug die tägliche Brotration in den meisten Gefangenenlagern 600 Gramm. Sowjetische Arbeiter erhielten zur selben Zeit zwischen 529 und 546 Gramm, Facharbeiter zwischen 613 und 633 Gramm. Auch die Rationen an Fleisch, Fisch, Fett und Zucker waren nahezu gleich, ebenso die Zuteilung an Grütze oder Suppen.

Die Gefangenen selber bestätigten es: "Wie wir feststellen konnten, hatte auch die russische Bevölkerung nicht viel mehr." Oder: "Ganz Moskau -- und wir mit -- aß nichts als angefrorene Kartoffeln." Ein Heimkehrer aus einem Ural-Lager berichtete sogar: "Den Russen erging es nicht anders, zum Teil noch miserabler."

Und doch waren die Gefangenen im Nachteil. Die Russen ernährten sich seit jeher hauptsächlich von Brot, Suppen, Hirsebrei, Kraut und Rüben, während der Fleischverbrauch nicht höher war als im Deutschland von 1816. Das Hauptnahrungsmittel Brot enthielt zudem einen hohen Anteil Wasser und war für deutsche Mägen kaum verdaulich.

Hinzu kam, daß auch die Gefangenen-Rationen, wie in der Sowjet-Union üblich, nach der Arbeitsleistung bemessen wurden. Wer seine Norm zu mehr als 125 Prozent erfüllte, bekam doppelt soviel Brot wie jemand, der unter 80 Prozent blieb -- und das waren die Alten, die Schwachen, die ohnehin schon Ausgemergelten.

Anders als den russischen Zivilisten war es den Gefangenen lange Zeit auch unmöglich, ihre Rationen durch Anbau von Kartoffeln und Gemüse hinterm Haus aufzubessern oder auf dem freien Markt etwas dazuzukaufen. Oft konnten die versprochenen Kontingente nicht geliefert werden, oder sie verschwanden irgendwo an der Bahnstrecke.

Was schließlich angeliefert wurde, war meist von schlechter Qualität: Das Fleisch bestand vielfach nur aus Innereien, die Knochen wurden mitgewogen. Die Kartoffeln waren erfroren oder verfault.

Ein Gefangener aus einem Lager im Süd-Ural schilderte, wie seine Kameraden und er im Winter 1943/44 "ganze Kartoffelblöcke wie ... (im Sommer) die Felsbrocken im Steinbruch" mit Eisenstangen aus Güterwagen hauen mußten: "Wir brachen und hieben einen ganzen Tag und nahmen am zweiten noch Kreuzhacken mit."

Denn um sie nur irgendwie verwertbar zu machen, mußten die hartgefrorenen Kartoffeln ("Eierbriketts") erst in Stücke geschlagen und dann in Benzinfässern aufgebriht werden. Übrig blieb "ein einziger Matsch. Satt wurden die Plennys fast nie. "Hunger", so erinnerte sich einer, "hatten wir nur einmal, und das war immer." Der 1955 aus Rußland heimgekehrte Psychologe Horst von Usedom urteilte, der Hunger habe im Erleben der Gefangenen eine "teuflische Vorrangstellung" gehabt.

Weder die Ungewißheit über das künftige Los noch Fronarbeit, Schikane und sibirische Kälte -- der Hunger war für sie die "zentrale Qual in einer Vielfalt von Drangsalen", so die Historikerin Hedwig Fleischhacker, die im Bonner Auftrag das Hungerproblem der Rußland-Gefangenen untersuchte. Und für Professor Maschke vollzog sich in den Lagern gar "ein Kapitel aus der Weltgeschichte des Hungers".

Womöglich war dies das düsterste Kapitel dieser Geschichte: Im Lager Jelabuga wühlten ausgehungerte deutsche Gefangene "wie streunende Hunde" in Abfallfässern und Aschentonnen nach Krautstrünken und Kartoffelschalen.

In Dubowka bei Stalingrad beobachtete ein Kriegsgefangener im Winter 1943: "Die Dohlen im Turmgebälk der Klosterkirche werden gefangen und roh verschlungen ... In einem Schneehaufen entdecken Gefangene einen Pferdekadaver. Er wird mit bloßen Händen in Stücke gerissen und verschlungen."

Nicht anders war es noch 1946 in einem Lager am Terek, wo "wir vor krepierenden Pferden nicht haltmachten; an dem Kadaver saßen die Landser wie Aasgeier, nicht einmal die schwammige Lunge blieb übrig".

Einige Heimkehrer wußten gar zu berichten sie hätten Leichen im Schnee liegen sehen, "denen viereckige Fleischstücke aus den Gesäßteilen herausgeschnitten waren". Es sei vorgekommen, "daß die Gefangenen, die gestorben sind, von Mitgefangenen ... zum Teil Gehirne ausgeschlagen bekamen und dann gegessen wurden", und auch, daß Hunger die Gefangenen dazu getrieben habe, "die toten Kameraden zu zerreißen und deren Fleisch zu rösten und es zu essen".

Der Hunger wirkte, so bestätigte ein Gefangener, "wie ein Rauschgift, er beseitigt Hemmungen". Und ein anderer fand: "Diese ausgehungerten Menschen waren oft wilden Tieren ähnlicher als dem Ebenbild Gottes."

Im Hungerwinter 1945/46 waren Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund keine Seltenheit. Ein 21 Jahre alter Soldat, Körpergröße 1,71 Meter, meldete aus dem Lager Frolovo: "42 kg samt sämtlicher Klamotten."

Mancher erkannte sich selbst nicht mehr, so ein Kranker im Hospital Atkarsk bei der Untersuchung: "Als ich diese Reihe nackter Männer dann in einem Spiegel erblickte, fiel mir ein langer, besonders dürrer Mann auf. Als ich mich umsah, um zu sehen, wer das war, drehte sich der Mann im Spiegel auch um: Ich war es selbst."

Der Hunger schwächte nicht nur den Körper: "Die Geistestätigkeit wurde matt und matter. Wir vergaßen die Familienfesttage und konnten nicht mehr Kopfrechnen." Es gab Hungerkranke, "die tagelang kein Wort sprachen, sich für nichts interessierten, sich auf der Pritsche nicht rührten, gefüttert und gewaschen werden mußten".

Aus Schwäche oder aus ökonomischen Gründen trotteten die meisten Gefangenen "krumm, mit gebeugtem Rücken, eingesunkener Brust, nach vorn gezogenen und fallengelassenen Schultern, eingezogenem und gesenktem Kopf und in den Taschen Halt suchenden Armen".

Methoden, den Kalorienverbrauch des Körpers auf ein Minimum zu beschränken, wurden in allen Lagern praktiziert. "Kaloriensparer" bewegten sich nach Möglichkeit nur im "Schongang", vermieden vermeidbare Wege und übten sich in reglosem Liegen, was sie "auf der Pritsche verfaulen" nannten.

Die Lethargie verwandelte sich in "wachsende Unruhe auf den Baracken, wenn sich der Zeitpunkt der Mahlzeit näherte" und, so ein Bericht aus dem Waldlager Schumnowo, die Gefangenen "hungrig ruhelos hin und her irren, gleich Raubtieren auf dem Sprung nach dem Essen". "Essen" im herkömmlichen Sinn war es nicht: "Kohluppen (Kapusta) und Brei (Kascha) sind unsere Nahrung", außerdem Kleie, Mehlsuppe, Mais, "monatelang nur Graupen", auch "kleine Salzfische", an Fleisch nur "faulige Ziegenköpfe", Kuhköpfe, eingesalzene Innereien, "meist gibt es Kutteln". Vom bloßen Geruch der verkochten Innereien mußte sich in Saransk die offenbar an bessere Dinge gewöhnte Lagerprominenz übergeben.

Die Brotschneider waren gewählte Vertrauenspersonen, oft Architekten oder Feinmechaniker, und beim Brotschneiden durfte niemand "näher als zwei Meter heran". Wenn "die Arbeit fertig war, machte eine unparteiische Gutachterkommission noch kleine Korrekturen.

Wie man den Brotgenuß durch "Fletschern" oder "Mümmeln" steigern konnte, beschrieb ein

Heimkehrer so: "Man nimmt einen großen Bissen in den Mund und kaut ihn bis zu 120 mal ... die Würge- und Schluckbewegungen muß man bekämpfen, bis das Brot zu einem dünnflüssigen Brei geworden ist ... Diesen Brei läßt man dann langsam hinunterrinnen. So braucht man für 400 Gramm Brot etwa eine Stunde."

Das "Ein und Alles" und die "einzige stabile Nahrung" war das Brot, auf russisch "chleb", ich sage immer "kleb" wie kleben". Es war meist "völlig naß wie Seife", und "wenn man es an die Wand schmiß, blieb es kleben". Heimkehrer erzählten, sie hätten "immer gesagt, wir gehen das Brot in der Feldflasche empfangen".

Dennoch wurde das Brot "verehrt, fast angebetet", und "der schönste Augenblick des ganzen Tages war der erste Biß in die frische Ration". Brot war schlechthin das "Heiligste in der Gefangenschaft"; die tägliche Brotverteilung glich einer "sakralen Handlung".

"Fast zögernd wurde geschluckt", erinnerte sich ein anderer. Und: "Die Umwelt war versunken, es war gelungen, mit eigener Kraft einen längeren euphorischen Zustand herzustellen."

Wer nicht alles auf einmal aufaß" (Lagerjargon: "Kahlfresser"), sondern als "Ratenesser" sich seine Portion einteilte, riskierte, daß sein Brot unter der Matratze verschimmelte.

So streng wie bei der Brotverteilung waren die Bräuche auch bei der Ausgabe von Suppe und Kascha -- dem "Zeremoniell des Auskellens" von Schlag und Nachschlag, dem, was nach der Verteilung der Normalration noch übriggeblieben war -- darüber kreiste das Denken häufig tagelang.

Überall gab es Nachschlaglisten" oder es waren Auslosungsverfahren ausgetüftelt worden, und von Baracke zu Baracke wachte man darüber, daß der Nachschlag präzise übereinstimmte. Stellte sich heraus, daß die Nachbarn mehr bekamen, wobei auch mitgerechnet wurde, "was außen an der Kelle hing", dann gab es "das unmenschliche Geschrei, das Schimpfen und sich gegenseitige Angreifen", und das Kellenvolumen mußte korrigiert werden.

Es war "ein schmerzlicher Anblick, wenn man zusah, wie der Barackenführer die Kelle, die geheiligt war, um einen Millimeter flacher feilte. Mathematiker berechneten sofort nach der Kegelstumpfformel den Ausfall an Kubikzentimetern, was sich die anderen dann in das Tagesminimum an Löffeln umrechneten".

Thema eins waren nicht mehr Frauen -- das lag weit zurück. Statt dessen wurde pausenlos über vergangene kulinarische Genüsse geredet, über "Gasthof, Rezepte, Feste" und darüber, was man später alles wieder einmal essen würde: "Vernünftige Männer hängen wie Kinder diesen quälenden Vorstellungen nach und fangen an, Kochrezepte zu sammeln."

Ganze Kochbücher wurden in Gefangenschaft zusammengestellt. In Grodno verfaßte ein Soldat eine Liste mit 200 Rezepten, und er tauschte sogar sein letztes Stück Brot ein, um dafür ein Stück Papier und einen Bleistiftstummel zu bekommen. Als die Russen das Rezeptbuch fanden, glaubten sie, einem "Kode" auf die Spur gekommen zu sein und steckten den Mann für 90 Tage in den Keller: "An diesen Folgen starb er."

In der Phantasieküche der Gefangenen gab es Klöße, Aal grün, "Gulasch auf bisher nie gekannte Art" oder "täglich Schweinebraten". Viele Tage "erhielten ihre schönste Weihe dadurch, daß ein Bäckermeister vom Brotbacken erzählte". Ein Hauptmann im Lager Cherson ließ sich eine Systematik der österreichischen Mehlspeisen aufstellen, ein anderer Offizier "ließ sich von einem Veterinär auf die Barackenwand einen Ochsen malen mit Kennzeichnung der Bratenstücke".

Viele Gefangene schmatzten noch im Traum, und hier und da wurden "Leeresser" beobachtet, die "aus einem leeren Kochgeschirr eine imaginäre Suppe" löffelten oder als "Leerkauer" auf eingebildeten Fleischstücken herum-bissen.

Der Hunger machte vor nichts halt, auch nicht vor "Laub von Linden", Löwenzahn, Wegerich, Schafgarbe und Brennesseln. Ein Heimkehrer: "Grasfresser gab es in meinem Lager eine ganze Anzahl." In Urnen wurde im Frühjahr "das erste Grün buchstäblich abgefressen, junge

Blätter gekocht und Ungeziefer mitverwertet". Im Lager Grosny "war kein Grashälmlchen mehr zu finden, dort weideten die Dystrophisten".

Dystrophie (von dystroph: die Ernährung störend) war die schwerste und auch die häufigste Krankheit der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union. Erst die sowjetische Kriegsgefangenschaft hat diese Krankheit überhaupt zum medizinischen Begriff geprägt. Als Folge knapper, kalorienarmer, wasserreicher Ernährung war sie den Ärzten zuvor nur als Hungerödem oder Hungerkachexie bekannt.

Die Dystrophie trat in den Lagern in zwei Formen auf: als Trockendystrophie, die zu einer schlaffen Auszehrung führte, und als Feuchtdystrophie, die den Körper aufschwemmte.

Trocken-Dystrophiker (Lagerjargon: "die Strohficker") magerten zu Skeletten ab und sahen Toten ähnlich: "Waren in einem Lager genügend solcher Jammergestalten beieinander, wurden sie gemeinsam in einer Baracke untergebracht, die dann einem lebendigen Leichenhaus glich."

Manche Feuchtdystrophiker konnten, so ein Bericht aus dem Lager Antropsino bei Leningrad, morgens "kaum aus den Augen schauen, da das Wasser beim Liegen ins Gesicht drang". Schienbeine und Knöchel schwollen zu unförmigen Klumpen an, und "der Fingerdruck läßt minutenlang eine Vertiefung zurück", wie ein Arzt schilderte.

Die Krankheit führte zu tiefgreifenden seelischen Veränderungen. Ein Dystrophiker erinnerte sich, er sei so gleichgültig geworden, "daß mich der Gedanke an meinen möglichen Tod ... völlig kalt ließ. Ich wußte, ein von Schmutz starrendes Gesicht zu haben, brachte aber nicht die Energie auf, mich zu waschen".

Sie waren so gleichgültig und so kraftlos, daß sie ihre Notdurft verrichteten, wo sie gerade standen oder, meistens, lagen. Im Lager Liepaja entdeckte ein Soldat beim Löffeln seiner Suppe, daß er sein "Wasser überhaupt nicht halten konnte und dieses sich, ohne daß ich es durch meinen Willen zu verhindern imstande war, in meine Hosen ergoß".

Der Gang zur Latrine war für viele Kranke der letzte Gang. Im Sammellager Neuhof-Ragnitz blieb, wer vor Schwäche in die Latrine fiel, "darin liegen und war nach ein, zwei Tagen vom Kot zugedeckt".

Entkräftet brachen Gefangene auch am Arbeitsplatz, bei der Entlausung oder beim Essen zusammen -- so in Borowitschi bei Leningrad: "Ein Mann starb plötzlich während des Essens und saß mit geneigtem Kopf so da, als ob er sich an dem Anblick des Essens erst noch erfreuen wollte."

Wie viele den Hungertod starben, ist bis auf wenige Ausnahmen nirgends registriert. Im Lager Tiraspol gingen binnen sechs Monaten 11.500 Gefangene zugrunde, in Balti waren es 15.000 in wenigen Wochen, und 2.000 von 8.000 Kranken starben im estnischen Lazarettlager Achme.

Ob jemand krankgeschrieben wurde oder nicht, entschied sich bei der monatlichen "Kommissionierung", wenn russische Ärzte die Gefangenen in die verschiedenen Kategorien der Arbeitstauglichkeit einstufte. Bei diesem "Arschkneifen" auf dem "Sklavenmarkt" war ausschlaggebend, wie das Gesäß beschaffen war:

"Sind die Gesäßmuskeln noch straff, kommt man in die Kategorien 1 oder 2, d.h. man ist für schwere Arbeiten tauglich. Ist der Kräftezustand mäßiger oder fraglich, kneift der Arzt in die Gesäßmuskeln. Haben sie noch Spannung, kommt man in die Kategorie 3, d.h. man ist für leichte Arbeiten tauglich.

Sind sie schlaff, wird man in die Kategorie 5, d.h. den Arbeitsuntauglichen zugeteilt. Hängen die Gesäßmuskeln wie die Hautlappen an der Kehrseite des Elefanten, ist man Dystrophiker. Dann hat der Körper mit dem Abbau der Muskeln begonnen."

In der Hoffnung auf bessere Krankenkost oder auf rasche Heimkehr dystrophierten sich manche Gefangenen auch selber und "trainierten ... auf Dystrophie", wie ein Heimkehrer zugab.

Entweder verzichteten sie auf jedwede Nahrung, die sie dann meist gegen Tabak eintauschten -- 500-600 g Brot gegen eine Zigarette mit Machorkakrümmeln". Oder sie aßen "jede Menge Salz ... um Wasser zu kriegen. Viele "tranken laufend Tabaklauge und Salzwasser", Teeabsud. Seifenlauge. Ein Gefangener erinnerte sich eines Kameraden, "der trank jeden Abend fünf Kochgeschirre Wasser. Ich warnte ihn: Tu das nicht. Aber am nächsten Abend tat er es wieder. Er wollte eben nicht arbeiten gehen".

Sie experimentierten mit ihrem Leben: "Einer ganzen Reihe ist es geglückt, andere sind daran gestorben." Mitunter traten die Hungernden noch in den Hungerstreik. Dann erschienen sowjetische Kommissionen und es konnte sein, daß es daraufhin "die Zuckerration für die rückliegenden zwei Monate auf einmal gab", wie im Lager Jelabuga, oder "der Oberkoch beehrte mich mit seinem Besuch und fragte mich nach meinen Wünschen".

Hungerstreik, Selbstverstümmelung (wie Fingerabhacken) und Selbstdystrophie wurden mit Karzer und Zwangsarbeit (bis zu 25 Jahren) bestraft -- und lebend kam davon kaum einer zurück.

Doch auch Russen waren es oft, die deutsche Gefangene vor dem Ärgsten bewahrten. Zahllos sind die Beispiele russischer Hilfsbereitschaft den "Nestschastnys" gegenüber, den Menschen, von denen alles Glück sich abgewandt hatte -- " und diese rührenden Geschichten sind wahr", wie ein Heimkehrer versicherte.

Aus dem Lager Kaunas wurde berichtet: "Zivilbevölkerung sehr freundlich, ihrer geheimen Unterstützung mit Lebensmitteln verdanken viele Kameraden das Leben."

Auch das Leben des deutschen Soldaten, der sich mit einem "Viertel Rasierklinge" die Pulsadern öffnen wollte, um sein eigenes Blut "zur letzten Sättigung zu nehmen", wurde von einem Russen gerettet: "Er brachte mir Brot, Speck und etwas zum Rauchen.

Das war Weihnachten 1945 im Stalingrader Holzkommando. ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen wird (x131/183): >>>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Die BdV-Bundesversammlung erklärte am 26. April 1969 zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier Verteil-

digung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleicherweise verfolgt werden. Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksame Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen.

Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte könne alsbald aufgelöst oder aufgeteilt werden. Diese Absicht wird vom BdV aus sachlichen und politischen Gründen entschieden zurückgewiesen. Das Ministerium hat noch eine Fülle von Eingliederungsaufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus würde die Liquidierung dieses Ministeriums in der öffentlichen Meinung als Liquidierung des Vertriebenenproblems mißverstanden werden. ...

Die Absicht, zur Finanzierung des Flüchtlingsentschädigungsgesetzes (21. LAG-Novelle) eine Milliarde DM oder noch mehr dem Lastenausgleichfonds zu entnehmen, bedeutet Zweckentfremdung der den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zustehenden Mittel. Sie wird vom BdV entschieden abgelehnt. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 7. Mai 1969 über Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger und dem CDU-Präsidium (x155/153): >> Bundeskanzler Kiesinger warnte vor den Gefahren einer illusionistischen Politik. Gewisse Bestrebungen, die Anerkennung des Ulbricht-Regimes und der Oder-Neiße-Linie als fortschrittlich hinzustellen, bezeichnete der Bundeskanzler als außerordentlich gefährlich. ...

Dies gilt vor allem auch für das Recht auf die Heimat und die Selbstbestimmung, dem in einem Friedensvertrag Rechnung getragen werden muß. Bei den Friedensverhandlungen soll so viel von Deutschland für Deutschland gerettet werden wie irgend möglich.

CDU und BdV stellen gemeinsam fest, daß eine differenzierte Lösung der Verjährungsfrage in der Bundesrepublik eine gerechte Sühne der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sicherstellen würde. Sie sind sich in diesem Zusammenhang darüber einig, daß eine wirksame Beweissicherung dieser Verbrechen auch notwendig ist, soweit sie an Deutschen verübt worden sind.

...<<

Reinhold Rehs (1901-1971, Mitglied des Deutschen Bundestages und BdV-Präsident) erklärte am 10. Mai 1969 seinen Austritt aus der SPD und wechselte zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das BdV-Präsidium erklärte am 4. April 1969 in Bonn (x155/156-157): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Wiederherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche

Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen übernommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.

3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...

5. Die deutschen Heimatvertriebenen verbindet eine Geschichte von Jahrhunderten mit den Völkern Ost- und Südosteuropas. Die gewaltsame Lösung aus dieser historischen Gemeinschaft hat sie zu berufenen Verfechtern der europäischen Einigung gemacht. ...

... Das Bundesvertriebenenministerium ist sachlich notwendig, weil Eingliederung und Lastenausgleich noch in Jahren nicht abgeschlossen sein werden und weil die kulturellen Aufgaben fortdauernd bestehen. Zudem ist zu bedenken, daß der Osten aus der Abschaffung des Ministeriums politisch abträgliche Folgerungen ziehen würde.

Die Vertriebenen haben sich als Element der Stabilität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewährt. Aus dieser Tatsache leiten sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte ab, die sie weiterhin mit allem Nachdruck wahrnehmen werden.<<

US-Präsident Nixon gab am 8. Juli 1969 den Abzug von 25.000 US-Soldaten aus Südvietnam bekannt. Die US-Truppenstärke betrug danach etwa 518.000 Soldaten (x175/579).

Das BdV-Präsidium verurteilte am 12. Juli 1969 die Äußerungen des regierenden Bürgermeisters von Berlin, der sich in Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte (x155/158-159): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich gegen die Verharmlosung und Verfälschung der Ausführungen des West-Berliner Bürgermeisters Schütz zur Oder-Neiße-Frage. ...

1. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin war bei seinen Verhandlungen in Warschau um die Wahrung Berliner Interessen bemüht. Darüber hinaus aber hat er eine vom Standpunkt der Bundesregierung, der Parteien einschließlich der SPD, des Berliner Senats und der verbündeten Mächte abweichende Politik betrieben.

Im Gegensatz zu dem einmütigen offiziellen Standpunkt, daß die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Frage einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben muß, fordert Schütz "die Anerkennung der bestehenden Grenzen im Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung und verbunden mit Verträgen über Gewaltverzicht" in einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Für die Anerkennung dieser gewaltsam geschaffenen "Realitäten" hofft er die Zustimmung Polens für die Anerkennung der "Realität der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland" zu erreichen. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete ferner am 12. Juli 1969 über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/160-161): >>Ende Juni hat die Bundesregierung, einer Vorlage von Bundesminister Windelen entsprechend, beschlossen, daß unter Federführung dieses Hauses eine Dokumentation der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Verbrechen erstellt werden soll.

Die in den Jahren 1953 bis 1961 im Auftrag der Bundesrepublik veröffentlichte, in 5 Hauptbänden und 3 Beiheften zusammengestellte "Dokumentation der Vertreibung", durchweg eidesstattliche und wissenschaftlich gesichtete Zeugnisse Vertriebener, sowie die Zehntausenden von noch nicht veröffentlichten im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Zeugnisse sollen auf kriminelle Tatbestände untersucht und zusammengestellt werden.

Wie der "Bayern-Kurier" zuverlässig erfahren haben will, haben die SPD-Minister dem Be-

schluß der Bundesregierung nur zugestimmt, daß er nicht bekanntgegeben werde. Insbesondere Außenminister Brandt habe Bedenken geäußert, eine solche Dokumentation könne im Ausland "mißverstanden" werden.

Man geht aber wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß in der zeitweiligen Geheimhaltung des Beschlusses auch Rücksichten auf die "Mission" von Klaus Schütz in Warschau eine Rolle gespielt haben.

Infolge der Veröffentlichung der Hintergründe in dem bayerischen CSU-Blatt sah sich die Bundesregierung jetzt veranlaßt, den Beschluß auch öffentlich zu bestätigen.

Damit ist in gewissem Umfang, aber keineswegs hinreichend, dem seit rund einem Jahrzehnt angestrebten Bemühen des Bundes der Vertriebenen entsprochen worden. Die Vertriebenen fordern jedoch nicht nur eine Dokumentation, sondern eine Sichtung der vorhandenen Unterlagen nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit in einem geordneten Rechtsgang. Zu diesem Zweck wäre eine mit juristischen Experten besetzte Erfassungsstelle ähnlich der in Ludwigsburg oder Braunschweig einzurichten.

Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petitum (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit", so heißt es in einer am 27. April dieses Jahres von der Bundesversammlung des BdV verabschiedeten EntschlieÙung zur Verjährungsfrage, "erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung unter freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleicherweise verfolgt werden." Der Gesamtprozeß der Vertreibung ganzer Volksgruppen stelle den Tatbestand des Völkermordes dar.

Am 13. Juni dieses Jahres hat BdV-Präsident Rehs in einem Schreiben an Bundesjustizminister Ehmke die Verjährungsdebatte zum Anlaß genommen, den zuständigen Minister zu einer entsprechenden Initiative bei den Landesjustizbehörden anzuregen. Ehmke antwortete, daß er sich von einem solchen Schritt keinen Erfolg verspreche. Die Bundesregierung werde allenfalls eine umfassende Dokumentation der Vertreibungsverbrechen unter Federführung des Bundesvertriebenenministers erstellen.

Das und nicht mehr ist beschlossen worden. Der zügigen Initiative und dem Drängen der CDU/CSU ist es zu danken, daß zumindest der Auftrag gegeben wurde, eine Dokumentation zu erstellen. Insbesondere der CDU-Abgeordnete Dr. Czaja hat sich, wie hier mehrfach berichtet worden ist, um die Durchsetzung dieses Vorhabens verdient gemacht.

Wenig bekannt geworden ist, daß sich auch der hervorragende Rechtsexperte der CDU und Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Staatsminister a.D. Dr. Süsterhenn, während der Verjährungsdebatte des Bundestages nicht nur für die Dokumentation, sondern auch für die Beweissicherung von Vertreibungsverbrechen eingesetzt hat.

Der Bund der Vertriebenen besteht darauf, daß im Anschluß an die Dokumentation eine Zentrale, mit einer genügenden Anzahl von Fachleuten besetzten Stelle eingerichtet wird, die den Auftrag hat, die Aufklärung von Straftaten dieser Art und schließlich auch ein geordnetes Rechtsverfahren im Inland einzuleiten und im betroffenen Ausland zu forcieren.<<

Das Bundesarchiv in Koblenz wurde am 16. Juli 1969 durch Erlaß des Bundesministers des Innern aufgefordert, das vorliegende Material über Nachkriegsverbrechen an Deutschen auszuwerten und eine Dokumentation zusammenzustellen.

Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startete am 16. Juli 1969.

Am 21. Juli 1969 betrat Neil Armstrong (1930-2012) angeblich als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die

Menschheit". Ihm folgte angeblich Edwin Aldrin (\*1930), während Michael Collins (\*1931) im Mutterschiff um den Mond kreiste und auf die Rückkehr der Landefähre wartete. Alle Phasen des Unternehmens wurden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 07/2019 berichtete später (im Juli 2019) über die US-Mondlandung: >>Lügen im Weltraum

*\_ von Gerhard Wisnewski*

Fake News: Auch 50 Jahre nach der Mondlandung ist es der NASA nicht gelungen, ihre Heldengeschichte wasserdicht zu machen. Im Gegenteil! Im Laufe der Zeit bekam die Legende von der ersten bemannten Mission zu unserem Himmelstrabanten immer mehr Löcher.

Nicht viele Bücher können nach 14 Jahren noch genauso stehen bleiben wie an ihrem ersten Erscheinungstag. Bei Lügen im Weltraum ist das jedoch der Fall. Hier gibt es nichts zurückzunehmen oder zu korrigieren. Die hier festgestellten Tatsachen und Sachverhalte sind samt und sonders sorgfältig belegt und begründet. Dennoch ist die Zeit seitdem natürlich nicht stehen geblieben - die Überzeugungskraft der Argumente, die die NASA für ihre Version der Ereignisse hervorbringt, erlitt vielmehr einen Tiefschlag nach dem anderen.

### **Ein Hollywood-Märchen?**

Im Jahr 2006 stellte sich heraus, daß die Original-Videobänder der Mondlandungen verschwunden waren. "Insgesamt würden über 700 Kisten vermißt", schrieb Spiegel Online (15.8.2006). "Auch das vielleicht wichtigste Video der bemannten Raumfahrt fehlt: das Band, das die ersten Schritte von Neil Armstrong und Edwin "Buzz" Aldrin auf dem Mond zeigt." Nicht zu fassen! Ausgerechnet die Videobänder dieses welthistorischen Ereignisses waren verschwunden - was sogar die Vorstellungskraft der kühnsten Verschwörungstheoretiker übertroffen haben dürfte.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2009 erklärte die NASA, dass die Bilder nach wie vor unauffindbar seien. Plötzlich präsentierte die Weltraumbehörde statt dessen "aufwendig restaurierte Aufnahmen der Mondlandung" (Spiegel Online, 18.7.2009). Die Qualität sei im Vergleich zu altem TV-Material erheblich verbessert worden, hieß es auf der Website des TV-Senders N-TV: Laut Frankfurter Rundschau wurde das Material "von einer Firma in Hollywood" angefertigt (17.7.2009).

Ob das wirklich eine gute Nachricht war? Denn was heißt in diesem Zusammenhang wohl "restauriert"? Und "verbessert"? Oder gar "angefertigt"? Und zwar ausgerechnet in Hollywood? War das nicht genau das, was man der NASA immer vorgeworfen hatte - nämlich dass sie die Mondlandungen in Hollywood hatte produzieren lassen? Und wie kann man etwas restaurieren, was gar nicht mehr vorhanden ist?

Erklärung: Da das Originalmaterial verschollen sei, stammten die aufpolierten Bilder "von abgefilmtem TV-Material und anderen Kopien" (Spiegel Online). Weil das Videosystem der NASA seinerzeit nicht mit den TV-Netzwerken kompatibel gewesen sei, habe man die Aufnahmen vom Mond von einem Bildschirm abgefilmt und erst dann in alle Welt übertragen (heise.de, 15.8.2006).

Demnach hatte es die NASA also versäumt,

- diese welthistorischen Beweise für den glorreichen Sieg der USA im Wettrennen zum Mond sorgfältig zu archivieren,
- die Videobänder fachgerecht zu konservieren,
- die Bilder rechtzeitig auf modernere Speichermedien zu überspielen, wie beispielsweise DVDs.

In einer Zeit, in der schon Otto Normalverbraucher mindestens eine Sicherungskopie seiner Daten anlegt, ist das wirklich kaum zu glauben.

### **Wenn ein Kosmonaut erzählt**

Meine Kritiker sagen: Die Sowjets hätten doch widersprochen, wenn die Amerikaner die be-

mannten Mondlandungen nur vorgetäuscht hätten. Allerdings saßen die Russen selbst im Glashaus, wie die verheimlichten Toten der ersten sowjetischen Raumflüge und der dubiose Gagarin-Flug zeigen. Auch bei den Sowjets bestanden die Raumfahrtprogramme aus Täuschen, Tricksen und Tarnen. Zweitens hat ein Russe ja sogar ausgepackt, nur hat das niemand groß zur Kenntnis genommen.

Zum 40. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung 2009 plauderte Alexej Leonow, berühmter Kosmonaut und "Held der Sowjetunion" (der unter anderem 1965 den ersten sogenannten Raumpaziergang absolvierte), aus dem Nähkästchen. Leonow ist mit einigen US-Astronauten eng befreundet und daher auch ein intimer Kenner der US-Raumfahrt. Gemeinsam mit den amerikanischen Astronauten ist er Mitglied der internationalen Association of Space Explorers, die regelmäßige Treffen und Reisen für ihre Mitglieder veranstaltet.

Im Rahmen eines flammenden Plädoyers für die Faktizität der Mondlandung bestätigte der sowjetische Spitzenkosmonaut gleichzeitig, dass Teile der Mondlandung in einem Hollywood-Studio gedreht wurden. "Die entsprechenden Gerüchte über eine Fälschung seien darauf zurückzuführen, dass ein Studio in Hollywood in der Tat einige Szenen im Nachhinein gedreht habe", berichtete RIA Novosti und zitierte Leonow dabei wie folgt: "Man konnte ja von der Mondoberfläche aus nicht aufnehmen, wie Neil Armstrong erstmals die Luke von innen öffnet und die Treppe herunterklettert!" Momente wie diesen habe man später im Studio gedreht, um die "Logik des Geschehenen beizubehalten". ...

Aus dem aktuellen Nachwort der Neuauflage von Gerhard Wisnewskis Bestseller "Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" (Kopp Verlag, Juni 2019 ...). ...<<

Der Bundestag beschloß am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen.

Die Verjährungsfrist für Mord wurde auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wurde generell aufgehoben.

Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen forderte am 31. August 1969 die Wahrung ihrer Rechte (x155/163): >>... Wir bekennen uns zu Pflichten gegenüber unserem Staat und beanspruchen Rechte: ...

3. Die Obhutspflicht des Staates für die ihm anvertrauten Menschen verlangt nicht nur soziale und wirtschaftliche Fürsorge. Dem Staat obliegt namentlich auch die außenpolitische Rechtswahrung. Nur bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die Menschenrechte des einzelnen und die Selbstbestimmung des Volkes gesichert. Das schließt auch unsere Mitbürger in den fremdverwalteten Gebieten ein.

4. Verzicht auf Gewalt ist selbstverständliche Grundlage jedes Friedens. Gewaltverzicht ist keine politische Kapitulation. Er befreit die Bundesrepublik nicht vom Ringen um die Rechte Deutschlands und seiner Menschen. ...<<

Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärte am 1. September 1969 in einer Fernseh- und Rundfunkrede zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns (x064/IX-XI): >>Liebe Mitbürger!

Heute vor 30 Jahren, am 1. September 1939, begann das schauerliche Drama, das wir den Zweiten Weltkrieg nennen. ...

... Über den Ausgang des Krieges zu sprechen ist müßig. Vergessen wollen wir aber nicht, daß über 55 Millionen in aller Welt im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben. Noch mehr Menschen verloren in aller Welt als Vertriebene und Umsiedler ihre Heimat. Allein aus den Gebieten hinter der Oder und Neiße und dem übrigen Osteuropa wurden 17 Millionen deutsche Menschen von diesem Schicksal betroffen. ...

Was mit dem ehemaligen "Erbfeind" Frankreich zu unserer großen Befriedigung erreicht ist, steht gegenüber den östlichen Nachbarn und zumal gegenüber Polen als eine ungelöste Aufgabe noch immer vor uns.

Polen war das erste Opfer des Überfalls von 1939. Sein Anteil an Toten des Krieges macht

allein 6 Millionen aus, von denen 0,7 Millionen als Soldaten umkamen, die übrigen mehr als 5 Millionen aber willkürlicher Ausrottung zum Opfer fielen.

Was immer die Verantwortlichen in Polen 1939 an Argumenten für Hitlers Handeln beigetragen haben mögen und wie schwer auch das Los unser Landsleute gewesen ist, die 1945 das Opfer des Verlustes ihrer Heimat jenseits von Oder und Neiße bringen mußten, so kann nichts daran vorbeiführen, daß es zwischen Polen und uns nicht so bleiben kann. Auch hier gilt es, die alten Gräben endlich zuzuschütten, so fest, daß niemand mehr einbrechen kann. ...

... Laßt uns deshalb heute bei der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, dieses Doppelte bedenken: Wir müssen einen neuen Anfang zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, zumal mit Polen, setzen.

Wir müssen der Geißel neuer Kriege entschlossen begegnen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>Gotteslästerung nicht mehr strafbar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

Während der 6. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x021/79) = Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, Seite 79.

x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3</u> . Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker.

	München/Wien 1990.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ... Teil I</u> . Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x171	Blondiau, Heribert (Hg.): <u>Tod auf Bestellung</u> . Politischer Mord im 20. Jahrhundert. 2. Auflage. München 2000.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6</u> . In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe)</u> . Braunschweig 1975.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4</u> . In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.